

2021–2022  
Band 1 und 2  
33. und 34. Jahrgang

# *halbjahresschrift*

**für Geschichte und Zeitgeschehen  
in Zentral- und Südosteuropa**

Johann Böhm: **Die nationalsozialistische Presse- und Propagandaarbeit unter Volksgruppenführer Andreas Schmidt 1940 bis 1944 und die missbrauchte deutsche Minderheit in Rumänien** | Saša S. Ilić: **Deutsche Kriegsgefangene als Arbeitskräfte in der jugoslawischen Wirtschaft zwischen 1945 und 1949** | Anna Grünfelder: **Überlebende des Holocaust in Jugoslawien. Neubeginn in der kommunistischen Gesellschaft** | Ekkehard Hallensleben im Gespräch: **Ein offenes Feld und offene Türen** | Anton Sterbling: **War der „reale Sozialismus“ modern? – Kritische Nachfragen**

# *halbjahresschrift*

für Geschichte und Zeitgeschehen  
in Zentral- und Südosteuropa

2021–2022, Band 1 und 2, 33. und 34. Jahrgang

Herausgegeben von Florian Kühner-Wielach

Redaktion: Bernd Florath, Georg Herbstritt, Florian Kühner-Wielach (verantwortlicher Redakteur), Michaela Nowotnick, William Totok, Tobias Weger

[www.halbjahresschrift.de](http://www.halbjahresschrift.de)



**Institut für deutsche Kultur  
und Geschichte Südosteuropas**  
an der LMU München

Gefördert von der Beauftragten der  
Bundesregierung für Kultur und Medien

Redaktion: [halbjahresschrift@ikgs.de](mailto:halbjahresschrift@ikgs.de)

Redaktionshinweise auf [www.halbjahresschrift.de](http://www.halbjahresschrift.de)

Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Die namentlich gezeichneten Beiträge geben die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder.

Bestellung, Vertrieb und Abonnentenverwaltung: [verlag@ikgs.de](mailto:verlag@ikgs.de)

Preis des Heftes: 12,- € zuzüglich Porto- und Versandkosten

Bankverbindung: IKGS München, Stadtparkasse München,

IBAN: DE23 7015 0000 0907 2714 07, BIC: SSKMDEMM

Kündigung des Jahresabonnements nur schriftlich bis 1.10. zum Ende des jeweiligen Kalenderjahres.

## Impressum

Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas

an der Ludwig-Maximilians-Universität München / IKGS Verlag

Halskestraße 15, D-81379 München

Telefon: +49 (0) 89 780609-0, [ikgs@ikgs.de](mailto:ikgs@ikgs.de)

[www.ikgs.de](http://www.ikgs.de)

[www.halbjahresschrift.de](http://www.halbjahresschrift.de)

Umschlaggestaltung: Hans Peter Schuster/IKGS

Layout und Satz: Hans Peter Schuster/IKGS

Druck und Bindung: BoD – Books on Demand, Norderstedt

Printed in Germany 2023

ISSN 2700-8495

ISBN 978-3-942739-01-6

CC BY-NC-ND 4.0

© 2023 IKGS München

# Inhaltsverzeichnis

**Editorial** ..... 4

## **Aufsätze**

Johann Böhm:	Die nationalsozialistische Presse- und Propagandaarbeit unter Volksgruppenführer Andreas Schmidt 1940 bis 1944 und die missbrauchte deutsche Minderheit in Rumänien.....	6
Saša S. Ilić:	Deutsche Kriegsgefangene als Arbeitskräfte in der jugoslawischen Wirtschaft zwischen 1945 und 1949 .....	30
Anna Grünfelder:	Überlebende des Holocaust in Jugoslawien. Neubeginn in der kommunistischen Gesellschaft .....	46

## **Tribüne**

Michaela Nowotnick:	Ekkehard Hallensleben im Gespräch: Ein offenes Feld und offene Türen .....	72
Anton Sterbling:	War der „reale Sozialismus“ modern? – Kritische Nachfragen .....	96

## **Rezensionen**

Milan Řepa (Hg.): Peasants into Citizens. The Politicization of Rural Areas in East Central Europe (1861–1914) (Tobias Weger) .....	116
Karl-Reinhart Trauner: Konfessionalität und Nationalität. Die evangelische Pfarrgemeinde Marburg/Maribor im 19. und 20. Jahrhundert (Karl W. Schwarz) .....	120

**Redaktion** ..... 128



## Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser der *Halbjahresschrift*,

nun liegt das dritte Heft der „neuen“ *Halbjahresschrift* vor, die Doppelausgabe 2021/2022. Neben drei wissenschaftlichen Aufsätzen, die sich dem Nationalsozialismus bzw. seinen Folgen in Rumänien und Jugoslawien widmen, findet sich ein Zeitzeugeninterview mit Ekkehard Hallensleben, der das Rumänien der späten Sechzigerjahre im diplomatischen Dienst kennengelernt und fotografisch festgehalten hat. Anton Sterbling stellt in seinem Essay die Frage, inwieweit der Realsozialismus ein „modernes“ Phänomen war.

Alle Beiträge finden Sie auch online unter [www.halbjahresschrift.de](http://www.halbjahresschrift.de).

Wir freuen uns auf Ihr Feedback!

Dr. Florian Kühner-Wielach  
Herausgeber

Johann Böhm, Dinklage

# **Die nationalsozialistische Presse- und Propagandaarbeit unter Volksgruppenführer Andreas Schmidt 1940 bis 1944 und die missbrauchte deutsche Minderheit in Rumänien**

## **Einleitung**

Nach jahrelangen Recherchen über die Zwischenkriegs- und Kriegszeit der deutschen Volksgruppe in Rumänien hat mich der Alltag dieser Deutschen bezüglich der Auseinandersetzung der nationalsozialistischen Erneuerungsbewegung<sup>1</sup> mit der Volksführung und der Evangelischen Landeskirche A.B. in Rumänien und deren Gleichschaltung nach 1940 in seinen Bann geschlagen, was meinerseits zu mehreren Veröffentlichungen führte. Mit Bedauern musste ich jedoch feststellen, dass nur wenige Jugendliche dieser Deutschen wissen wollten, wie sich Nachbarschaftsbeziehungen, Kontakte zwischen Schülern, Verhältnisse zwischen Kindern und Eltern sowie Veränderungen im geistigen und geistlichen Leben bis 1940 und ganz besonders nach der Einsetzung von Andreas Schmidt durch die SS-Zentrale Berlin zum Volksgruppenführer am 27. September 1940 veränderten und gestalteten. Der Untergang des politischen Liberalismus bei den Deutschen in Rumänien kam mit der Gründung der NSDAP der Deutschen Volksgruppe in Rumänien (NSDAP der DVIR) durch Andreas Schmidt am 9. November 1940<sup>2</sup> wie das stille Erlöschen einer Flamme, die einst die Mehrheit der deutschen Bevölkerung erfasst hatte. Durch die Niederlagen des Liberalismus in den 30er-Jahren, die Gleichschaltungsakte in allen Verbänden und Vereinen und der politisch-gesellschaftlichen Gruppen ab 1940 brauchte Schmidt mit dem

---

1 Hierzu zählten insbesondere die Nationalsozialistische Selbsthilfebewegung der Deutschen in Rumänien (NSDR) unter Fritz Fabritius, die sich ab 1934 Nationale Erneuerungsbewegung der Deutschen in Rumänien (NEDR) nannte, sowie die Deutsche Volkspartei Rumäniens (DVR) unter Alfred Bonfert und Waldemar Gust.

2 Vgl. Johann Böhm: Die Deutschen in Rumänien und das „Dritte Reich“ 1933–1940. Frankfurt/M. 1999, S. 258f.

Widerstand ehemaliger liberaler deutscher Parlamentarier nicht mehr zu rechnen. Ein wesentlicher Teil der Deutschen in Rumänien, der in den 30er-Jahren eine skeptische Einstellung zur nationalsozialistischen Erneuerungsbewegung des Fritz Fabritius pflegte, schlüpfte nun in die Rolle der Mitläufer.

## **Methoden und Ideologie der Gleichschaltung der deutschen Bevölkerung Rumäniens mit dem Nationalsozialismus**

Im Folgenden möchte ich diesen Aspekt des nationalsozialistischen Erfolgs darstellen, der auf Gleichschaltung der deutschen Bevölkerung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zielte; hierbei wurde die NS-Volkgruppenführung durch keinerlei Hemmung und Reflexion in ihrer Gewaltanwendung gebremst. Diese Gewalttätigkeit war Anlass und faktischer Hintergrund von Angst und Anpassung, folglich auch für Schweigen und Hinnehmen, für „Nicht-sehen-Wollen“ und „Nicht-sehen-Können“. Denn Angst macht vielfach blind, begünstigt Selbstentschuldigung und blanken Überlebenswillen, ist Voraussetzung für Mitgehen und unreflektierte Befehlsausübung, für „Selbstgleichschaltung“ gesellschaftlicher Gruppen und einzelner Individuen. Angst entsteht aus Zukunftssorgen, aus Existenznot, aus konkreter Furcht – sie entsteht im Inneren des Menschen, der durch die Angst, die er empfindet, vielfach gelähmt wird und aus dieser Lähmung heraus „erliegt“. Aber Angst wird auch erzeugt, geschürt, sie wird aus politischen Gründen gewollt, denn sie macht aus vielen verschiedenen Menschen eine Herde, sie ebnet Vielfalt und Individualität ein. Darum lehnte die NS-Volkgruppenführung die Vielfalt ab und proklamierte den absoluten Wert der Einheit und der Einheitlichkeit:

Es ist für unsere Volksgruppe eine freudig bejahte deutsche Pflicht gewesen, ihren Beitrag zum Bestand durch den Einsatz des Blutes ihrer Söhne zu leisten.<sup>3</sup>

---

3 Auszug aus der Rede Andreas Schmidts beim Gründungsakt der NSDAP der DVIR am 9. November 1940. In: Nationalsozialistischer Volkstumskampf. Reden und Aufsätze eines Kampjahres von Andreas Schmidt, Führer der Deutschen Volksgruppe in Rumänien. Herausgegeben vom Amt für Presse und Propaganda. Hermannstadt [1942].



Ausdruck des Strebens nach Einheitlichkeit mit dem „Dritten Reich“ war der Wille, das Bewusstsein der deutschen Minderheit durch Propaganda gleichzuschalten. Warum gerade die NS-Funktionäre in der Volksgruppenführung, fragte ich mich und gelangte zu der Antwort: Nur sie kamen der vielfach aus Angst resultierenden Einheitserwartung, dem konfliktfeindlichen Harmoniestreben, dem ersehnten Zukunftsoptimismus, dem Streben nach einer Alternative zum bekämpften, unverstandenen und ungeliebten Liberalismus der Deutschen in Rumänien entgegen, indem sie bereit waren, mit gewaltsamen Mitteln diese ersehnten Ziele zu erfüllen:

Es ist uns eine heilige Verpflichtung und unser größter Stolz, zu bekennen, dass in Jahrhunderten des Kampfes unser Dasein, unser Bestand, unsere Sendung allein im mächtigen Strom deutschen Blutes, deutschen Geistes und deutscher Kultur denkbar war. Durch dieses Bekenntnis brechen wir mit einer Tradition, die in unserer Vergangenheit die geschichtliche deutsche Leistung im Südosten auf die Eigenständigkeit und Bodenständigkeit eines sächsischen Volkes in Siebenbürgen oder eines schwäbischen Volkes im Banat zurückführen wollte – denken Sie doch daran, dass in unserer ganzen Literatur der Begriff des „sächsischen Volkes“ einen hohen ethnischen Wert darstellte – und wir biegen vom Wege kultureller Verschweizerung in den Weg großdeutscher Sendung. Für uns gibt es kein Wunder einer achthundertjährigen Bestandserhaltung der sogenannten „Siebenbürger Sachsen“, oder einer zweihundertjährigen Kolonisationsleistung der „Banater Schwaben“ –, für uns gibt es allein das Einbegriffensein in die zweitausendjährige germanisch-deutsche Kontinuität und Leistung in Europa.<sup>4</sup>

Die NS-Volksgruppenführung verfügte über den Willen und den Rückhalt, die proklamierte deutsche Einheitsgemeinschaft zu schaffen, die Ausdruck eines „monopolisierten Nationalbewusstseins“ war. Alle, die sich diesem Monopolanspruch nicht unterwarfen – Christen, Pazifisten, Demokraten, Liberale, nonkonformistische Intellektuelle oder Künstler – wurden dennoch, und mit Duldung der rumänischen Regierung, dieser Nazi-Clique unterstellt und zugleich einer unwürdigen Behandlung ausgesetzt. Sie litten unter einer unkontrollierten Machtausübung, die Ausdruck entfesselter und ungezügelter Willkür war.

Überraschend war die weitgehende und mühelos anmutende Gleichschaltung der Evangelischen Landeskirche A.B. in Rumänien sowie deren konfessioneller Schulen

---

4 Walter May: Deutsche Kultursendung im Osten. In: Volk im Osten, Dezember 1941, S. 16.

und Vereine nach der Einsetzung des Nazi-Bischofs Wilhelm Staedel, aber auch die Formung der öffentlichen Meinung. Die Deutung der Vorgänge als nationale Erhebung entfachte offensichtlich eine Stimmung, eine Art „Schweigespurale“, aus der sich kaum ein Zeitgenosse zu entwinden vermochte. Nur wenige Mitglieder des Landeskonsistoriums wie Magister Edgar Müller (Apotheker in Karansebesch, rum. Caransebeș), Michael Thut (Bauer in Petersdorf, rum. Petrești), Dr. Helmut Wolff (Zahnarzt in Hermannstadt, rum. Sibiu), Dr. Gustav Sontag (Arzt in Bukarest), Dr. Konrad Möckel (Stadtpfarrer in Kronstadt, rum. Brașov), Dr. Wilhelm G. Seraphin (Pfarrer in Rosenau, rum. Râșnov), Dr. Karl Gündisch (Rechtsanwalt in Hermannstadt) und Dr. Otto Herzog (Fabrikdirektor in Lugosch, rum. Lugoj) protestierten gegen das Gesamtabkommen zwischen Kirche und NS-Volkgruppenführung vom 3. November 1941, bei dem die Übergabe der Schul- und Erziehungsanstalten sowie des gesamten beweglichen wie unbeweglichen Schulvermögens an die Volkgruppenführung beschlossen wurde. Die oben erwähnten Personen sowie Pfarrer Heinrich Wagner aus Leschkirch (rum. Nocrich), der sich weigerte, die Gemeindeschule und das Schulvermögen an die Volkgruppenführung zu übergeben, wurden ihres Amtes enthoben und einem schonungslosen Druck ausgesetzt.<sup>5</sup> Selbstständige Denker wie Bischof Viktor Glondys und der Politiker Dr. Hans Otto Roth wurden gewaltsam isoliert.<sup>6</sup>

In der Regel versuchte die NS-Volkgruppenführung, sich als eine legal gebundene „Erfüllung“ nationaler Träume darzustellen, die den offensichtlichen Bevölkerungswillen vollziehen würde. Denken wir an die Richtlinien des neuen Volkgruppenrechts, die im Dekret-Gesetz Nr. 830 vom 20. November 1940 als „Volkgruppen-Gesetz“ mit sechs Artikeln veröffentlicht wurden. Das Dekret-Gesetz sicherte der deutschen Volksgruppe die Anerkennung als juristische Persönlichkeit, die Schul- und Kulturautonomie sowie den verstärkten Ausbau des deutschen Schulwesens.<sup>7</sup>

Die Kritiker des Nationalsozialismus, die sich von der NS-Volkgruppenführung gelöst hatten, wurden gegenüber der angeblichen Volksmeinung ausgespielt. Dabei verschwieg die Nazi-Clique um Andreas Schmidt wohlweislich, dass sie alle ihre Energien

---

5 Vgl. Johann Böhm: Die Gleichschaltung der Deutschen Volksgruppe in Rumänien und das „Dritte Reich“ 1941–1944. Frankfurt/M. 2003, S. 120.

6 Vgl. Klaus Popa (Hg.): Die Rumäniendeutschen zwischen Demokratie und Diktatur. Der politische Nachlass von Hans Otto Roth 1919–1951. Frankfurt/M. 2003, S. 645f., Nr. 378 und Nr. 391 III.

7 Vgl. Böhm: Die Deutschen in Rumänien und das „Dritte Reich“ 1933–1940, S. 258f.

auf die Formierung ebendieser Volksmeinung konzentrierte. Ihr Ausschließlichkeitsbewusstsein vertraute allerdings nicht allein auf die Stimmungen, sondern drückte sich in Anordnungen und Anweisungen aus, die die Gewichte im Kampf um die öffentliche Meinung entscheidend verschoben und so die Zerstörung der alten Ordnung der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben besiegeln sollten.

Mit einer marktschreierischen Propaganda, die das Misstrauen der rumänischen Regierung erweckte, versuchte Schmidt die Deutschen in Rumänien im Sinne der nationalsozialistischen Politik zu beeinflussen. Ihr Denken, Fühlen und Wollen geriet begreiflicherweise in Unordnung. Ihre frühere normale Geschlossenheit wurde gestört, sie selbst nahmen teilweise einen anderen Charakter an. Höchst bezeichnend war die elementare, hasserfüllte Feindschaft der neuen NS-Volkgruppenführung um Andreas Schmidt gegenüber allem Streben nach Objektivität, die einst als eine Haupttugend der Deutschen in Siebenbürgen und im Banat während der Habsburger Monarchie und nach 1918 in Rumänien angesehen wurde. Selbst vor der Tradition sowie vor der Kultur und dem Seelenleben machten Schmidt und seine Amtswalter nicht halt. Sie steigerten sich in etwas wie eine grundsätzliche „Denk-Abstinenz“ hinein: möglichst wenig denken und sich stattdessen Kräften hingeben, die man lebensvoller empfand als das Denken. Ihnen allen war aber das eine gemein – den Deutschen in Rumänien die nationalsozialistische Ideologie mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln aufzuzwingen.

Schmidt stützte sich von Anfang an auf die primären Begriffe der nationalsozialistischen Weltanschauung „Volk und Rasse“. Das Volk sei nicht staatsgebunden, darum verkündete er, wie im Deutschen Reich, den nationalsozialistischen Gedanken der großdeutschen Volksgemeinschaft über alle staatlichen Grenzen hinweg.<sup>8</sup> Diese Ansicht fußte in der Konzeption des nationalsozialistischen Denkens, wonach nicht das „internationale Minderheitenproblem“ wichtig war, sondern die Frage nach der deutschen Volksgruppe. Darum sollte der nationalsozialistische Staat auch über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus der Ordnungsfaktor im Lebensraum des deutschen Volkes sein.

Die ersten Bestrebungen Schmidts zielten darauf ab, die deutsche Volksgruppe innerhalb des selbst noch nicht gefestigten legionären Rumäniens fest zu verankern.

---

8 Vgl. Punkt 1 des Programms der NSDAP.

Hierbei stützte er sich auf die Karlsburger Beschlüsse (18. November 1918), die durch das Abkommen des „Dritten Reiches“ mit Rumänien vom 30. August 1940 zur Rechtsgrundlage der Deutschen Volksgruppe erklärt worden waren. Als Ergebnis dieser Arbeit konnte dann hinsichtlich der Deutschen Volksgruppe in Rumänien das bereits erwähnte Dekret-Gesetz vom 20. November 1940 eingebracht werden und die Volksgruppe erhielt wieder einen Teil jener Rechte zurück, die die Siebenbürger Sachsen jahrhundertlang als eigene Körperschaft in diesem Raum besessen und erst durch die Auflösung der Nationsuniversität<sup>9</sup> im Jahr 1876 Schritt für Schritt verloren hatten. Diese neu erhaltenen Rechte und die Art und Weise ihrer Anwendung wurden unmittelbar in den Dienst der nationalsozialistischen Doktrin gestellt: Recht ist, was dem Volk nützt. Aber was nützten diese erworbenen Rechte den Deutschen in Rumänien, wenn die betriebene Unterdrückung durch die NS-Volkgruppenführung sie jeder Freiheit beraubte und zur Aufhebung jeglicher Rechtssicherheit führte? Ein ungeistiger Nationalsozialismus wurde in einseitiger Weise entgegen der natürlichen oder der gottgewollten Ordnung propagiert und der „Volksbegriff“ zum letzten und höchsten aller Werte inflationistisch aufgebläht und übersteigert.

Unser Glaube aber ist das heiße Gebet an Gott und die Vorsehung, dass unser Blut und die Erbwerte unseres Volkes auch weiterhin rein erhalten bleiben, damit seine ewigen Werte wie Ehre, Freiheit, Mut, Reinheit der Gesinnung, Charakterstärke, Arbeits- und Lebensfreude bestehen bleiben. Denn in der Fortpflanzung dieser Erbwerte und im Willen zum Kind, zum ewig fließenden Strom deutschen Blutes, besteht allein die Lebenskraft unseres Volkes.<sup>10</sup>

Dieser unrechtmäßige, verabsolutierte „Volksbegriff“ wurde zu einer wirksamen Waffe, mit dem die NS-Volkgruppenführung einen „Zweifrontenkrieg“ führte: einerseits gegen die einzelmenschliche Individualität, andererseits gegen die Solidarität oppositioneller Gemeinschaften. Der einseitige, triebhaft-ungeistige Nationalsozialismus nahm unerträgliche Formen an und übte eine verheerende und zerstörende Wirkung aus. Bei einer Analyse der Voraussetzungen, die diese Entwicklungen ermöglicht hatten,

---

9 Oberste politische Verwaltungs- und Gerichtsbehörde der Siebenbürger Sachsen zwischen 1486 und 1876. Ausführlich darüber in: Walter Myss (Hg.): Lexikon der Siebenbürger Sachsen. Thaur bei Innsbruck 1993, S. 364f.

10 Rede bei der Jugendkundgebung zur Prinz-Eugen-Feier am 12.10.1941. In: Nationalsozialistischer Volkstumskampf. Reden und Aufsätze eines Kampffjahres von Andreas Schmidt, S. 2.

gelangt man an den Punkt, an dem die Frage nach den politischen Einsatzstellen des Nationalsozialismus und damit der NS-Volkgruppenführung vertieft werden muss durch einen Blick auf die Kreise, derer sie sich zur Fundierung ihres politischen Machtwillens bediente oder die sie doch so nahe an sich heranziehen konnte, dass der NS-Volkgruppenführung im entscheidenden Augenblick tatsächlich ein Heer von Mitläufern zugefallen war, auch außerhalb der 14.000 Mitglieder und 43.000 Parteianwärter.<sup>11</sup> Nicht zuletzt waren auch Einzelne unter den deutschen Kultur- und Bildungsträgern dabei, ja, sogar aus dem Bereich der evangelischen und katholischen Kirche. Schaut man sich die literarischen Äußerungen der Zeit an, so lehren sie in der Tat, dass die Kapitulation eines großen Teils der deutschen Bevölkerung Rumäniens 1940 nicht nur ein politisches, sondern ganz wesentlich auch ein soziales und geistiges Ereignis darstellte und vor allem die politischen Erfolge des „Dritten Reiches“ repräsentierte, die aus einer beträchtlichen Vorbereitungs- und Inkubationsperiode hervorgegangen waren. Gewiss haben Opportunismus und Furcht vor der beginnenden Gewaltanwendung der NS-Volkgruppenführung und ihrer Unterorganisationen Einsatz-Staffel (ES), Deutsche Mannschaft (DM), Deutsche Jugend (DJ), NS-Frauenwerk und anderer im Hinblick auf die Ereignisse mitgewirkt; aber Gleichschaltung und Selbstidentifizierung mit der totalitären Volkgruppenführung geschahen in so erstaunlichem Maße und mit solcher Schnelligkeit, dass man nicht umhinkommt, von einer hohen Prädisponiertheit und Anfälligkeit eines Großteils der Deutschen in Rumänien zu sprechen. Dieses Phänomen erscheint umso bedeutsamer, je klarer einem wird, dass die NS-Volkgruppenführung selbst gerade in dieser Hinsicht keineswegs über die „Fachkräfte“ verfügte, die der proklamierte Ausbau einer neuen Weltanschauung und ihre pseudowissenschaftliche Fundierung erfordert hätten. Mit der Heranziehung der jungen nationalsozialistisch angehauchten Kräfte und ihrem Einbau in die Führung der Volksgruppe brach sich auch die Anschauung Bahn, dass die Deutsche Volksgruppe in Rumänien nicht mehr ein selbstständiges Gebilde, wie es die Gemeinschaft der Siebenbürger Sachsen früher war, sondern nur noch ein Teil des nationalsozialistischen Deutschlands darstellte und daher die eigenen Inter-

---

11 Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin (i.F.: PA AA), Inl. II D (R100543), Leistungs- und Lagebericht der Deutschen Volksgruppe in Rumänien vom Beginn des Russland-Feldzuges bis zum 1.7.1942, S. 19–22.

essen denen des „Dritten Reiches“ unterzuordnen hatte.<sup>12</sup>

Die leitenden Personen in der NS-Volkgruppenführung ab 1940 entsprachen vermutlich am ehesten dem Stereotyp des Gestapo-Beamten im Reich. Wie ihr Chef, Andreas Schmidt, waren sie jung, ein beachtlicher Teil war akademisch gebildet und hatte sich früh zur nationalsozialistischen Bewegung bekannt. Und ebenso wie Andreas Schmidt waren viele von ihnen unsichere Persönlichkeiten. Der Nationalsozialismus gab diesen Männern eine berufliche Perspektive und eine Identität, mochte sie auch unecht und brüchig sein. Nach kurzer Zeit war die NSDAP der DVfR für sie die einzige Autorität auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Dadurch sank die große Bedeutung der Konfessionen, die diese bis dahin in Siebenbürgen und im Banat gehabt hatten – die Kirchen wurden entpolitisiert und der NS-Volkgruppenführung unterworfen. Die Aufgaben der „Nachbarschaften“, die die Deutschen nach Wohngebieten zusammenfassten, wurden ebenfalls der Partei unterstellt, die damit zur Treuhänderin der gesamten Volksgemeinschaft wurde. Mit ihren über Gebiet, Kreis, Ort, Zellen und Blocks hierarchisch nach dem Führerprinzip gegliederten Organisationen stellte die Partei den nationalsozialistischen Führungsapparat dar, der den politischen Befehl von der obersten Spitze bis zur Basis durchführte. Die Führerschaft wurde nach den für die SS geltenden Grundsätzen ausgewählt und musste auch in rassischer Hinsicht die Auslese der Volksgruppe darstellen.

Dieses System der Täuschungen und die Führungsmethoden der Volkgruppenführung waren sorgfältig ausgeklügelt, wurden ständig neuen Möglichkeiten angepasst und vielfach geändert. Es war jederzeit zu durchschauen. Zweckinformationen, vorbedachte „Anmerkungen“, als „vertraulich“ bezeichnete Aussagen, hingeworfene Nebensächlichkeiten, denen die Volkgruppenführung – tatsächlich oder scheinbar – Bedeutung zumaß: Diese und andere Methoden der Lenkung zu erkennen und zu entlarven war die Aufgabe für den kritischen Beobachter, deren Erfüllung jedoch nur selten der Fall war.

---

12 Vgl. PA AA, Inl. IIg / 214, Ganz geheim! An den Leiter der Volksdeutschen Mittelstelle, SS-Obergruppenführer Lorenz, Fuschl, den 16.1.1941, Blatt D 653141–654143.

## **Im Gleichschritt: Die nationalsozialistische Presse- und Propagandaarbeit unter Volksgruppenführer Andreas Schmidt**

Mit Hilfe des Amtes für Presse und Propaganda hatte sich Andreas Schmidt ein bisher in der Geschichte der deutschen Minderheit noch nicht bekannt gewesenes Instrument geschaffen. Die Neuerung hatte Schmidt ohne Schwierigkeiten bei der rumänischen Regierung durchsetzen können. Dieses Amt sollte Aufklärung und Propaganda unter der deutschen Bevölkerung über die Politik der NS-Volksgruppenführung wie auch des „Dritten Reiches“ und über die rumänische Politik sowie über den nationalen Aufbau im deutschen Siedlungsraum von Rumänien betreiben. Das Amt bekam durch Anweisungen und Verordnungen und durch das Vertrauen, das der Chef des Amtes, Walter May, bei Schmidt persönlich genoss, ein erheblich größeres Gewicht, als es die anderen Ämter hatten. Infolgedessen wurde die Aufgabe des Amtes für Presse und Propaganda wesentlich erweitert, sodass Walter May alle Bereiche der Publizistik sowie Journalistik bis zum einfachen Artikelschreiber kontrollierte. Literatur, Theater, Film, bildende Kunst und auch die Musik unterstanden ebenfalls May und sollten mit ihren verschiedenen Ausdrucksmitteln auf sublimen Weise die deutsche Bevölkerung permanent im Sinne der nationalsozialistischen Politik und des totalen Krieges beeinflussen und so eine grundsätzliche Aufnahmebereitschaft für die in der Tageszeitung verbreitete aktuelle Propaganda schaffen.

Die Literaturpolitik der Volksgruppenführung, die vom Amt für Presse und Propaganda in die Tat umgesetzt wurde, begann mit dem Aufbau von Kontroll- und Aufsichtsinstanzen. Durch Werbeaktionen, die vom Schriftstellerverband veranstaltet wurden, etwa Dichterlesungen,<sup>13</sup> sowie durch Vergabe von Literaturpreisen wurden diejenigen Schriftsteller gefördert, deren Werke geeignet waren, die Politik der Volksgruppenführung zu unterstützen. Neben der parteiamtlichen Kontrolle prüfte das Amt für Presse und Propaganda die gesamte geistige und weltanschauliche Schulung der NSDAP der DVfR sowie das gesamte Schrifttum, soweit es eine weltanschauliche, politische, kulturelle oder erzieherische Ausrichtung hatte.<sup>14</sup> Darunter fielen selbst Romane. Die Jugendliteratur wurde außer vom Amt für Presse und Propaganda auch vom

---

13 Vgl. PA AA, Inl. II D (R100543), Leistungs- und Lagebericht (wie Anm. 11), S. 19–22.

14 Vgl. ebenda.

Propagandaamt der Landesjugendführung und dem NS-Lehrerverband geprüft. Die von parteiamtlichen Stellen der Volksführung getragene Literaturpolitik beschränkte sich nicht nur auf Verbote für unliebsame Schriftsteller und deren Ausschaltung aus literarischen Gesellschaften, sondern schuf darüber hinaus durch die Kontrolle von Buchhandel und Büchereien und die Steuerung der Werbung durch die Kulturkammer einen Filter, durch den nur ein bestimmter Teil der publizierten (und nicht verbotenen) Schriften an die Öffentlichkeit gelangte. Damit diese Arbeit durchgeführt werden konnte, waren neben den 24 hauptamtlichen NS-Amtswaltern noch 738 ehrenamtliche tätig.<sup>15</sup>

In den folgenden Jahren wurde immer deutlicher, wie lebhaft Alfred Hönig, Hauptschriftleiter der *Südostdeutschen Tageszeitung* – eine Art *Völkischer Beobachter* Südosteuropas –, und Hans Hartl, stellvertretender Chefredakteur derselben Tageszeitung, an der Verbreitung der nationalsozialistischen Ideologie in diesem Raum beteiligt waren. Um ihren Einfluss bei Volksgruppenführer Andreas Schmidt und beim Chef des Presse- und Propagandaamtes Walter May geltend zu machen, waren sie bereit, den Einfluss anderer zu zerstören.<sup>16</sup> Sie schreckten dabei nicht zurück, sich auch bei solchen anzubiedern, mit denen sie sonst nichts gemein hatten. Wenn man heute ihre Artikel in der *Südostdeutschen Tageszeitung* liest, wird man sich ihrer Formulierungskunst bewusst, die täuschen und verdecken wollte und doch freilegte, was die Nazi-Ideologie von ihnen verlangte. Es war eine Afterkunst spitzfindiger Scharlatanerie, heimtückischer Scharfmalerei, zynischer Doppelzüngigkeit von Ehrgeizigen in hohen NS-Posten.

Dass die Herausgeber der *Neuen Kronstädter Zeitung* im Jahr 1988 noch immer nicht begriffen hatten, welche verheerende Rolle Hans Hartl von 1940 bis zum 23. August 1944 im deutschen Siedlungsraum von Rumänien gespielt hatte, ist für einen halbwegs gebildeten Menschen nur schwer zu verstehen. Zum 75. Geburtstag von Hans Hartl würdigte ein gewisser „B“ dessen fragwürdige Verdienste, indem er folgende geschichtsfälschende Äußerung machte: „Hartl musste aus Rumänien fliehen, weil er – zu hoher Haftstrafe verurteilt – in den Jahren davor durchaus nicht im kommunistischen

---

15 Vgl. ebenda, S. 19.

16 Vgl. Johann Böhm: *Hitlers Vasallen der Deutschen Volksgruppe in Rumänien vor und nach 1945*. Frankfurt/M. 2006, S. 77 und S. 90.



tischen Sinne und Geiste Journalismus betrieben hatte“.<sup>17</sup> Korrekt müsste es heißen: „in menschenverachtendem Sinne und Geiste Journalismus betrieben hatte“. Seine in der Würdigung angeführten Funktionen in der Bundesrepublik Deutschland als Leiter der Abteilung für Gegenwartsforschung am Südost-Institut, als Herausgeber des *Wissenschaftlichen Dienstes Südosteuropa*, als Gründer der *Kulturpolitischen Korrespondenz* und als Redakteur der *Südosteuropa-Mitteilungen* sowie als Präsidiumsmitglied der Südosteuropa-Gesellschaft und als „heimatpolitischer“ Sprecher und stellvertretender Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen hat Hartl dazu benutzt, die historische Entwicklung der Deutschen in Südosteuropa und ganz besonders in Rumänien in der Zwischen- und Kriegszeit sowie seine verhängnisvolle Rolle darin in nationalsozialistischem Sinne zu vertuschen und zu entstellen.

Wahrscheinlich ist zu keiner Zeit von Bürgern eines modernen Staates und von deutschen Volksgruppen in Ostmittel- und Südosteuropa jemals intensiver und beständiger analysiert, diskutiert und geflüstert, spekuliert und gehöhnt, geflucht und verdammt worden als in jenen Jahren, in denen die Nazis das Sagen hatten. Es war eine der Zeiten, in der man im deutschen Siedlungsraum von Rumänien lernte, dass schon allein die Ahnung, getäuscht und belogen zu werden, einen in die innere Emigration zwingen konnte, auch dann, wenn der Zweifel zwar nicht bestätigt, aber ebenso wenig beseitigt wurde – mochte ein Dementi noch so geschmeidig formuliert sein.

Im Zuge der Neuordnung des deutschen Pressewesens der NSDAP der DVfR fand vom 7. bis 9. Februar 1941 in Hermannstadt eine Schulung statt, in der Walter May den Schrift- und Pressestellenleitern zu verstehen gab, dass in Zukunft ein reibungsloser Ablauf zwischen Volksgruppenführung und Presse gewährleistet werden müsse.<sup>18</sup> Von nun an bestimmte dieses Amt, was den Deutschen in Rumänien nützen oder schaden würde – der „Dienst am Volksganzen“ hatte nach May „hygienische Erfordernisse“ und musste der „Sanierung des Volkskörpers“ Rechnung tragen.

Was die deutsche Presse in Rumänien nach 1940 anbelangte, wurde eine „radikale Bereinigung durchgeführt“, sodass all jene Personen, die mit der Nazi-Politik der NS-Volksgruppenführung nicht einverstanden waren, aus den Redaktionen entfernt wur-

---

17 Neue Kronstädter Zeitung, 15.10.1988, S. 5.

18 Vgl. Schulung der Schriftleiter und Pressestellenleiter der Volksgruppe. In: Volk im Osten, H. 3 und 4, Februar 1941, S. 41.

den. In Bukarest wurde eine Pressestelle der Volksgruppenführung ins Leben gerufen, die als Zentrale für das gesamte Nachrichtenwesen der deutschen Presse in Rumänien diente.

Den Journalisten wurde nicht nur vorgeschrieben, über welche Ereignisse sie berichten durften oder nicht, sondern auch wie sie diese zu kommentieren hatten, häufig auch, wie lang einzelne Artikel sein mussten oder durften und an welcher Stelle oder Seite der Zeitung sie platziert werden sollten. Zu allen für wichtig gehaltenen Fragen wurden den Journalisten (Artikelschreibern) ausformulierte Kommentare zugeteilt, die von den deutschen Zeitungen vollständig abgedruckt werden konnten.

Nach nur zwei Ausgaben betrug die Gesamtauflage der im März 1941 gegründeten *Südostdeutschen Tageszeitung* 15.000 Exemplare. Die Wochenzeitung *Südostdeutsche Landpost* hatte eine Auflage von 30.000 und *Schaffendes Volk* 47.000, während die Monatsschrift *Volk im Osten* mit einer Auflage von 2.500 Exemplaren erschien. Das monatliche Schulungsheft *Der Parteigenosse* trug zur weltanschaulichen und politischen Willensbildung bei. In einer kurzen Zeit (1. Juli 1941 bis 1. Juli 1942) wurden an monatlichen Pflichtschulungsabenden 32.000 Mitglieder und Amtswalter der Bewegung für die Arbeit innerhalb der Volksgruppe ausgebildet.<sup>19</sup> Sie erhielten die Anweisung, über Berufsangelegenheiten, besonders über Schulungskurse und Lehrgänge, die einer weiteren Indoktrinierung dienten, in der Öffentlichkeit Stillschweigen zu bewahren. Trotzdem konnte die detaillierte Reglementierung der deutschen Presse nicht verborgen bleiben. Die weitgehende Uniformierung der oben angeführten Zeitungen und Monatsschriften führte bald zu einem starken Verlust ihrer Glaubwürdigkeit. Die mit der Presseleitung befassten Personen reagierten darauf jedoch nicht mit einer teilweisen Liberalisierung der Pressepolitik, sondern versuchten im Gegenteil, eine Differenzierung zwischen den einzelnen Zeitungen und Monatsschriften durch noch intensivere Reglementierungen zu erreichen. Immer wieder wurden Sonderaufgaben an die einzelnen Blätter ausgegeben, die genau auf den entsprechenden Leserkreis abgestimmt waren, und schließlich wurden Artikel wie Rollen verteilt, die alle das gleiche Thema jeweils unter einem anderen Aspekt behandelten. Dadurch sollte Eigenständigkeit bei gleichzeitiger politischer und weltanschaulicher Geschlossenheit demonstriert werden.

---

<sup>19</sup> Vgl. PA AA, Inl. II D (R100543), Leistungs- und Lagebericht (wie Anm. 11), S. 21.

Das entsprechende Monopol für Nachrichten, welche die Partei, ihre Gliederungen und angeschlossene Verbände betrafen, hatte – wie bereits erwähnt – das Amt für Presse und Propaganda, das die einheitliche Lenkung der deutschen Presse sicherte. Es war bemüht, Personen mit geringem nationalsozialistischem Engagement über deren berufliche oder private Interessen mit den Zielen der Volksgruppenpolitik bekannt zu machen und, wenn möglich, für deren Durchsetzung zu aktivieren. Das Prinzip der Politisierung gemeinhin als unpolitisch verstandener Bereiche der deutschen Presse galt auch für die einzelnen Zeitungen selbst: Feuilleton, Lokal- und Wirtschaftsteil, Sport- und Frauenbeilagen sollten so konzipiert werden, dass sie für den jeweils Interessierten die Eingangspforte zum Verständnis des politischen Werdegangs und Geschehens sein konnten.

Die aktive Propaganda setzte sich bis zum 1. September 1943 vor allem mit anstehenden Problemen wie „Für die deutsche Schule“, „Volksbeitrag“, „Alles für die Front“ oder „Die Waffen-SS ruft Dich“ auseinander. Vom 1. Juli 1942 bis zum 1. September 1943 wurden weitere „30.000 Parteigenossen und Parteianwärter an Hand des Schulungsheftes *Der Parteigenosse*, dessen Auflage von 2.500 auf 4.100 Exemplare erhöht wurde, politisch geschult“. Außerdem wurden „1.800.000 Exemplare verschiedener Propagandaschriften verteilt“.<sup>20</sup>

Mit so einem ausgeprägten und vielfältigen deutschen Pressewesen war es dem Presse- und Propagandaamt der NSDAP der DVfR ein Leichtes, die deutsche Bevölkerung mit der nationalsozialistischen Ideologie zu infizieren. Die Nazi-Partei war keine Partei (Verband) mehr unter anderen, sondern etwas Anderes, Neues. Vor allem fielen die Gegner weg, die die Existenz der Partei infrage gestellt hätten. Walter May war sich dessen bewusst, dass die Presse nicht nur informieren, sondern auch instruieren müsse. Er betonte immer wieder, dass die Presse in der Hand der NS-Volksgruppenführung ein Musikinstrument sein müsse, auf dem sie spielen können müsse, dass sie ein ungeheuer wichtiges und bedeutsames Massenbeeinflussungsinstrument sei, dessen sich die Volksgruppenführung in ihrer verantwortlichen Arbeit bedienen könne. Das zu erreichen betrachtete May als eine seiner Hauptaufgaben:

---

20 PA AA, Inl. II D (R100543), Leistungs- und Lagebericht (wie Anm. 11), S. 17.

Jeder einzelne Volksgenosse ist eingereicht in die große Erziehungsschule des Nationalsozialismus. Jeder einzelne wird dazu erzogen, der *Ewigkeit seines Volkes* zu dienen durch die Stärkung der nationalsozialistischen Gemeinschaft und dem tiefsten Zweck jeder Ordnung: Der Höherpflanzung des Lebens durch Hebung der besten Werte und Weitergabe des besten Blutes.<sup>21</sup>

Die Presse – berufen zum hingebungsvollen, stets opferbereiten Dienst für die NS-Volkgruppenführung – forderte von jedem, der zu ihrer Gestaltung mit berufen war, strenge Erfüllung auch der kleinsten Pflicht und höchstes Verantwortungsbewusstsein. Es war für jeden mitwirkenden Journalisten und Artikelschreiber erklärlich, dass er aus diesem Bewusstsein heraus in vorderster Linie mit ständigem Einsatz aller Kräfte für das Volksganze mitkämpfen musste. Dies festigte alle Schaffenden der deutschen Presse in Rumänien zu einem soliden Block, aus dem alle „Schlacke“ und alles, was gegen den Nationalsozialismus sprach, durch den harten Hammerschlag der Pflicht entfernt wurde. Die Objektivität war für die NS-Volkgruppenführung eine Gefahr, darum führte sie eine „Objektivität“ ein, die nur einen Wertmesser kannte: das Volk. Bei allem, was geschah, wurde zunächst gefragt: Nützt es den Deutschen in Rumänien oder schadet es ihnen? Schadete es ihnen aus Sicht der Volkgruppenführung, dann musste es verschwinden. Das geschriebene Wort sollte Aktionen auslösen und vorbereiten. Seit der Einsetzung von Andreas Schmidt zum Volkgruppenführer der Deutschen in Rumänien hatte der politische Kampf in der deutschen Presse Formen angenommen, wie sie bis dahin unbekannt waren. Die Bestimmungen des Presse- und Propagandaamtes bezüglich der Schriftmedien, die Verordnungen zur Bekämpfung politischer Gegner und die Verordnungen zum Schutze des deutschen Volkes waren der Reflex dieser Art des politischen Kampfes. Mit der Zusammenfassung des gesamten deutschen Kulturschaffens im Presse- und Propagandaamt war die Kulturpolitik einheitlich auf das Ganze, auf die deutsche Bevölkerung, ausgerichtet. Damit war die Presse als politischer Faktor und als kulturschaffende Einrichtung von der NS-Volkgruppenführung selbst geordnet und geleitet. Als körperschaftliches Einzelamt traf das Presse- und Propagandaamt seine Maßnahmen in Form von Anordnungen und Bekanntmachungen.

---

21 Walter May: Ein Jahr Partei. In: Südostdeutsche Tageszeitung [i.F.: SdT], 31.10.1941.

Der politische Journalist musste auch im deutschen Siedlungsraum von Rumänien „Vollnationalsozialist“ sein, was als jene fast metaphysische Verbundenheit mit der Idee des Führers zu verstehen ist, die zur virtuoson Beherrschung politischer Stoffe unumgänglich erscheint. Er musste die Forderung der seelischen Verbundenheit mit den tragenden Ideen des Nationalsozialismus erheben, aus der die eigentliche schöpferische Fruchtbarkeit seiner Arbeit entströmte:

Die deutsche Revolution hat eine Umwertung aller Werte gebracht. Sie stellt den Grundsatz, dass „Gemeinnutz vor Eigennutz“ geht, der Auffassung früherer Geschlechter entgegen, dass das „höchste Glück der Erdenkinder die Persönlichkeit“ sei. Sie fordert, dass der einzelne Mensch sich willig und unbedingt der Parole fügt, die ihm von der Führung gegeben wird, während früher der ehrenwerte Mensch die letzten Weisungen von der Stimme seines Gewissens erhielt. Wenn früher jemand sagte, dass er nur seinem Gewissen folgen könne, wenn jemand nach einer Abstimmung mutig seine Sondermeinung zu Protokoll gab, so erregte er die Bewunderung seiner Mitbürger. Der nationalsozialistische Mensch von heute aber versteht ihn nicht. Er sieht in ihm einen Volksschädling, der, statt der Parole zu folgen, eigene Wege zu gehen versucht und dadurch die Ziele, die sich die Führung gesetzt hat, gefährdet. [...] Der Nationalsozialismus ist nicht nur eine nationale, sondern auch eine sozialistische Bewegung. Eine sozialistische Bewegung aber ist eine Gemeinschaftsbewegung. Sie muss den Individualismus ausrotten, wenn sie erreichen will, dass der Gemeinnutz wirklich über den Eigennutz gestellt wird.<sup>22</sup>

Nur wer dieses fanatische Gefühl für die Größe und Schicksalhaftigkeit der damaligen Zeit – wie Otto Fritz Jickeli, Verfasser dieser Zeilen – besaß, konnte seine Aufgabe als politischer Journalist erfüllen. In diesem Sinne sind die Äußerungen von Jickeli, etwa: „So gesehen, ist der Nationalsozialismus gewiss die größte Revolution, die sich jemals in dem deutschen Volk abgespielt hat. [...] Unsere Siedlungsgruppe zeigt sich nur dann der neuen Zeit würdig, wenn wir geistig ein kleiner Teil der großen deutschen Revolution werden“,<sup>23</sup> so zu verstehen, dass nicht ein politischer Imperialismus, sondern eine Neuschöpfung der Welt durch den Nationalsozialismus entstehe. Freilich erfordern diese Gedankengänge Jickelis hohe geistige Fähigkeiten, ohne die solche

---

22 Dr. Otto Fritz Jickeli: Parole oder Gewissen? In: SdT, 8.4.1942.

23 Dr. Otto Fritz Jickeli: Deutsche Revolution. In: SdT, 10.5.1942.

weltanschaulichen Betrachtungen eines politischen Journalisten ihrer wesentlichen Aufgabe nicht entsprechen könnten.

So wie die NS-Volkgruppenführung war auch ihre Presse eine Apparatur, die einem Selbstzweck diente. Nur wenige fähige Köpfe ließen sich von der NSDAP der DVfR nach 1940 begeistern, Männer wie Walter May<sup>24</sup>, Dr. Otto Fritz Jickeli<sup>25</sup>, Alfred Hönig<sup>26</sup>, Hans Hartl<sup>27</sup>, Josef Gaßner<sup>28</sup>, Hans Philippi<sup>29</sup> und Dr. Otto Ließ<sup>30</sup> standen mit Herz und Hirn gleichzeitig fast immer auch außerhalb der Redaktion in irgendeiner Formation aktiv unter der Fahne der NSDAP der DVfR. Diese Jahre (1940 bis 1944) formten einen Typus von Journalisten im deutschen Siedlungsraum von Rumänien, der völlig neu und anders sein musste als derjenige vor 1940, einen Journalisten, der sein Können in erster Linie als Berufung auffasste – so wie Alfred Hönig und Hans Hartl –, der Kämpfer für die Verwirklichung der nationalsozialistischen Ideologie war. Dieser Journalistentypus hatte als Person den Journalisten der Vergangenheit überwunden, er war deshalb des Vertrauens der NSDAP der DVfR würdig, denn er war in erster Linie Kämpfer der Partei. Der Nationalsozialismus hatte ihm ein neues journalistisches Ethos gegeben: das Ethos des Dienstes an der nationalsozialistischen Politik. Dieses Ethos, das sich in der deutschen Presse niederschlug, sollte der Welt die Gewissheit geben, dass dieser neue Journalist die politischen Gedanken des Führers verstand und dessen Parolen die seinen seien, sodass er seinen Eindruck auf die Leser weiterwirken ließ. Hier lag seine Aufgabe. Er konnte das in der Weise tun, dass eine gute Schilderung nach Vorstellung der Partei daraus erwuchs. In welche Form er das Geschehen goss, das bestimmte das Presse- und Propagandaamt Walter Mays. Es musste jedenfalls ein Spiegelbild entstehen, das dem Leser die Politik der NS-Volkgruppenführung schmackhaft machte. Dass die Neuordnung der deutschen Bevölkerung in Rumänien durch die NSDAP der DVfR nach 1940 einen Wandel hervorrief, war von Anfang an jedem einsichtigen

---

24 Walter May, 1941–1944 Chef des Amtes für Presse und Propaganda der NSDAP der DVfR.

25 Dr. Otto Fritz Jickeli, bis 1941 Gauleiter von Siebenbürgen, nach 1941 NS-Spitzenjournalist der NSDAP der DVfR.

26 Alfred Hönig, Hauptschriftleiter der *Südostdeutschen Tageszeitung*, eine Art *Völkischer Beobachter* Südosteuropas.

27 Hans Hartl, stellvertretender Chefredakteur der *Südostdeutschen Tageszeitung* und NS-Spitzenjournalist der NSDAP der DVfR.

28 Josef Gaßner, Hauptschriftleiter der *Südostdeutschen Tageszeitung*, Ausgabe Banat.

29 Hans Philippi, Leiter der Abteilung „Presse“ der Arbeiterschaft der NSDAP der DVfR.

30 Dr. Otto Ließ, Hauptabteilungsleiter der NS-Volkgruppenführung und Stellvertreter von Volksgruppenführer Andreas Schmidt.

Deutschen bewusst. Und jene Redakteure, die gewillt waren, ihre sogenannte kulturelle Aufbauarbeit in einem umfassenden nationalsozialistischen Geist fortzusetzen, wurden von der NS-Volkgruppenführung voll und ganz unterstützt.

„Blut und Boden“, diese beiden Wörter schließen das gesamte nationalsozialistische Programm in sich ein und waren daher aus der deutschen Presse von Rumänien nach 1940 – und teilweise auch schon in den 30er-Jahren – nicht mehr wegzudenken. Die Blut-und-Boden-Ideologie erhob die Rasse (Blut) zur Legitimation für eine Nation, sich auszudehnen und den Bestand des eigenen Volkes durch die Vernichtung anderer Völker und durch die Erschließung von Lebensraum (Boden) zu garantieren. Sie entstand aus dem Rassismus und dem Nationalismus des späten 19. Jahrhundert und wurde dann im 20. Jahrhundert zu einer der zentralen Dogmen des Nationalsozialismus. Der Siebenbürger Sachse August Georg Kenstler gab in den Jahren 1929 bis 1934 die Zeitschrift *Blut und Boden* heraus<sup>31</sup>, die dem völkischen politischen Lager entstammte und stark an der Verbindung der Landwirtschaft mit Rassefragen orientiert war. Die Zeitschrift, die mit dem Untertitel *Monatsschrift für wurzelstarkes Bauerntum, deutsche Wesensart und nationale Freiheit* bereits programmatische Züge aufwies, arbeitete eng zusammen mit einigen völkischen Institutionen sowie mit *Sachs' halte Wacht*, der *Zeitschrift heimattreuer Siebenbürger Sachsen und ihrer Freunde*. Von *Sachs' halte Wacht*, deren Herausgeber Fritz Fabritius war und als deren Schriftleiter August Georg Kenstler fungierte, erschienen nur zwei Hefte – 1927 und 1928 im Verlag für deutsche Art in Hellerau bei Dresden –, wobei die Redaktion zum Teil in Personalunion vom Herausgeber und dessen Freundeskreis besetzt war. Noch bevor der NS-Funktionär Richard Walther Darré 1930 in München sein Blut-und-Boden-Buch veröffentlichte – das übrigens von Kenstler lektoriert wurde –, prägte Kenstler bereits den gleichnamigen Mythos, der später in der NS-Programmatik so großes Gewicht erhalten sollte. Doch die „Erbverbundenheit“ von Mensch und Erde war bei Weitem nicht die einzige Motivation.

Der Schaffung von „Erbgesundheitsämtern“ und der Zwangssterilisation „rassisch Minderwertiger“ stand man deutlich positiv gegenüber. Geistige Erneuerung, Führer-

---

31 Ausführlich darüber bei Johann Böhm: August Georg Kenstler, Herausgeber der Monatsschrift Blut und Boden und aktiver Vorkämpfer der nationalsozialistischen Agrarpolitik. In: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik 15 (2003) H. 1, S. 19–43.

prinzip, Schaffung einer Herrschaft, völkische Siedlung im Osten, Wehrhaftigkeit und Kampfbereitschaft waren weitere gesellschaftliche Ziele der deutschen Presse in Rumänien. Die strikte Ablehnung des als Knechtschaftsinstrument empfundenen Versailler Vertrages, eine Gegnerschaft zum Marxismus, Bolschewismus, Pazifismus, Sozialismus, Kapitalismus, Judentum, Jesuitismus, zur Freimaurerei und Demokratie – all das waren Themen, mit denen sich die deutsche Presse im nationalsozialistischen Sinne auseinandersetzte.

Die „Reinhaltung der Rasse“ und die Widernatürlichkeit des demokratischen Prinzips beherrschte das deutsche Pressewesen in Rumänien:

Die Menschen gehen nicht an verlorenen Kriegen zu Grunde, sondern durch den Verlust ihrer Widerstandsfähigkeit, die nur dem reinen Blute zu eigen ist. Der Mensch ist ein Lebewesen, wie alle anderen und ist deshalb allen Naturgesetzen unterworfen. [...] Die Gegenauslese müsste beseitigt und durch natürliche Auslese ersetzt werden. Da das jedoch unmöglich ist, müssen wir uns auf Beseitigung der ärgsten Schäden beschränken. Die Asylierung von Menschen mit krankhaften Erbanlagen ist zwar wirksam, aber sie kostete das deutsche Volk allein im Jahre 1928 eine Milliarde Reichsmark, die den gesunden Menschen entzogen werden musste. So ist man zur „Sterilisierung“, Unfruchtbarmachung, geschritten, die den Betroffenen keinerlei Schäden oder Einschränkungen aufzwingt und trotzdem die Zeugung lebensunfähiger Kinder verhindert.<sup>32</sup>

In seinem Vortrag „Rasse und Volk“, der im Rahmen einer Veranstaltung des Instituts zur Erforschung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben gehalten wurde, betonte Dr. Albert Hermanns, dass die Geschichte gezeigt habe, dass Völker, die die „Rassengesetze außer acht ließen, verfielen“ und vom Erdboden verschwunden seien, „während die anderen, die die Gesetze des Blutes hochhielten, mächtig und größer wurden“. Darum sei es „Aufgabe der neuen deutschen Schule“ in Rumänien und der NS-Volkgruppenführung, „die Jugend so zu erziehen, dass sie biologisch denkt und handelt“.<sup>33</sup>

Das „Naturgesetz“ der „Abgeschlossenheit der Rassen“, von der Nazi-Ideologie durch Gleichsetzung menschlicher Rassen mit tierischen Arten „bewiesen“, ließ jede rassi-

---

32 Dr. Albert Hermanns: Rasse und Volk. Vortrag. In: SdT, 6.2.1942.

33 Ebenda; vgl. auch Böhm: Die Gleichschaltung der Deutschen Volksgruppe in Rumänien und das „Dritte Reich“ 1941–1944, S. 126f.



sche Vermischung als widernatürlich und grotesk erscheinen. Das „Gesetz“ wurde von der deutschen Presse in Rumänien aufgegriffen und in verschiedenen Artikeln und Ansprachen dahingehend interpretiert, dass jede Rasse verschieden stark sei und daher die Rassenmischung immer eine Schwächung der stärkeren Rasse sei; eine Schwächung nicht nur ihrer physischen Leistungsfähigkeit, sondern auch eine geistige und moralische Schwächung. Das Rassenprinzip beanspruche die Erklärbarkeit des Menschen in der Ganzheit seines Seins:

Rasse ist Erde. Alles was erblich ist, hat mit Rasse zu tun und alles, was nicht erblich ist, hat mit Rasse nichts zu tun. [...] Wenn man erkennt, wie die Geschichte eines Volkes von den geistigen und seelischen Werten des Volkstums abhängt, so erkennt man die Rasse als geschichtsbildende Kraft. Schon diese Behauptung und Erkenntnis hat als Voraussetzung, dass die Rasseneigenschaften fortleben über Jahrhunderte und Jahrtausende und dass zu diesen Eigenschaften der Rasse auch geistige Fähigkeiten treten, die sich zusammen mit diesen Werten durch dieselben auswirken.<sup>34</sup>

Walter May sorgte dafür, dass die Deutsche Volksgruppe unter der Führung von Andreas Schmidt zu einer autoritären Führerbewegung umfunktioniert wurde, in der die großen Werte und Ideale der freiheitlichen Demokratie keinen Platz mehr fanden: Die Idee der Humanität wurde nicht nur in der Presse, sondern auch in unzähligen Broschüren, Flugschriften und Filmvorführungen als Gefühlsduselei verunglimpft. Die Freiheit der Persönlichkeit wurde bedingungslos dem Willen der Volksgruppenführung untergeordnet. Diese verschworene Kampfgemeinschaft, so wurde die angestrebte „nationalsozialistische Volksgemeinschaft“ von der deutschen Presse in Rumänien – ähnlich wie im Reich – propagiert, sollte durch eine Reihe von Maßnahmen zustande gebracht werden: durch Reinigung der Rasse, vor allem durch Überwindung der Klassengegensätze sowie durch Beseitigung aller trennenden Elemente wie Parteien, Ideologien, Konfessionen, und schließlich durch eine neue, artgemäße Erziehung und Ethik.

---

34 Univ. Prof. Dr. Eugen Fischer: Rasse als geschichtsbildender Faktor. Vortrag an der Temeschburger [korrekt: Temeswarer] Universität. In: SdT, 3.11.1941.

Das Amt für Presse und Propaganda legte den Schwerpunkt seiner Arbeit auf die Abschirmung des „deutschen Wesens“ von allen fremden Einflüssen. Alles Internationale war dem „Völkischen“ suspekt und verhasst, darum verfolgte das Amt ein Programm völkischer Autarkie auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens der Deutschen in Rumänien: Reinerhaltung des deutschen Blutes; Konzentrierung auf deutsches Denken unter Ausschaltung fremden Geistesgutes, insbesondere durch Ausmerzung widerdeutschen jüdischen Literaturgeistes; Pflege artgemäßer, das deutsche Wesen verherrlichender Kunst; Abschaffung früherer Vereine, Verbände und Institutionen und ihre Ersetzung durch einen völkischen Neuaufbau sowie die Ersetzung des jüdischen Gottes durch einen „deutschen Gott“.

Diese vom Amt für Presse und Propaganda aufgegriffenen und verfochtenen Ideen waren ein wesentlicher Bestandteil des nationalsozialistischen Denkens der Volksgruppenführung. Der Unterschied zwischen der Volksgruppenführung und den völkischen Formationen der NSDAP der DVfR bestand darin, dass sie alles daran setzte, dieses gemeinsame Gedankengut in den aktuellen Tageskampf einzubeziehen. Mit Verachtung blickte sie auf die „theoretisierenden völkischen Sekten“ herab, was in jeder Ausgabe der deutschen Presse in Rumänien nach 1941 zu lesen war. Da für die Volksgruppenführung „völkisches Bewusstsein“ gleichbedeutend mit „deutschem Bewusstsein“ war, „völkische“ Ziele als „deutsche“ Ziele angesehen wurden und die deutsche Presse das gekonnt verbreitete, gelang es Andreas Schmidt und seiner Nazi-Clique unter Betonung der „nationalen“ Ziele der NSDAP der DVfR, Anklang bei den Deutschen in Rumänien zu finden. Erstaunlich ist nur, dass diese Niveausenkung, dieser Kulturschwund und diese Verdummungsversuche die Intellektuellen im deutschen Siedlungsgebiet nicht mit Schrecken erfüllten.

## Schlussbetrachtung

Was mich nach meiner Ausreise 1969 in die Bundesrepublik Deutschland bewegte, war das Nachdenken über die Zeit von 1933 bis 1945, die etwas Zwingendes, etwas Schicksalhaftes in mir auslöste. Es war das Beispiel der Siebenbürger Sachsen, die sich mit großen Anstrengungen und mit einer bewundernswerten Zähigkeit eine lebenswerte Heimat aufgebaut hatten. Weil sie oft bedroht wurden, umgaben sie sich mit Burgen und Mauern, die auch in ihre Seelen drangen. Die Sachsen wurden hart, hingen an ihren Grenzen, versuchten immer wieder, die Angreifer abzuwehren, die ihre Burgen unerbittlich bestürmten. Selten aber war der Zusammenstoß zweier Systeme – Demokratie und Nationalsozialismus – so folgenreich, kaum ein System so gewalttätig, so zerstörerisch wie der Nationalsozialismus und die moralischen Folgen so tiefgreifend, die Ratlosigkeit vor der eigenen Geschichte der Zwischen- und Kriegszeit so groß wie in den Jahrzehnten nach 1945. Das Leiden während einer Übergangszeit, die bitteren Erfahrungen, die Zerstörung ihres „Hab und Guts“ und der alten Werte sowie der Zweifel an einem erfüllten Leben – all das trug sich bei vielen Siebenbürger Sachsen und auch bei mir nach 1945 zu. Als ich dann, nach meiner Auswanderung in die Bundesrepublik Deutschland 1969, die Erklärungen und Behauptungen ehemaliger hoher Nazi-Funktionäre in der Landsmannschaftsführung der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben in ihren Publikationen las, riefen sie bei mir eine tiefe Empörung hervor. Ich sah mich moralisch verpflichtet, in mehreren Veröffentlichungen gegen die innere Verknöcherung meiner Landsleute zu kämpfen und die Faktoren der politischen Entwicklung so darzustellen, wie sie in Wirklichkeit waren, und nicht, wie man sie gerne gehabt hätte. Dabei wurde ich von ehemaligen Nazis um Fritz Cloos – ehemaliger SD-Mann und rechte Hand von NS-Volkgruppenführer Andreas Schmidt von 1940 bis Ende 1944, dann von 1956 bis 1987 aktiver Securitate-Agent und 1966 Gründer der Arbeitsgemeinschaft für südostdeutsche Volks- und Heimatforschung mit Sitz in Bad Tölz, in der er mit alten NS-Kameraden eine geschichtsrevisionistische Sicht der eigenen NS-Verstrickung pflegte und verbreitete – als Brunnenvergifter und Volksverräter geschmäht. Da ich wusste, was die sogenannten Ehemaligen damit bezweckten, wurde mir bewusst, dass ich nicht für alle betroffenen Landsleute oder gar alle meiner Generation, die von 1933 bis 1945 unter den Nazis leiden mussten, schreiben kann, sondern nur von meinem Gesichtswinkel her, wie etwa über die Ver-

hältnisse, in denen ich groß geworden bin, und die damaligen Informationen, von den Einflüssen der Familie, der Schule und den Lehrern, die ich achtete und verehrte. Da der heutigen Generation der Siebenbürger Sachsen die nationalsozialistische Zeit zu entfernt ist und ihr das historische Wissen und Denken weitgehend fehlt, habe ich diesen Aufsatz geschrieben. Als Gymnasiast habe ich hautnah die Fakten, um die es geht, in Siebenbürgen miterlebt. Und nur um die Darstellung der zeitgeschichtlichen Ereignisse geht es hier. Die Verdrängung eines Zeitalters wie das von 1933 bis 1945 wird niemandem gelingen, weil es viele unwiderlegbare Beweise gibt.

Auch nach 1945 versuchten ehemalige NS-Journalisten und NS-Funktionäre im Verband der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben und nach 1950 in der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben den Trick der Nationalsozialisten gegen Andersdenkende durchzusetzen: „Man nehme eine wissenschaftliche Theorie und erkläre sie zur endgültigen und absoluten Wahrheit, auch wenn sie der gängigen wissenschaftlichen Praxis widerspricht.“ Bei einigen Deutschen und Akademikern aus Rumänien fand ihre Theorie Anklang, was die historische Aufarbeitung der Zwischen- und Kriegszeit eine Zeit lang bremste. Es gelang ihnen, die Faktoren der politischen Entwicklung in eine andere Richtung zu lenken und fälschliche Behauptungen aufzustellen<sup>35</sup> und so die Masse der Deutschen aus Rumänien zu täuschen.

---

35 Ausführlich darüber bei Johann Böhm, Klaus Popa: Vom NS-Volkstum- zum Vertriebenenfunktionär. Die Gründungsmitglieder des Südostdeutschen Kulturwerks München und der Landsmannschaften der Deutschen aus Rumänien, Ungarn und Jugoslawien. Frankfurt/M. 2014. Vgl. auch Böhm: Hitlers Vasallen der Deutschen Volksgruppe in Rumänien vor und nach 1945.

**Dr. Johann Böhm**, geb. 1929 in Botsch/Batoș, Rumänien, ist Historiker, Politologe, Germanist und Rumänist. Nach seiner Auswanderung 1969 setzte er sein in Klausenburg/Cluj-Napoca begonnenes Studium in Bochum und Köln fort. 1984 wurde er in Köln mit der Arbeit *Das Nationalsozialistische Deutschland und die Deutsche Volksgruppe in Rumänien 1936–1944* promoviert. 1988 begründete er den Arbeitskreis für Geschichte und Kultur in Ostmittel- und Südosteuropa e.V., dessen Vorsitzender er lange Jahre war. 1989 erfolgte die Gründung der *Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik*, als deren Herausgeber er bis 2016 fungierte. Er ist Träger mehrerer Auszeichnungen, darunter der Hauptpreis der Nikolaus Lenau Kulturstiftung (1998) und die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (2006).

## Zusammenfassung

### **Die nationalsozialistische Presse- und Propagandaarbeit unter Volksgruppenführer Andreas Schmidt 1940 bis 1944 und die missbrauchte deutsche Minderheit in Rumänien**

Mit dem Amt für Presse und Propaganda hatte sich Volksgruppenführer Andreas Schmidt ein neues Instrument geschaffen, das erheblichen Anteil daran hatte, die deutsche Minderheit Rumäniens im nationalsozialistischen Sinne gleichzuschalten. Das von Walter May geleitete Amt kontrollierte alle Bereiche der Publizistik sowie Journalistik bis zum einfachen Artikelschreiber, ebenso Literatur, Theater, Film, bildende Kunst und auch die Musik der deutschen Minderheit Rumäniens. Die Jahre 1940 bis 1944 formten dort einen neuen Typus des Journalisten, der sich als Kämpfer für die Verbreitung und Verwirklichung der nationalsozialistischen Blut-und-Boden-Ideologie begriff. Nach 1945 gelang es dieser Personengruppe, unter dem Dach der Landsmannschaften ihre verhängnisvolle Rolle bei der Zerstörung liberaler und kultureller Traditionen der deutschen Minderheit Rumäniens zu vertuschen und zu entstellen.

## Abstract

### **The National Socialist Press and Propaganda Work under Ethnic Group Leader Andreas Schmidt from 1940 to 1944 and the Abused German Minority in Romania**

With the Office for Press and Propaganda, "Volksgruppe" leader Andreas Schmidt created an instrument that played a considerable role in bringing Romania's German minority into line with National Socialism. The office headed by Walter May controlled all areas of journalism down to every article writer, as well as literature, theatre, film, visual arts, and music. The years from 1940 to 1944 saw the emergence of a new type of journalist who saw himself as a fighter for the dissemination and attainment of National Socialist blood-and-soil ideology. After 1945, this group of people succeeded under the umbrella of the Landsmannschaften in covering up and distorting their disastrous role in the destruction of the liberal and cultural traditions within Romania's German minority.

#### **Keywords:**

Transylvanian Saxons, National Socialism, Press and Propaganda Work, Gleichschaltung of the German Minority in Romania

Saša S. Ilić, Archiv der Nationalbank Serbiens, Belgrad

# Deutsche Kriegsgefangene als Arbeitskräfte in der jugoslawischen Wirtschaft zwischen 1945 und 1949<sup>1</sup>

## Einleitung

Das Ende des Zweiten Weltkriegs erlebten Millionen deutscher Soldaten in Kriegsgefangenschaft, wobei ihre genaue Zahl kontrovers diskutiert wird, insbesondere die der Kriegsgefangenen im Osten.<sup>2</sup> So ist auch die Zahl der Kriegsgefangenen der jugoslawischen Armee umstritten: Die amtliche Statistik spricht von 221.287 Soldaten, unter denen 84.453 Deutsche, 57.150 Italiener, 27.398 Österreicher, 26.611 Russen und 25.675 Angehörige anderer Nationalitäten waren.<sup>3</sup>

Ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten unter den Autoren bezüglich der Anzahl der gefangenen deutschen Soldaten ist unumstritten, dass die Tage ihrer Gefangenschaft anfangs vor allem von Angst, Folter und gelegentlich unkontrollierter Bestrafung gekennzeichnet waren. Nach dem ersten Zusammentreffen mit den Befreiern, die nicht selten zu Rache oder ideologisch motivierter Revanche bereit waren, mussten die Kriegsgefangenen Müdigkeit, Hunger, Durst und mehrwöchige Sühnmärsche von den nordwestlichen Landesgrenzen bis zu den Lagern im Inneren Jugoslawiens aushalten.

- 
- 1 Der Artikel beruht auf der Promotionsschrift des Autors: Saša S. Ilić: *Strani radnici i stručnjaci u privredi Jugoslavije 1945–1950. godine* [Ausländische Arbeitskräfte und Experten in der Wirtschaft Jugoslawiens 1945–1950]. Belgrad, Univ. Belgrad, Diss., 2017.
  - 2 Vgl. die Beiträge des Sammelbandes von Erich Maschke, Kurt W. Böhme (Hgg.): *Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges. Die deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien 1949–1953*. Bielefeld 1964; sowie Arbeiten von Arthur L. Smith Jr., Stefan Karner, Vadim Erlichman (Вадим Эрлихман), Modest Kolerov (Модест Колеров), Wolfgang Benz und anderen.
  - 3 Deutsche Quellen und Forschungsliteratur erwähnen zwischen 150.000 und 240.000 deutsche und österreichische Kriegsgefangene; vgl. Kurt W. Böhme (Hg.): *Die Deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien 1941–1949*. Band I. München 1962, S. 42; Josef Beer (Bearb.): *Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien*. Band II. München, Sindelfingen <sup>3</sup>1997, S. 977.

Bis zum Jahre 1949 existierten zwischen 50 und 89 Lager für Kriegsgefangene. Sie befanden sich in allen Teilrepubliken Jugoslawiens, und ihre Größe variierte von 300 Gefangenen in Šid bis zu 5.000 Gefangenen im Lager Nr. 4 in Belgrad (srb. Београд/Beograd). Zumindest am Anfang waren die Lebensbedingungen in den Lagern nahezu unerträglich. Für die Unterbringung wurden verschiedene Objekte genutzt. Dort, wo entsprechende Objekte nicht vorhanden waren, sanierten die Gefangenen selbst beschädigte Gebäude oder errichteten Baracken auf leeren Parzellen und richteten die Infrastruktur der Lager ein.<sup>4</sup>

## Von einfacher manueller Arbeit bis zur Facharbeit

Üblicherweise wurden Kriegsgefangene massenhaft zu manuellen Arbeiten eingesetzt, was auch auf die deutschen Gefangenen in Jugoslawien zutraf. Doch entwickelte sich dieser Arbeitskräfteeinsatz als Folge des Fachkräftemangels und der zu ambitionierten Industrialisierungspläne des neuen Staates Jugoslawien. Ein Teil der in Gefangenschaft lebenden Experten waren an einem Phänomen beteiligt, das die russische Geschichtsschreibung des späten 20. Jahrhunderts als „Ökonomie der Zwangsarbeit“<sup>5</sup> charakterisiert hat. Sie erhielten entsprechend ihrer Fähigkeiten und Kenntnisse Arbeitsaufträge, und im Laufe der Zeit wurden mehr als 5.000 von ihnen als freie Menschen voll in das Wirtschaftsleben integriert, was ein besonderes jugoslawisches Phänomen war. Während des Krieges waren die gefangenen Soldaten ohne erkennbare Systematik für Arbeiten in der Landwirtschaft, zu Räumarbeiten, zum Anlegen von Kanälen oder zum Aufschütten von Dämmen eingesetzt worden, was auch in der Nachkriegszeit<sup>6</sup> fortgesetzt wurde. Schon im März 1945 organisierte man einen Teil der Gefangenenarbeit systematischer. Das jugoslawische Ministerium

---

4 Vgl. Andrej Rodinis: Velika praznina. Njemački ratni zarobljenici na radu u Bosni i Hercegovini [Große Leere. Deutsche Kriegsgefangene bei der Arbeit in Bosnien und Herzegowina]. Tuzla 2017, S. 15; Böhme: Die deutschen Kriegsgefangenen, S. 137f.; Archive von Jugoslawien (AJ), Eisenbahnverwaltung (191)-1, Kriegsgefangene (Патни заробљеници), Dok. Nr. 4384, 20.6.1945; Historisches Archiv von Belgrad (IAB), 504, Autohändler Miloš Stratimirović, 1946, Dok. vom 29.4.1946 und 3.5.1946.

5 Zur Lagerökonomie vgl. die Beiträge von Vladimir Pyankevich (Владимир Л. Пянкевич), Khokhlov Valentinovich (Хохлов А. Валентинович) und Nikita Belykh (Никита Бельх).

6 Einige Forderungen der Unternehmen in: AJ-(191)-1, Kriegsgefangene (Патни заробљеници); AJ, Ministerium für Elektrizitätswirtschaft (11)-1-9; AJ Ministerium für Industrie (17)-131-132.



für Industrie forderte von der Kommandostelle des Lagers in Belgrad die Bereitstellung von Kriegsgefangenen-Fachkräften,<sup>7</sup> und am 16. Mai 1945 erließ der provisorische Regierungspräsident Josip Broz Tito den Befehl zur Verteilung der Gefangenen nach Ministerien, der Facharbeiterquoten enthielt.<sup>8</sup> Die Abteilung für Elektrifizierung des Ministeriums für Industrie benannte am 22. Mai 1945 ihren Bedarf an Gefangenenfachkräften und forderte 12 Prozent der Quote dieses Ministeriums ein.<sup>9</sup> Am 19. Juni führten Vertreter der Ministerien und des Generalstabs Gespräche über den rationalen Einsatz der Gefangenen. Der wirkungsvolle Einsatz von Gefangenenfachkräften konnte jedoch ohne klare Kriterien und Prioritäten – in Anbetracht von Unverständnis oder Unkenntnis der Unternehmensleiter und schlechter Koordination – nicht gewährleistet werden.<sup>10</sup>

Das Verfahren zur gesetzlichen Regelung der Arbeit von Personen, die ihrer Freiheit beraubt waren (nicht nur Soldaten), leitete der Wirtschaftsrat, die staatliche Körperschaft für die Koordination der wirtschaftlichen Aktivitäten,<sup>11</sup> schon am 21. Mai 1945 ein. Bald befahl Tito in einem Dokument, mit dem er die Überwachung der Gefangenen von der Polizei auf die Armee (Militär) übertrug, ihren „rationellsten und nützlichsten Einsatz für Arbeiten von allgemeiner Bedeutung“,<sup>12</sup> und im Verteidigungsministerium wurde eine *Richtlinie für die Angelegenheiten der Kriegsgefangenen* erlassen, mit der folgende Fragen geregelt wurden: Zusammensetzung der Abteilung für

---

7 Vgl. AJ-11-1-9, Ergebnisse der Sitzung vom 31.3.1945.

8 Die Gefangenen waren folgenden Ministerien zugeteilt: den Ministerien für Verkehr und Landwirtschaft je 20 Prozent, dem Ministerium für Bauwesen, Industrie und Verteidigung je 15 Prozent, dem Ministerium für Erze 10 Prozent und dem Ministerium für Forstwirtschaft 5 Prozent. AJ, Rat für Land- und Forstwirtschaft (4)-19-200, Befehl Nr. 204, 16.5.1945.

9 Laut Rahmeneinteilungsplan der Fachgefangenen nach Teilrepubliken: Slowenien – bis 36 Prozent, Kroatien – bis 30 Prozent, Serbien (und Vojvodina) – bis 24 Prozent (zehn Prozent), Bosnien und Herzegowina – bis zwölf Prozent, Mazedonien – bis sechs Prozent und Montenegro – bis zwei Prozent. Vgl. AJ-11-6-20.

10 Zu den größeren Problemen zählen auch unbekannte Angaben zur Zahl der eingesetzten Gefangenen – die Schätzungen bewegten sich von 115.000 bis 165.000 – und große Verspätungen der eingeteilten Gefangenen an ihren Bestimmungsorten. Vgl. AJ-4-19-200, vertrauliche Akten Or. Nr. 294, 19.6.1945; Nr. 11, 12.6.1945 und Nr. 97, 21.7.1945; AJ-17-97-97, Akte ohne Nr., 19.7.1945.

11 Vgl. AJ, Regierungspräsidenschaft (50)-33-65, K. Nr. 285, 9.6.1945.

12 Ohne Rücksicht auf den Befehl lehnte es das Militär in einzelnen Regionen, etwa der Vojvodina, ab, die Lager zu übernehmen, was es mit dem Schulungsbedarf rechtfertigte, während andererseits eine kleine Zahl von Polizeikräften dafür zuständig war. Mit Rücksicht darauf, dass in diesen Gegenden auch Volksdeutsche „eingelagert“, das heißt in Lagern untergebracht werden sollten, war der Mangel an Bewachungskräften so groß, dass Fluchten bis zum Herbst 1945 üblich waren und zu einer Massenerscheinung zu werden drohten. Vgl. AJ-50-119-241.

Kriegsgefangene, Erfassung persönlicher Daten, Einteilung nach Ressorts, Ernährung, Versorgung, Arbeitszeit, Finanzierung, Befriedigung hygienischer, gesundheitlicher, intellektueller, sportlicher und religiöser Bedürfnisse sowie Disziplinar- und Strafmaßnahmen.<sup>13</sup> Von da an bearbeiteten verschiedene Behörden diese Problematik nach Bedarf,<sup>14</sup> indem sie der Logik einer rationalen Nutzung der Gefangenenarbeit folgten und sich auf die Informationen verließen, nach denen sich manche Gefangene als hervorragende Spezialisten erklärten. Doch von der Absicht einer rationalen Nutzung des Gefangenenpotenzials bis zu ihrer (nicht vollständigen) Realisierung verging viel Zeit.<sup>15</sup>

Noch im Herbst 1945 gab es viele Anmerkungen zur Art und Weise der Verwaltung der kriegsgefangenen Arbeitskräfte. Notiert wurden Unbekümmertheit hinsichtlich der Qualität der Arbeit, Langsamkeit, Sabotagefälle, unentschuldigtes Fernbleiben, nicht fachmännische Einmischung in die Arbeit und pauschale Festlegung der Gefangenenzahl für die Arbeit. Dokumentierte Beispiele dafür sind: Die Gefangenen kamen infolge ihres späten Aufbruchs und der langsamen Bewegung ihrer Kolonne zu spät zur Arbeit („Sie gehen beleidigend lässig und langsam zur Arbeit, wie zu einer Beerdigung.“). Die besten Gefangenen (Antifaschisten und Fachmänner) wurden nicht zum Korporal ernannt. Die Schonung nach der Sonntags- oder Nachtarbeit wurde nicht

---

13 Die Lager mussten folgende Ausstattung haben: Rasierstube, Schneiderei, Schuhmacherei, Wäscherei, Bad, Desinfektionsmittel, Krankenhaus mit Abteilungen für Chirurgie, übertragbare Krankheiten und für Rekonvaleszenz, Bibliothek und Gefängnis. Ermöglicht wurde die Eröffnung von Kantinen (mit Nahrungsmitteln, Tabakwaren und hygienischen Produkten, Kleinigkeiten für den Wohnbedarf, mit Kleidung und Schuhen, aber ohne alkoholische Getränke). Den Gefangenen ihre Kleidung, Schuhe, persönlichen Dinge und Geld wegzunehmen, war streng verboten. Es galt die Sechs-Tage-Woche, und der Werktag entsprach dem der einheimischen Arbeitskräfte. Folgendes war möglich: intellektuelle Unterhaltung und „Unterrichtsunterhaltung“, Körperkultur und Sport, Ausübung des religiösen Bekenntnisses, Postsendungen. Folgendes war festgelegt: Disziplinar- und Strafmaßnahmen sowie die Frage des Nachlassgebens, Ort und Art und Weise der Bestattung von Verstorbenen: Auf dem nächstgelegenen Friedhof sollte eine Parzelle gepachtet und nach Nationalitäten aufgeteilt werden. Vgl. AJ-4-18-177, Nr. 80, 22.7.1945.

14 Ein Beispiel ist die Auswahl von 30 Gefangenen, die Facharbeiten in der Torpedofabrik in Rijeka verrichten sollten. Vgl. Sara Vukušić: Standard života njemačkih ratnih zarobljenika korištenih u društveno korisnom radu u Rijeci u drugoj polovici 1945 [Der Lebensstandard der deutschen Kriegsgefangenen, die in Rijeka in der zweiten Hälfte des Jahres 1945 für Arbeiten zugunsten der Gesellschaft verwendet wurden]. In: Klepsidra, Udruga studenata Malleus 3–4 (2008–2009), S. 1–19, hier: S. 9–10, <<http://malleus.ffri.uniri.hr/index.php/klepsidra-2008-2009/clanci>>, 1.8.2018. Anleitung zum Einsatz der Arbeitskraft der Kriegsgefangenen in der Sektion für den Wiederaufbau der Eisenbahnstrecke Kraljevo–Raška. Vgl. AJ-191-4, 1945–1946.

15 Noch um die Jahresmitte 1947 teilte das Ministerium für Inneres mit, eine gewisse Zahl von Gefangenen-Experten, die nicht regelmäßig eingesetzt seien, zur Verfügung zu haben. Vgl. AJ-17-97-97, Gegenstand VIII Nr. 1797/47.

beachtet. Bei der Entsendung zur Arbeit unter schlechten Wetterbedingungen wurden Fehler begangen. Auf die Ernährung wurde nicht geachtet und Nahrung, die für Gefangene bestimmt war, gestohlen. Auch der Gesundheitszustand wurde ignoriert, indem Kranke zur Arbeit getrieben wurden, während Gesunde in Pflegeeinrichtungen blieben. Die Wachmannschaften waren undiszipliniert; sie mischten sich in die fachliche Arbeit ein und beaufsichtigten die Gefangenen schlecht, was diesen vielfach die Flucht ermöglichte. Einen Teil der Verantwortung trugen auch die leitenden Ingenieure, die weder die Werkzeuge noch die Einhaltung von Normen und Erholungszeiten ausreichend sicherten. Sie verteilten die Gefangenen schlecht, verlangten in übertriebenem Umfang Mehrarbeit und entlohnten sie nicht entsprechend ihrer Leistung. Deswegen befahl das Verteidigungsministerium, diese nachteiligen Tatsachen und Erscheinungen möglichst rasch aus der Welt zu schaffen.<sup>16</sup>

Von Anfang an bestand seitens der Wirtschaft ein Bedarf an Fachkräften. Bereits ab April 1945 wurde eine verstärkte Nachfrage nach bestimmten Fachprofilen, ja sogar nach konkreten Gefangenen, verzeichnet.<sup>17</sup> Die Abteilung für Industrie des Ministeriums für Industrie und Bergwerk von Bosnien und Herzegowina verlangte Anfang Juni mehr als 230 Fachmänner für die Arbeit in elektrotechnischen Anlagen – Elektroingenieure, Techniker, Monteure, Hochspannungs- und Niederspannungselektriker, qualifizierte Arbeitskräfte für Transformatoren, Maschinisten, sodann Fachmänner für die Arbeit in Bergwerken, Kraftwerken, Raffinerien, Gaswerken, Fabriken sowie für den Bau eines neuen Wasserkraftwerkes bei Sarajevo die Fachleute, die zuvor in den Fabriken J. M. Voith, Brown Boveri und Škoda<sup>18</sup> gearbeitet hatten. In ähnlicher Form wurden in den Folgejahren Forderungen nach qualifizierten Gefangenen verschiedener Profile für viele Wirtschaftsbereiche in Jugoslawien<sup>19</sup> vorgelegt. Neben Wirtschaftsunternehmen kamen solche Anfragen auch seitens verschiedener Gesundheitsanstalten.<sup>20</sup>

16 Vgl. AJ-17-2-2, Nr. 327, 13.10.1945.

17 Vgl. AJ-11-1-9, Promemoria, April 1945; AJ-11-6-20, Akte IV, Nr. 943, 22.5.1945; AJ-50-11-241, Nr. 144, 25.4.1945. Einzelne Gefangene wurden auch in den folgenden Jahren gesucht: Vgl. AJ-11-24-64, Nr. 7910, 12.5.1947 und Nr. 8708, 23.5.1947; AJ-4-62-439, Nr. 3135, 28.10.1947.

18 Vgl. AJ-11-10-35, Akte II, Nr. 194, 3.6.1945.

19 Einige Beispiele: AJ-4-28-262; AJ-11-6-20; AJ-11-8-33; AJ-11-10-39; AJ-17-97-97; AJ-17-129-130; AJ-17-160-161; AJ, Ausschuss für den Schutz der nationalen Gesundheit (31)-66-95; AJ-31-67-95.

20 Beschäftigt wurden Musiker, Balletttänzer, Dekorateur, Graphiker, Maler, Architekten und andere für den Bedarf der Theater in Belgrad, Zagreb, Ljubljana, Sarajevo, Novi Sad, Pančevo, Niš, Osijek, Rijeka, des Rundfunks in Belgrad und Ljubljana, der Verlagshäuser, Unterrichts-, Kunst- und Wissenschaftsorganisationen und Institute sowie

Die Arbeitssituation der Gefangenen war im Allgemeinen problematisch, insbesondere dort, wo die Inhaftierten massenhaft eingesetzt wurden.<sup>21</sup> Für viele bewegte sie sich an der Grenze des Erträglichen. Besonders schlecht waren die Umstände beim Wiederaufbau der Eisenbahnstrecke Kraljevo–Kosovska Mitrovica. Dort waren die deutschen Gefangenen (194), die Brücken in der Flussschlucht des Ibar bauten, bis November 1945 „formal nackt und barfuß“.<sup>22</sup> Obwohl sie für den Wiederaufbau der Eisenbahnstrecke auch während des Winters notwendig waren, erhörte die Eisenbahnverwaltung zahlreiche Bitten um „ein wenig Schuhwerk und Bekleidung“ nicht, so dass zwanzig Gefangene innerhalb von nur fünf Tagen im November ins Krankenhaus zur Behandlung eingeliefert werden mussten.<sup>23</sup>

Für den Wiederaufbau derselben Eisenbahnstrecke wurde im darauffolgenden Jahr eine noch größere Zahl deutscher Gefangener eingesetzt, die sich auf neun Bausektionen verteilte – und zwar während der Erneuerung im Zeitraum von Juli bis Oktober 1946 620 bis 670 Personen monatlich, im November 300 Personen, danach 90 Personen, wobei ihre Zahl im Laufe des Winters auf circa 20 Personen gesenkt wurde. Im Hinblick auf die Ausweitung der Gefangenenarbeit, die Bestimmung der täglichen Arbeitszeit und die Höhe des Lohns, der nicht ausbezahlt, sondern in einen besonderen Fonds für den Wiederaufbau des Landes angelegt wurde, die Versorgung mit Produkten, die über den notwendigen Lebensbedarf (Zigaretten) hinausgingen, sowie die Anwesenheit derjenigen, die sich „besonders bei den schweren Arbeiten ausgezeichnet“ haben, lässt sich eine allmähliche, leichte Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen konstatieren.<sup>24</sup>

---

auch medizinisches Personal. Vgl. AJ, Komitee für Kultur und Kunst (314)-9-34; AJ-31-67-95, Nr. 1048, 8.4.1947. Das künstlerische Engagement deutscher Gefangener war auch Thema in der Literatur (siehe das Drama von Aleksandar Popović, *Kus petlić* [Kurzschwanziges Hähnchen]).

- 21 Die größte Zahl arbeitete im Verkehr (etwa 19.200 Personen im Januar 1946), in der Land- und Forstwirtschaft (allein in den Wäldern von Kroatien im Juli 1945 mehr als 2.800 Gefangene, bei einem darüber hinaus angemeldeten Bedarf von 5.000–7.000), aber auch im Bergwesen und in der Industrie. Beispiele in: AJ-4-18-177; AJ-17-97-97; AJ-17-129-130; AJ-50-119-241; AJ, Generaldirektion der Schwarzen Metallurgie (106)-3-9; AJ-191-4, 1945–1946.
- 22 AJ-4-19-200, Nr. 139, 14.9.1945.
- 23 Das Militär empfahl den Zivilressorts, in denen die Gefangenen noch ab September 1945 arbeiteten, dass sie sich rechtzeitig mit Unterkünften und Ernährung auf den Winter vorbereiten sollten. Die Eisenbahnverwaltung rechtfertigte sich in dieser Zeit damit, dass sie keine Kleidung, keine Schuhe und keinen Kredit für die Anschaffung habe. Vgl. AJ-4-19-200, Nr. 139, 14.9.1945; AJ-191-4, 1945–1946.
- 24 Eine Arbeitsstunde der Gefangenen wurde mit 45 Dinar verrechnet, eine Überstunde mit zusätzlichen acht Dinar. Die Zahl der Arbeitstage im Monat variierte zwischen 22 und 27. Besonders engagierte Gefangene waren nicht

Die Gefangenengruppe, die auf der Eisenbahnstrecke arbeitete, war in Bezug auf ihre Qualifikation gemischt. Auf der Strecke bei Raška arbeiteten im März 1946 20 Landwirte, 41 Handwerker (Bäcker, Schuhmacher, Kaffeesieder, Goldschmiede, Fleischer, Friseure, Schlosser, Schmiede und andere), neun Beamte, je acht Arbeitnehmer und Kaufleute sowie je ein oder zwei Fahrer, Mechaniker, Eisenbahner, Lehrer, Priester, Zahnärzte, Rechtsanwälte (insgesamt 102),<sup>25</sup> was für die grobe Wiederaufbauarbeit nicht ausschlaggebend war.

Je spezifischer jedoch die Arbeiten ausfielen, desto konkreter waren die Anforderungen an die Gefangenearbeit. Die oben genannte Abteilung für Elektrifizierung, die früh festgestellt hatte, dass der große Mangel an Fachkräften ihr Funktionieren beeinträchtigte, wählte schon im Mai 1945 Gefangene für die Arbeit nach Teilrepubliken aus: Elektroingenieure, Techniker und Monteure, Hoch- und Niederspannungselektriker, qualifizierte Arbeitskräfte für Transformatoren, Maschinisten für Stromkraftwerke, Technologen, Ingenieure und Facharbeiter für Gaswerke, Raffinerien und Kokswerke. Doch war von einem soliden Plan bis zur schlechten Umsetzung nur ein kleiner Schritt. Die so spezifizierten Gefangenen wurden den Ministerien für Industrie und Bergbau in den Teilrepubliken angeboten, die ihre Bedürfnisse anmelden sollten. Sie sollten auch mitteilen, auf welche Weise sie sie zu beschäftigen beabsichtigen. Die Ministerien forderten aber entweder eine zu große Zahl an Gefangenen an oder Berufe, die nicht zur Verfügung standen.<sup>26</sup>

Obschon in den Dokumenten seit Herbst 1945 Nachweise über eine geregelte, zweckmäßige und zum beiderseitigen Nutzen organisierte Arbeit mancher Kriegsgefangener aufscheinen,<sup>27</sup> wurden sie erst 1946, als das Bewusstsein für ihr Fachpotenzial

---

selten. Im August 1946 wird für sechs von 25 Gefangenen in der Sektion bei Leposavić hervorgehoben, dass sie sich „auf der Arbeit besonders hervorgehoben haben“. Die Gefangenen wurden mit Zigaretten der Marke Bosna (20 Stück wöchentlich) zum Preis vom neun Dinar versorgt. Vgl. AJ-191-4, 1945–1946; AJ-191, Bücher 11 und 12, Arbeitsbuch für Kriegsgefangene (Radna knjiga za ratne zarobljenike), Lohnliste VII–VIII 1946 und IX 1946 – I 1947.

25 Vgl. AJ-191-4, 1945–1946.

26 AJ-11-1-9; AJ-11-3-15, Akten von Mai bis Juli 1945.

27 Die Grundlage für den besseren Einsatz war der Bescheid des Wirtschaftsrates vom 15.9.1945, mit dem die Entlohnung der Gefangenen in Höhe der persönlichen Versorgungsbedürfnisse ermöglicht wurde; der Rest des Verdienstes wurde im „Fonds für den Wiederaufbau des Landes“ angelegt. So wurden zum Beispiel für den Feinmechaniker Josef Jene, der Anfang November 1946 aus dem Lager in Smederevska Palanka in den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Industrie in Belgrad übergang, 2.500 Dinar festgelegt, die Ernährung in der Kantine und eine Wohnung im Gebäude des Ministeriums wurden gesichert. Von dem Betrag wurden auch die Kosten für Ernährung und Wohnung ausbezahlt sowie ein „Kredit“ für Schuhe und den Arbeitsanzug. Obwohl ein

stärker ausgeprägt war,<sup>28</sup> intensiver zu berufsspezifischen Arbeiten eingesetzt. Das Offizierslager in Werschetz (srb. Vršac) wurde zu einer Fördereinrichtung von Kadern in verschiedenen Industriezweigen, in der Stromwirtschaft und im Bergwesen.<sup>29</sup> Gleichzeitig wurde die Zuständigkeit für die Kriegsgefangenen, die vom 15. März 1946 durch das Ministerium des Inneren betreut wurden, erneut geändert<sup>30</sup> Ab Juni desselben Jahres, als der Wirtschaftsrat eine „Kommission für die Nutzung des deutschen geistigen Eigentums auf dem Feld der Elektrifizierung und der Elektroindustrie“ bildete, wurde ein Plan zum voll funktionalen Einsatz von gefangenen Fachleuten erarbeitet und dadurch eine Verbesserung ihrer Lage ermöglicht. Die Kommission schlug vor, diejenigen, die „in Bezug auf ihre Berufsausbildung erstklassige Experten“ waren „und die es aufgrund ihrer bisherigen Arbeit und ihres Verhaltens verdienen“, in die Position zu versetzen, die für die aus Deutschland kommenden Experten vorgesehen ist.“<sup>31</sup> Dennoch gab es noch im März 1947 9.300 bis 9.500 Personen, „deren Qualifikation nicht völlig ausgenutzt wird.“<sup>32</sup> Bis Mitte 1947 prägte sich das Verständnis für die Bedeutung des Gefangenepo-

---

Gefangener kein Geld „auf die Hand“ bekommen konnte, sollten die gesicherte Versorgung, alle erforderlichen Werkzeuge und die Arbeitsausrüstung ermöglichen, dass er „die Arbeit mit mehr Wille und Fleiß“ erledige. Vgl. AJ-17, Personal, f. 6 Bescheide Nr. 10709, 22.11.1945 und Nr. 3324, 4.6.1946.

- 28 In der Akte des Ministeriums für Industrie ist notiert: „Wir haben hier Weltkapazitäten. Sie sollen maximal eingesetzt werden. Ihnen sollen alle Arbeitsmöglichkeiten gegeben werden. Mit ihnen soll wie mit den Fachleuten (Experten) umgegangen werden. Sie sollen Gehälter und Preise bekommen, falls sie gute Arbeiter sind. Unter diesen Männern befinden sich hochqualifizierte Fachleute, die zu jedem Preis im Land behalten werden sollen und deswegen ist dafür ein gutes Verfahren erforderlich.“ AJ-11-4-17, Protokoll über das Treffen vom 19.11.1946.
- 29 Nach einer Erhebung des Ministeriums für Inneres vom Mai 1946 waren im Lager 611 Offiziere – Fachmänner für einzelne Gebiete der Industrie (255 verschiedene Berufe, 26 für die Ernährungsindustrie, 23 für die chemische Industrie, 44 für die Elektroindustrie, 37 für die Holzverarbeitende Industrie, 26 für die Textilindustrie, 92 für die Metallindustrie, 20 für die Mechanik und 88 für das Bauwesen). Solche Verzeichnisse der Fachleute wurden den Industriezweigen zu Zwecken der Auswahl zugestellt. Im Laufe des Jahres wurden die Anforderungen an das Ressort nach Fachmännern aus Vršac noch konkreter, und sporadisch wurden präzise Erhebungen geführt. Vgl. AJ-11-1-5; AJ-11-6-22; AJ-11-30-81.
- 30 Bis zu diesem Zeitpunkt kümmerte sich die Abteilung für Kriegsgefangene des Verteidigungsministeriums um die Fragen der Kriegsgefangenen. Vgl. AJ-50-119-241, Bescheid vom 12.2.1946; AJ-191-4, 1945–1946, Nr. 105, 12.1.1946.
- 31 Die Einbindung der gefangenen Fachleute sollte einen höheren Arbeitselan ermöglichen mit der Perspektive, dass sie sich zur Arbeit in Jugoslawien auch nach der Entlassung aus der Gefangenschaft verpflichteten. Vgl. AJ-11-9-34, Nr. 4435, 16.5.1946 und Nr. 1546, 30.5.1946; AJ-54-46-109, Protokoll vom 5.6.1946. Nach einem Parteido-kument erfasste das Ministerium für Inneres bis Ende 1946 6.185 Fachleute in 44 Berufen, von denen ca. 58 Prozent zur Arbeit eingesetzt wurden. Vgl. AJ, Bund der Kommunisten Jugoslawiens (507)-IX, 86/III-10, Verzeichnis, 30.12.1946.
- 32 AJ, Arbeitsministerium (25)-87-219; AJ-31-66-95; AJ-17-97-97.

tenzials weiter aus. Ab diesem Zeitraum wurde die Gefangenearbeit mit den Zielen verknüpft, die sich die Regierungspartei im Fünfjahresplan zur Aufgabe machte. Das Ministerium für Inneres gab die Anweisung, dass die Kriegsgefangenen „gemäß ihrer richtigen Qualifikation verteilt“ werden sollten. Es hatte festgestellt, dass der Plan ohne Fachleute nicht umgesetzt werden könne und verlangte deren detaillierte Erfassung (vorgeschrieben waren die Berufsunterlagen für ungefähr 130 Sparten). Vorrangig wurde betont, dass die Gefangenen in ihrem jeweiligen Beruf eingesetzt werden sollten und dass ein Gefangener mit Fachkenntnissen keine Stunde lang eine gewöhnliche Arbeit verrichten dürfe. Die Kontrolleure waren angehalten, sofort jede Unregelmäßigkeit zu melden, und die Krankenhäuser sollten Kranke „mit besonderer Achtung und Pflege behandeln“, damit sie „möglichst schnell gesund“ würden und „zu ihrer Facharbeit zurückkehren“ könnten.<sup>33</sup>

Die Stellungnahme zur Bedeutung des geregelten Einsatzes der Gefangenen resultierte aus der Erkenntnis der geringen eigenen Ressourcen. Obwohl es Fälle der falschen, nicht ihrem Profil gemäßen Verteilung von Fachleuten gab, überwog in der Regel die Zahl des Fachpersonals. In den Direktionen für feuerfestes Material, Elektroindustrie, Motorherstellung sowie Aluminium und Kupfer des Ministeriums für Schwerindustrie kam auf 100 Ingenieure, Techniker und qualifizierte Arbeiter kein einziger unqualifizierter Arbeiter, und in der Metallindustrie waren von 1.066 beschäftigten Gefangenen nur 168 unqualifizierte Arbeiter. In einzelnen Unternehmen wie dem Lignitbergwerk in Kreka beeinträchtigte die Reduzierung der Gefangenenzahl von 700 im Laufe des Jahres 1947 auf 466 im Mai 1948 die Planerfüllung. Der Zufluss von einheimischen Arbeitskräften reichte nicht aus, und nach den Dokumenten des Ministeriums für Schwerindustrie waren solche Arbeitnehmer deutlich unproduktiver als die Gefangenen.<sup>34</sup>

Dennoch blieb die qualifizierte Arbeit im Kontext der gesamten Gefangenearbeit hinter der unqualifizierten zurück, indem die meisten Gefangenen bis zum Ende ihres

---

33 Der Kartenmuster wurden in 70.000 Exemplaren gedruckt und wie folgt verteilt: 14.000 in Serbien, 7.000 in der Vojvodina, 10.000 in Kroatien, 12.000 in Slowenien, 9.000 in Bosnien und Herzegowina, 6.000 in Montenegro, 3.000 in Mazedonien, 8.000 auf der Baustelle der Eisenbahnstrecke Šamac–Sarajevo und 1.000 als Reserve (Ersatz). Die Karten sollten für Rechtsanwälte, Beamte, Schüler, Frisöre, Kellner, Schaffner, Buchhalter, Köche, Offiziere ohne Fachkenntnisse im Bereich der Wirtschaft, Bäcker, Richter, Priester, Hausierer, Kaufleute (Händler) und nicht qualifizierte Arbeiter nicht ausgefüllt werden. Vgl. AJ-17-97-97, (streng vertraulich) Nr. 138, 7.6.1947.

34 Vgl. AJ, Ministerium für Schwerindustrie (16)-23-28, Akten aus dem Jahre 1948.

Aufenthalts in Jugoslawien manuelle Arbeiten verrichteten. In der Industrie wurden Gefangene aufgrund des allgemeinen Arbeitskräftemangels in den ersten Nachkriegsmonaten massenhaft eingesetzt. Doch wurden etwa ein Jahr später viele Gefangenen-Arbeitsbataillone in den Fabriken überflüssig, da immer mehr Arbeitskräfte vom Lande zugeführt wurden. Laut einem Schreiben der Lokalbehörde in Esseg (kr. Osijek) vom 9. April 1946 konnten einheimische, nicht-fachmännische Arbeitskräfte aufgrund der Gefangenenarbeit nur schwer in der Industrie beschäftigt werden. Das Vorgehen derjenigen Unternehmen, die „Einheimische“ wegen bereits beschäftigter Gefangener ablehnten, wurde als „unangemessen“ eingeschätzt, so dass das Ministerium für Industrie forderte, dass nur Fachleute unter den Gefangenen mit der Arbeit fortfahren, die restlichen Arbeiter aber durch Einheimische ersetzt werden.<sup>35</sup> Dennoch blieb bis Ende der 1940er-Jahre beziehungsweise bis zur Repatriierung der meisten Gefangenen zum Jahresbeginn 1949, unabhängig vom qualifikationsgemäßen Einsatz. Wobei jene etwa 5.000 Personen nicht mitgerechnet sind, die per Vertragsunterzeichnung zur Arbeit in Jugoslawien verpflichtet waren, das Gefangenenpotenzial sehr groß.

Als Maßnahmen zum Austausch der Gefangenenarbeit gegen die Arbeit einheimischer Arbeitskräfte eingeleitet wurden, stellte man fest, dass mit der „Abreise der Gefangenenarbeitskräfte ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften entstanden“ sei. Besonders davon betroffen war der Bau des Wasserkraftwerks Glava Zete; Probleme entstanden aber auch bei der Erledigung einzelner manueller Arbeiten, etwa beim Ausladen der Kohle für das Kraftwerk Zagreb.<sup>36</sup>

Während ihrer Arbeit in den Unternehmen und Einrichtungen Jugoslawiens erlebten die Kriegsgefangenen unterschiedliche Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie Verfahren. Es gab Fälle, in denen angemessene Wohnbedingungen garantiert wurden. Demgegenüber mussten sich im Dezember 1946 Gefangene in Piperi in Montenegro in Zelten aufhalten. Auch die Ernährung und die Nahrungsmittelvorräte wurden von den Unternehmen nicht in jedem Fall für die Wintermonate gesichert. Einige Unternehmen begriffen nicht, dass sie die Versorgung der Kriegsgefangenen zu gewährleisten hatten, das heißt, dass sie Wohnbaracken, Ambulanzen und Küchen bereitstellen sollten.

---

35 Vgl. AJ-17-129-130, Gegenstand Nr. 2070/46.

36 Vgl. AJ-25-152-404; AJ-11-43-148; AJ-11-83-272; AJ-31-67-95.



Es kam auch vor, dass Gefangene zu unbekanntem Zielen und zu unbekanntem Zweck zur Arbeit geführt oder sie zu Überstunden angetrieben wurden, für die sie keinen Lohn erhielten. Missbrauch gab es auch bei der Verteilung von Kleidung, Schuhen und Nahrung, indem zum Beispiel nur ein Brei aus Weizenmehl und Brot geboten wurde.<sup>37</sup>

Es gab jedoch auch Versäumnisse, denen nicht Verantwortungslosigkeit oder böse Absicht zugrunde lag, sondern vielmehr Unachtsamkeit, fehlendes Verständnis und Sprachbarrieren.<sup>38</sup>

## Untypisches Engagement

Es kam vor, dass den eingesetzten Kriegsgefangenen Arbeitsaufträge erteilt wurden, die in Bezug auf ihre Position zu vertraulich waren. So war etwa Eugen Bank, der in der Generaldirektion der jugoslawischen Elektrowirtschaft in Zagreb beschäftigt war, die einzige Person, die für das Kopieren von Entwürfen für die Direktion zuständig war. Die meisten dieser Entwürfe waren vertraulich.<sup>39</sup> Es war zudem kein seltenes Phänomen, dass sich Kriegsgefangene frei bewegen konnten, obwohl die Vorschriften das Gegenteil vorsahen. Ende 1945 bemerkte das Ministerium für Inneres ein „allgemeines Phänomen“ in Esseg: Gefangene wurden nicht nur ohne Bewachung auf den Straßen gesehen, „sondern sie gingen auch in Gaststätten, was Unzufriedenheit bei den Bürgern hervorrief.“ Es gab Fälle, in denen Deutsche „in Zivilkleidung bei Bürgern lebten“, und die Gesellschaft für kulturelle Zusammenarbeit mit der UdSSR brachte die Korrespondenz von der Kanzlei mit Hilfe deutscher Gefangener auf den Postweg.<sup>40</sup> Am bemerkenswertesten war womöglich der Einsatz des Gefangenen Franz Neuhäuser, während des Zweiten Weltkriegs Generalbeauftragter für die serbische Wirt-

---

37 Einige Unternehmen verlangten beharrlich, ein Werktag solle zehn Stunden dauern (anstelle von acht Stunden, wie im Juli 1946 festgelegt). Vgl. AJ-50-119-241; AJ-191-4, 1945–1946.

38 So wurde einmal ein Glaser für eine Arbeit gesucht, in das Unternehmen aber ein Glashändler entsandt. Vgl. AJ-17-97-97, 17.3.1947.

39 Vgl. AJ-11-7-32, Schreiben vom 3.7.1947.

40 Das Beispiel von Osijek war kein Einzelfall, sondern ein solches Verfahren wurde als „verbreitet“ eingeschätzt. AJ-50-119-241, Gegenstand K Nr. 1565, 25.12.1945. Später wurde es üblich, dass Gruppen deutscher Gefangener längere Zeit am selben Ort Arbeiten verrichteten und man ihnen vorläufige Bewegungsfreiheit gewährte. So erhielten beispielsweise Walter Schmitt und noch drei Gefangene die Bewegungsfreiheit vom Lager 3 in Belgrad bis zum Garten des Regierungspräsidiums, den sie bearbeiteten. Vgl. AJ-50-119-241, Nr. 6979, 17.8.1948.

schaft und Wehrmachtsverwaltungschef im okkupierten Serbien, der sowohl von einer NS-Behörde im Jahre 1944 wegen Korruption als auch von einem jugoslawischen Gericht im Jahre 1947 zu 20 Jahren Haft belangt worden war. Obwohl „Franz der Dicke“ zu einer schweren Strafe verurteilt worden war, verbüßte er diese nicht nur im Zuchthaus in Sremska Mitrovica, sondern wurde auch jeden Mittwoch in der Kneipe „Tri šešira“ [Drei Hüte], in der Belgrader Boheme-Straße Skadarlija, gesehen, wo er Bier trank und Skat spielte. Samstags wechselte er in das Hotel Majestic über. Der Herr über die Kriegswirtschaft des Zentralbalkans, der umstrittene und korrupte Neuhausen, erwarb offensichtlich Freunde unter den Kommunisten. Man erzählte sich, dass er manchen von ihnen mit dem Motto begegnete: „Wer Kommunist ist, bestimme ich!“ Er kam bei der Gerichtsverhandlung nicht nur ungeschoren davon, sondern begann nach zwei Jahren Haft, die Industrialisierung Jugoslawiens zu planen. Seine Erfahrung war bei der Verwaltung der Kupfergruben sowie der Blei- und Zinkwerke von Treptscha (srb. Trepča) und bei der Sicherung des Investitionskapitals durch Anleihen bei der Weltbank willkommen und erforderlich, so dass sich Tage des Kerkers mit Tagen der Arbeit und Entspannung in Belgrad abwechselten. Seine Strafe wurde verkürzt und im Jahr 1953 ausgesetzt.<sup>41</sup>

Schließlich gab es Kriegsgefangene, die den Arbeitsanforderungen nicht genügten, weil sie nicht fachkundig genug waren und entweder falsche Erklärungen zu ihrer Qualifikation abgegeben hatten oder über ungenügende Kenntnisse moderner technologischer Verfahren verfügten. Andere wollten sich nicht im erforderlichen Umfang engagieren und verrichteten ihre Arbeit langsam und unproduktiv. Solche Arbeiter wurden von den Fabriken entlassen und mussten ins Lager zurückkehren.<sup>42</sup>

---

41 Vgl. Neuhausen behielt seinen Kopf. In: Der Spiegel, 17.11.1949, S. 19–20 (ohne Autor); Jozo Tomasevich: War and Revolution in Yugoslavia 1941–1945. Stanford 2001, S. 76, S. 653.

42 So wurde der landwirtschaftliche Experte Eugen Fischer am 24.1.1947 der Imkerei in Vrbas zugeordnet und nach eineinhalb Monaten in das Lager zurückgesandt, da er sich „weder als Fachmann für Landwirtschaft erwies noch ein wenig Arbeitswilligkeit zeigte“. AJ-4-28-262, Pers. Nr. 321.

## Die Entlassung

Die frühe Repatriierungsphase deutscher Gefangener ab 1946 umfasste vorwiegend Kommunisten und wenige Sozialdemokraten.<sup>43</sup> Wie die Länder des Westens und die Tschechoslowakei – und anders als die UdSSR und Polen – respektierte Jugoslawien den Beschluss des Ministerrates der Siegermächte über den Abschluss der Repatriierung der Kriegsgefangenen bis Ende 1948, der im April 1947 in Moskau gefasst wurde, obwohl die festgesetzte Frist um einige Wochen überschritten wurde.<sup>44</sup> Nach dem 18. Januar 1949 kehrten insgesamt 209.499 Gefangene, davon 74.354 nach Deutschland und 26.126 nach Österreich, nach Hause zurück. Offiziell wurden 1.348 Personen zurückgehalten, die als verdächtig galten, angeklagt oder wegen Straftaten verurteilt waren. Durch die Repatriierung wurden diejenigen nicht erfasst, die den Arbeitsvertrag schon früher geschlossen hatten und die entsprechend ihren Vertragsbestimmungen nach Hause entlassen wurden.<sup>45</sup> Berücksichtigt man diese Rückkehrer nicht, so ist bisher unklar, wie viele Gefangene in den Lagern zurückblieben, wobei einige von ihnen erst 1950 mit dem Erhalt ihres Arbeitsvertrags befreit wurden.<sup>46</sup>

Die bis Anfang 1949 nicht entlassenen Soldaten wurden zum Gegenstand eines mehrjährigen Streits zwischen Bonn und Belgrad. Die Bundesrepublik Deutschland bestand auf einer bedingungslosen Freilassung, wobei die Handelsannäherung beider Staaten in Frage gestellt wurde. Bundeskanzler Konrad Adenauer intervenierte mehr-

---

43 Siehe die Listen der deutschen Linken und Antifaschisten in: AJ-507-IX, 86/III-10; AJ-507-IX, 86/II-14.

44 Jugoslawien hatte bis August 1948 noch keinen Repatriierungsplan. Auf Anregung Frankreichs wurde damals beschlossen, dass die Repatriierung im Zeitraum zwischen dem 1.11.1948 und dem 18.1.1949 erfolgen solle, und zwar in 24 Transporten (53.190 Deutsche und 8.282 Österreicher). Den Wirtschaftsbehörden wurde befohlen, den Rückzug der repatriierten Personen von der Arbeit in die Heimat nicht zu behindern. Da auch „Volksdeutsche“ befreit wurden, konnten sie die Arbeit fortsetzen, aber als fremde Staatsangehörige. Vgl. AJ-50-35-73, Nr. 511650, 1.8.1947; AJ-50-119-241, Nr. 17, 4.9.1947 und Nr. 3101, 19.10.1948; AJ-16-23-28, (streng vertraulich) Nr. 643/47; Wolfgang Benz: Kriegsgefangenschaft in NS-Lagern – Kriegsgefangenschaft in alliierten Gefangenenlagern. In: Angelika Arenz-Morch, Uwe Bader, Martina Ruppert-Kelly (Red.): Kriegsgefangenenlager 1939–1950. Kriegsgefangenschaft als Thema der Gedenkarbeit. Mainz/Osthofen: Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz 2012, S. 12–21, hier: S. 14; zur Repatriierung im Kontext der Transportbegleiter siehe: AJ-507-IX, 86/III-22, Sign. 11745 und 11744.

45 Vgl. Rozita Levi (Hg.): Dokumenti o spolnoj politici SFRJ: 1949 [Akten zur Auswärtigen Politik der SFRJ: 1949]. Beograd 1991, S. 12.

46 Der Ingenieur Erich But wurde am 20. Februar 1950 nach seiner Beschäftigung in der Schamottenfabrik in Arandelovac befreit. Vgl. AJ, Die Haupttrichtung der Bundesindustrie von feuerfesten Materialien (133)-15-25, Nr. 445, 7.3.1950.

mals im Laufe des Jahres 1950 in der Öffentlichkeit und bei jugoslawischen Vertretern. Dabei war er der Meinung, dass die Prozesse gegen deutsche Soldaten rechtlich mangelhaft gewesen und unverhältnismäßig hohe Strafen auferlegt worden seien. Solche Bemerkungen bekräftigte der jugoslawische Polizeichef Aleksandar Ranković, der auf dem Parteikongress des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens im Juni 1951 erklärte, dass die Gefangenen nicht selten nur aufgrund einer Erklärung des Ermittlungsverfahrens ohne objektive Beweisführung verurteilt worden seien.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden seit 1953 gegen solche ehemalige Kriegsgefangene Gerichtsverfahren geführt, die in den Lagern ihre Mithäftlinge zugunsten besserer Lebensbedingungen (Geldzahlungen, Nahrungsmittelrationen, Gewährung von Bewegungsfreiheit) denunziert oder sie gequält hatten. Die Aktivitäten Jugoslawiens bei der Repatriierung der Gefangenen wurden stellenweise gelobt, wie dies etwa im Dank des Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers vom 26. Oktober 1950 zum Ausdruck kam. Bis Ende 1953 kamen auch die verbliebenen Kriegsgefangenen frei, als diejenigen Deutschen und Österreicher amnestiert wurden, die wegen der Kriegsverbrechen verurteilt worden waren.<sup>47</sup> Archivunterlagen und Forschungsarbeiten haben bestätigt, dass viele deutsche Soldaten, die von den jugoslawischen Behörden in Kriegsgefangenschaft gehalten wurden, nach kurzzeitiger manueller Zwangsarbeit zunächst Arbeitsaufträge erhielten, die ihren Kenntnissen und Erfahrungen entsprachen. Daraufhin wurden sowohl den besten Fachleuten als auch denjenigen, die für die Wirtschaft unabhkömmlich waren, ein langjähriger Arbeitsvertrag im Gegenzug zur Erlangung der Freiheit angeboten. Ein solches Angebot wurde von mehr als 5.000 gefangenen Soldaten angenommen, wodurch ihre Lebensbedingungen trotz diverser Anomalien, die in der Praxis vorkamen, wesentlich verbessert wurden.

---

47 Rainer A. Blasius (Hg.): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1949/50, München 1997, S. 110–113, S. 475f.; Mitteilung. In: Borba [Der Kampf], Nr. 33, 8.2.1949, S. 1; AJ, Union der Studenten von Jugoslawien (145)-48-181, Schreiben des Vereins Deutscher Studenten, 2.–5.6.1951; Vershobene Sühne. In: Der Spiegel, Nr. 46, 10.11.1954, S. 11–13; Benz: Kriegsgefangenschaft in NS-Lagern, S. 14–15; Branko Petranović, Čedomir Štrbac: Istorija socijalističke Jugoslavije. Knjiga prva [Geschichte des sozialistischen Jugoslawiens. Erstes Buch]. Beograd 1977, S. 120.

**Dr. Saša S. Ilić (Саша С. Илић)** studierte Geschichte an der Philosophischen Fakultät der Universität Belgrad, wo er mit einer Untersuchung zu ausländischen Berufstätigen in Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg (darunter deutsche Kriegsgefangene) promovierte. Von 1996 bis 2005 arbeitete er als Archivar im Archiv Jugoslawiens (Arhiv Jugoslavije) und seit 2005 arbeitet er im Archiv der Nationalbank Serbiens (Arhiv Narodne banke Srbije) in Belgrad, das er bis 2013 leitete. Er verfasste mehrere Studien und Artikel zur Geschichte Serbiens und Jugoslawiens im 19. und 20. Jahrhundert.

Zusammenfassung

### **Deutsche Kriegsgefangene als Arbeitskräfte in der jugoslawischen Wirtschaft zwischen 1945 und 1949**

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren Zehntausende deutscher Soldaten in jugoslawischer Kriegsgefangenschaft – untergebracht in Lagern, von wo aus sie zur Zwangsarbeit entsandt wurden. Waren die Gefangenen während des Krieges weitestgehend ohne erkennbare Systematik eingesetzt worden, versuchten die jugoslawischen Autoritäten ab März 1945, einen Teil der Gefangenenarbeit systematischer zu organisieren und die Gefangenen „gezielt“ einzusetzen. Sie erhielten entsprechend ihrer Fähigkeiten und Kenntnisse Arbeitsaufträge, und im Laufe der Zeit wurden mehr als 5.000 von ihnen als freie Menschen voll in das Wirtschaftsleben integriert, was ein besonderes jugoslawisches Phänomen darstellte. Der Aufsatz skizziert Etappen und Spezifika des Arbeitseinsatzes der Kriegsgefangenen, nicht zuletzt im Hinblick auf die allgemeinen Bedingungen und mitunter ihren Einsatz als Fachkräfte in der jugoslawischen Wirtschaft der Nachkriegsjahre.

## Abstract

### **German Prisoners of War as Labor Force in the Yugoslav Economy between 1945 and 1949**

After World War Two tens of thousands of the German armed forces' member were held in Yugoslav captivity. POWs were held in camps from where they were sent to forced labour, at the beginning primarily to mass physical labour. However, the Yugoslav authorities, due to the great shortage of experts in various fields, had started very early (even before the war ended) to employ the POWs in the positions adequate to their knowledge and experience. Such a trend was especially promoted as of mid-March 1946, when the standpoint of the State about operational engagement of the prisoners-experts was clearly formed. Still, the expertise of the captives was not fully employed immediately, so that in March 1947 there were approximately 9.500 captives still occupying inadequate working places. Meanwhile, more featured experts or the ones who were greatly needed by the Yugoslav economy were offered to sign employment contracts. Hence by the beginning of repatriation of the majority of prisoners (January 1949) more than 5.000 prisoners left the camps and gained freedom in exchange for multi-annual employment contracts.

**Keywords:** Yugoslavia, Forced Labour, German Prisoners of War, Professional Workforce, Industrialization, Franz Neuhausen

Anna Grünfelder, Zagreb

# Überlebende des Holocaust in Jugoslawien

## Neubeginn in der kommunistischen Gesellschaft

In den ersten beiden Nachkriegsjahren kehrten aus dem Deutschen Reich und den von ihm besetzten Ländern mehrere Tausend jüdische Überlebende der Konzentrations- und Vernichtungslager aus Jugoslawien in ihre Heimat zurück.<sup>1</sup> Rückkehrer kamen auch aus den ehemals italienischen Besatzungsgebieten, wohin sich ab Mai 1941 zwischen 3.000 und 4.000 Jüdinnen und Juden aus ganz Jugoslawien und ungefähr 200 nach Jugoslawien geflüchtete Juden aus dem Deutschen Reich und seinen besetzten und annektierten Ländern gerettet hatten. Aus dem Küstenland und Dalmatien wurden diese Jüdinnen und Juden in italienische Internierungslager verbracht. Mehr als 200 dieser ehemals italienischen Internierten waren aber nach der deutschen Besetzung Dalmatiens und der dalmatischen Inseln den Deutschen in die Hände gefallen und über das Triester Konzentrationslager Risiera di San Sabba nach Osten deportiert worden. Nur wenige jüdische Überlebende der Verfolgung haben ihrer Erinnerungen an Verfolgung, Flucht und Rettung publiziert.<sup>2</sup> Als nach

- 
- 1 Hrvatski Državni arhiv Zagreb (i. F.: HR-HDA; Kroatisches Staatsarchiv Zagreb), Privatarchiv Rudi Supek, Bestands-Nr. 1578, darin finden sich die Nummern 1–20 des Bulletins des Jugoslawischen Lagerkomitees Buchenwald, „Naš glas“ [„Unsere Stimme“], siehe hier Nr. 7 vom 30.5.1945, Blatt 3. – Rudi Supek (1913–1993) war ein Zagreber Soziologe, der im Jänner 1943 in Paris, wo er als Student in der Resistance mitarbeitete, von der Gestapo gefasst und in das KZ Buchenwald eingeliefert wurde.
  - 2 Edita Armut (verheiratete Kašiković, \*1922 in Banja Luka, † [?] in Zagreb) geriet als Internierte des italienischen Lagers Kapor (Insel Rab) 1944 über Triest nach Auschwitz, siehe Edit Kašiković: Everyone carries their own fate with them – Svako svoju sudbinu nosi sa sobom. In: Aleksandar Gaon (Hg.), Steve Agnew u. a. (Mitarb.): We Survived. Yugoslav Jews on the Holocaust. Hg. vom Savez jevrejskih opština Srbije / Federation of Jewish Communities in Serbia. Beograd 2001, <<http://www.jevrejskadigitalnabiblioteka.rs/handle/123456789/803/browse?type=author&value=Ka%C5%A1ikovi%C4%87+Armut%2C+Edita>>, 20.1.2021. – Biografische Daten: Ivo Goldstein (Hg.): Židovski biografski leksikon on-line [Jüdisches biographisches Lexikon]. Hrvatski leksikografski zavod „Miroslav Krleža“ [Kroatisches Lexikographisches Institut „Miroslav Krleža“]. Zagreb 2017, <<https://www.lzmk.hr/>>, 16.3.2021. Bei allen biografischen Daten stütze ich mich auf dieses Lexikon; i. F.: Jüdisches biographisches Lexikon.

der Kapitulation Italiens im Sommer 1943 die italienischen Internierungslager mit Juden geöffnet wurden und die Internierten sich selbst überlassen blieben, schlugen sich jugoslawische Juden vor der deutschen Besetzung Italiens zu den italienischen Partisanen durch und wurden von ihnen auf jugoslawisches Territorium geschleust. Dort traten sie zu den jugoslawischen Partisanen über.<sup>3</sup> Ebenfalls in Italien internierte jugoslawische Jüdinnen und Juden wurden nach der Kapitulation Italiens von den Alliierten gemeinsam mit der vor der deutschen Besetzung flüchtenden Zivilbevölkerung Jugoslawiens ab September 1943 in ehemals britische Militärlager in Nordafrika eingewiesen und von dort 1945/46 repatriert.<sup>4</sup>

Staatlich organisierte Repatriierungstransporte gab es aus Italien und der Schweiz nach Jugoslawien.

Die Zahl der jüdischen Rückkehrer nach Jugoslawien wird – je nach Definition des Begriffes „jüdisch“ – auf neun- bis zwölftausend Personen angesetzt. Das sind etwa zehn Prozent der Gesamtzahl jugoslawischer Juden vor dem Krieg. Von diesen wanderten im Rahmen der jugoslawischen Alija<sup>5</sup> von 1948 bis 1952 circa 7.000 Juden nach Israel aus.

Die vorliegende Studie sucht Antworten auf die Frage, was die kommunistischen Behörden Jugoslawiens zur Reintegration der Heimkehrer unternommen haben und wie sie die Überlebenden des Holocaust empfangen und weiterhin behandelten. Damit wird auch der Frage nachgegangen, welche Bedeutung in Jugoslawien der natio-

---

3 So der aus Italien repatrierte Partisan Veljko Auferber aus Osijek; siehe Branka Cimermanović: *Moja majka Ljerka Auferber* [Meine Mutter Ljerka Auferber]. In: Jasminka Domaš (Red.): *Glasovi, sjećanja, život. Prilog istraživanju povijesti židovskih obitelji* [Stimmen, Erinnerungen, Leben. Beitrag zur Erforschung der Geschichte jüdischer Familien]. Zagreb 2015, S. 15–28. Veljko Auferber war der Ehemann von Ljerka Auferber, Branka Cimermanović ist deren Tochter.

4 Anna Grünfelder: „Displaced Persons“ aus Jugoslawien. Repatriierung und Reintegration seit 1945. In: *Südost-Forschungen* 74. Regensburg 2015, S. 73–110, hier: S. 95.

5 Alija (Aliyah) bezeichnet im Judentum generell die Rückkehr von Juden in das Land Israel. Zur jugoslawischen Aliyah bet': Mladenka Ivanković: *Jevreji Jugoslavije 1944–1953* [Die Juden Jugoslawiens 1944–1953]. Beograd 2006, S. 199–206; Melita Švob: *Židovi Hrvatske i Izrael. Osvrt* [Die Juden Kroatiens und Israel. Eine Reflexion]. In: *Migracijske teme* [Migrationsthemen], Nr. 13. Zagreb 1997, S. 363–392. – Beispiele: Sonja Makek [auch Sonja Bar-Sela nach ihrem zweiten Ehemann]: *Povijest moje obitelji* [Geschichte meiner Familie]. In: Domaš (Red.): *Glasovi*, S. 81–190; Dan Bar-Sela: *Sin stijene* [Sohn des Felsens]. In: ebenda, S. 199–211. Sonja Makek [Bar Sela], geb. Keršner, \*1945 in Zagreb; keine Angaben über ihren zweiten Ehemann Dan (Dragutin) Bar-Sela im *Jüdischen biographischen Lexikon*, nach persönlicher Information des Genannten \*1928 in Zagreb.



nalsozialistischen „Endlösung“ beigemessen wurde: Das kommunistische Regime reduzierte die Geschichte des deutschen Besatzungsregimes in Jugoslawien auf seinen Krieg gegen die „Volksbefreiungsbewegung“, die Anstiftung zum Krieg der jugoslawischen Nationalitäten gegeneinander und den Sieg der Partisanen über diese Kräfte. Die Verfolgung der jugoslawischen Juden rückte erst in das Bewusstsein der jugoslawischen Bevölkerung, als im Jerusalemer Eichmann-Prozess auch jugoslawische Jüdinnen und Juden als Zeugen der Verfolgung der Juden in Jugoslawien auftraten.<sup>6</sup> Als Fazit ergibt sich, dass die Überlebenden des Holocaust zwar zur Rückkehr aufgefordert wurden (anders als in den anderen von der deutschen Besetzung befreiten Ländern, speziell Österreich), ihre Erfahrungen aber keine besondere Bewertung und Berücksichtigung in der Gesetzgebung und Praxis fanden. Der vorliegende Beitrag führt die Untersuchungen der Autorin fort, die sie im Aufsatz „Displaced Persons‘ aus Jugoslawien. Repatriierung und Reintegration seit 1945“<sup>7</sup> begonnen hat. Darin geht es um die Vielfalt der Kategorien jugoslawischer „Displaced Persons“ (DPs) und ausländischer „DPs“ und die Modalitäten ihrer Repatriierung.

## Wie ging es mit den jugoslawischen Überlebenden weiter?

Die Literatur zur Judenverfolgung in Jugoslawien<sup>8</sup> (ebenso wie außerhalb Jugoslawiens<sup>9</sup> und in seinen Nachfolgestaaten<sup>10</sup> endet mit dem 8. Mai 1945 als ‚Stunde Null‘. Das Überleben der Geretteten in der unmittelbaren Nachkriegszeit, ihr Umgang mit den Erinnerungen der Überlebenden, sowie Pogrome in einzelnen europäischen Län-

6 Solveg Sasson: Čovjek u svjetlom odijelu [Der Mann im hellen Anzug]. In: Domaš (Red.): Ako tebe zaboravim. Pri-log istraživanju povijesti židovskih obitelji [Wenn ich dich vergesse. Beitrag zur Erforschung der Geschichte jüdischer Familien]. Zagreb 2018, S. 71–91, hier: S. 89. Die Familie des Fabrikanten Mario Sasson, der in Auschwitz ums Leben kam, erfuhr davon erst aus den Transkripten des Eichmann-Prozesses und den jugoslawischen Medien, die wegen der jugoslawischen Zeugen ausführlich über den Prozess berichteten. Eichmann soll demnach persönlich die Deportation des Unternehmers und Fabrikanten Mario Sasson und seiner ganzen Familie „nach dem Osten“ gefordert haben, weil sich Mario Sasson geweigert haben soll, Kohle aus Jugoslawien statt in die Schweiz ins Deutsche Reich zu liefern.

7 Vgl. Anm. 4.

8 Harriet Pass Freidenreich: The Jews of Yugoslavia. A Question for Community. Jewish Pubn Society. Philadelphia 1979, S. 179f.

9 Marija Vulesica: Die Ermordung der Juden in den jugoslawischen Gebieten 1941–1945. In: Đorđe Tomić, Roland Zschächner, Mara Puškarević u. a. (Hgg.): Mythos Partisan. Münster 2013, S. 90–109.

10 Ivo Goldstein: Holokaust u Zagrebu [Der Holocaust in Zagreb]. Zagreb 2001, S. 649.

dern wurden nicht untersucht. Die Zeit danach wird als „Übergangsphase“, als „Anfang vom Ende des jugoslawischen Judentums“, betrachtet. Hat das kommunistische Jugoslawien die überlebenden Juden wie die UdSSR zur Auswanderung gezwungen? Oder hat es ihnen Lebensmöglichkeiten in Aussicht gestellt, so dass sich Auswanderungswillige entschieden, doch zu bleiben,<sup>11</sup> und Ausgewanderte nach Jugoslawien zurückkehrten?<sup>12</sup> Wie behandelte das kommunistische Jugoslawien seine Rückkehrer, und welche Behandlung konnte die Menschen entweder zur Auswanderung oder zum Verbleib motivieren? Für eine Untersuchung dieser Fragen bieten sich als Zeiträume die Jahre von 1945 bis 1948/49 an, als die Entscheidung über Bleiben oder Gehen zu treffen war. In diesen Jahren hatten die Heimkehrer sich in ein kommunistisches System und in ein vom Krieg schwer gezeichnetes Land zu integrieren, dessen Landwirtschaft, Industrie und Verkehrswege zerstört waren, das circa zehn Prozent seiner Bevölkerung, 1,7 Millionen Menschen, im Krieg verloren hatte und dessen Bevölkerung von der Nothilfe- und Wiederaufbauverwaltung der Vereinten Nationen (UNRRA) in der Hungersnot unterstützt wurde. Nicht nur ihre Erfahrungsberichte,<sup>13</sup> sondern auch die Akten der Behörden, die mit der Repatriierung von Überlebenden befasst waren,<sup>14</sup> zeigen, dass die Heimkehrer den Neubeginn überwiegend aus eigenen Kräften schaffen mussten und Unterstützung vor allem von den internationalen jüdischen Organisationen erhielten. Die Behörden förderten jedoch die Reaktivie-

- 
- 11 Beispiel: Der Osijeker Großindustrielle Makso Herman, siehe Vilim Herman: *Kronika obitelji Herman* [Chronik der Familie Herman]. In: Domaš (Red.): *Glasovi*, S. 119–127, hier: S. 125f. Vilim Herman, \*1949 in Osijek. Zu seinem Vorfahren Makso gibt es keine Angaben im Jüdischen biographischen Lexikon.
- 12 Beispiele: Makek [Bar-Sela]: *Povijest*, S. 205; Slavko Goldstein: 1941: *Godina koja se vraća* [1941: Das Jahr, das sich wiederholt]. Zagreb 22007, S. 497. Weitere Beispiele gibt es auch in den Akten der Repatriierungskommission, vorhanden in: HR-HDA-1522, Faszikel 2. Heimkehrer aus Israel nach Rijeka und Split.
- 13 *Trilogie Jasminka Domaš* (Red.): *Glasovi, sježanja, život* [Stimmen, Erinnerungen, Leben]. Zagreb 2015 (= 1. Band); *Obitelji* [Familien]. Zagreb 2016 (= 2. Band); *Ako Tebe zaboravim* [Wenn ich dich vergesse]. Zagreb 2018 (= 3. Band); Untertitel aller drei Bände: *Prilog za istraživanje povijesti židovskih obitelji* [Beitrag zur Erforschung der Geschichte jüdischer Familien].
- 14 Zemałjska komisija za repatriaciju [Landesrepatriierungskommission], HR-HDA-1522, ZKRH); *Ministarstvo socijalnog staranja* [Ministerium für Sozialfürsorge], HR-HDA-296 MSS NRH; HR-HDA-283, *Ministarstvo financija Narodne Republike Hrvatske* [Finanzministerium der Volksrepublik Kroatien], MF NRH; HR-HDA-313, *Zemałjska uprava narodnih dobara* [Landesverwaltung von Volksvermögen], ZUND; HR-HDA-306, *Zemałjska komisija za utvrđivanje zločina okupatora i njihovih pomagača* [Landeskommission zur Ermittlung von Kriegsverbrechen der Besatzer und ihrer Kollaborateure], ZKRZ. Das Archiv der Jüdischen Kultusgemeinde Zagreb aus der Vorkriegs- und Kriegszeit findet sich, soweit es unter den Bedingungen der deutschen Besatzung und des Ustascha-Regimes erhalten werden konnte, in Abschriften im Archiv des Jevrejski Istorijski Muzej (JIM; Jüdisches Historisches Museum) in Belgrad und wird noch geordnet. Es ist derzeit nur eingeschränkt benutzbar.

nung der jüdischen Kultusgemeinden trotz ihrer religiösen Konnotation: Schließlich sprangen die Gemeinden bei der sozialen Betreuung der Überlebenden ein und beschafften zudem von internationalen jüdischen Organisationen Hilfe aus dem Ausland. Daher gestalteten die Behörden ihre Beziehungen zu den Gemeinden möglichst konstruktiv. Das Misstrauen bekamen die „einfachen“ Gemeindemitglieder zu spüren; sie glaubten, dass der Antisemitismus in der Bevölkerung den Zusammenbruch des Ustascha-Regimes und der deutschen Besatzung überlebt habe und auch den Kommunisten nie ganz fremd gewesen sei. Benachteiligungen bei Postenbesetzungen und bei der Vergabe von Wohnungen sowie bei der Rückerstattung beschlagnahmten Vermögens schienen diese Annahme zu bestätigen.<sup>15</sup> Es ist aber auch anzunehmen, dass in der Not der unmittelbaren Nachkriegszeit jedermann sich selbst der Nächste war und Animositäten mit „Verteilungskämpfen“ begründet werden können. Die jüdischen Heimkehrer fanden einen Staat vor, der ab 1945 in Wirtschaft, Kultur und Politik das sowjetische System mit so großem Bemühen kopierte, dass Jugoslawien als verlässlichster Trabant Moskaus galt.<sup>16</sup> Das Klima der Furcht und des Denunziantentums verschärfte sich – einerseits durch die Verteilungskämpfe in der Mangelwirtschaft, andererseits auch, weil nicht nur in der Staatsführung, sondern bis in das öffentliche Leben hinein Furcht vor einer militärischen Besetzung Jugoslawiens durch die Sowjetunion herrschte, da dieser Titos außenpolitische Alleingänge missfielen<sup>17</sup> Naida Mihal Brandl zufolge erlebten jüdische Mitbürger eine Judenfeindschaft, die es in allen osteuropäischen Staaten gab und die von den Herrschenden genährt wurde,

15 Branko Polić: Na pragu zrelosti. Autobiografski zapisi [An der Schwelle zur Reife. Autobiografische Notizen]. Zagreb 2010, S. 40; S. Goldstein: 1941, S. 425; Zeev Milo: Im Satellitenstaat Kroatien. Eine Odyssee des Überlebens 1941–1945. Mit ausführlicher Beschreibung der historischen Ereignisse. Klagenfurt 22002, S. 179–191. (Lebensdaten: Branko Polić: 1924–2014; Slavko Goldstein: 1928–2017; Zeev Milo alias Vladimir Miller [auch Müller oder Miler]: Zagreb 1925–[?]).

16 S. Goldstein: 1941, S. 425. Irritationen zwischen Tito und Stalin, zwischen dem Generalstab der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee und der Komintern gab es seit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, als die Komintern alle kommunistischen Parteien zur gemeinsamen Hilfe für die UdSSR aufforderte. Jugoslawien verweigerte die Teilnahme, weil es selbst schon besetzt war. Einmischungen der Komintern in die Kriegsführung in Jugoslawien wurden von der Partisanenarmee ignoriert oder zurückgewiesen. Diesen Aspekt der Kriegsführung schilderte der Dolmetscher im Generalstab der Partisanen Vladimir Velebit (Zadar 1907 – Zagreb 2004; nach dem Krieg einer von Titos Spitzendiplomaten, 1951 jugoslawischer Botschafter in Rom, 1952–1956 Botschafter in London, 1960–1970 in UNO-Kommissionen und als Delegierter der Carnegie-Foundation im Israelisch-Palästinensischen Konflikt tätig); Vladimir Velebit: Moj život [Mein Leben]. Zagreb 2015, S. 248, S. 317–320, S. 343 und passim.

17 Velebit: Moj život, S. 343; S. Goldstein: 1941, S. 425f.

aber ihrer Meinung nach nur in der Tschechoslowakei so ausgeprägt gewesen sei wie in Jugoslawien.<sup>18</sup> Diese Behauptung ist jedoch zu relativieren: Jüdinnen und Juden bekleideten auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit gehobene und hohe Positionen in den Ministerien<sup>19</sup>, in der Justiz<sup>20</sup> und Medizin: Dr. Stjepan Steiner (1915–2006),<sup>21</sup> Arzt in der Partisanenarmee, und seine Frau Dr. Zora Steiner<sup>22</sup> betreuten Präsident Tito als Leibärzte; Dr. Zdenko Njemirovskij (1911–1990) wurde zur Neueinrichtung der Zahnklinik Zagreb und zur Einrichtung einer eigenen Fakultät für Zahnmedizin berufen.<sup>23</sup>

Einer der führenden Wirtschaftsexperten in ganz Jugoslawien war der Generaldirektor der Firma Energoinvest in Sarajevo, Emerik Blum (1911–1984), Überlebender des Ustascha-Konzentrationslagers Jasenovac, zeitweilig Vorsitzender des Bundes der Kommunisten von Bosnien und Herzegowina (SK BiH) und von 1981 bis 1983 auch Bürgermeister Sarajevos.<sup>24</sup>

- 
- 18 Naida Mihal Brandl: Jews between Two Totalitarian Regimes. In: *Židovski identitet/i u Hrvatskoj nakon Drugog svjetskog rata. Pregled [Jüdische Identität/en in Kroatien nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein Überblick]*. In: Ljiljana Dobrovšak, Ivana Žebec Šilj (Hgg.): *Nacionalne manjine u Hrvatskoj i Hrvati kao manjina – europski izazovi [Nationale Minderheiten in Kroatien und Kroaten als Minderheit. Europäische Herausforderungen]*. Zagreb 2005, S. 167–194, hier: S. 173f; auch in *Review of Croatian history* 12 (2016) H. 1, Zagreb 2016, S. 103–127. Ihre Feststellung wurde übernommen von Ari Kerkkänen: *Yugoslav Jewry*. Beograd 1999, S. 40f, aber widersprochen von Lea Šiljak: *Jewish Identities in Croatia – a social psychological perspective*. In: *Migracijske teme* 19 (2003) H. 4, S. 363–390, hier: S. 364, <<https://hrcak.srce.hr/7848>>, 26.4.2021.
- 19 HR-HDA-291, Ministarstvo prosvjete Narodne Republike Hrvatske [Erziehungsministerium der VR Kroatien], MP NRH, Fasz.62, 65, 66; HR-HDA-296, Ministarstvo socijalnog staranja Narodne Republike Hrvatske [Sozialministerium der Volksrepublik Kroatien], MSS NRH, Fasz. 65.
- 20 Beispiele: Dr. Pavle Vinski wirkte seit der Gründung der Kroatischen Kriegsverbrecherkommission (1944) bis zu deren Einstellung (1947) als ihr Leiter: HR-HDA-306, ZKRZ, Mikrofilm Z-2944, Azl.2235/45; Univ.-Prof. Dr. Mladen Singer (1930–2014) war Jugendstrafrichter und lehrte an der Fakultät für Heilpädagogik in Zagreb, siehe: Ljiljana Mikšaj-Todorović, Irma Kovčo-Vukadin: In memoriam prof. dr. sc. Mladen Singer. Nekrolog, Obituarij [In memoriam Prof. Dr. Mladen Singer. Ein Nachruf]. In: *Kriminologija & socijalna integracija: časopis za kriminologiju, penologiju i poremećaje u ponašanju [Kriminalwissenschaft und soziale Integration: Zeitschrift für Kriminalwissenschaft, Strafrechtswissenschaft und Sozialintegration]*, 22 (2014) H. 1, S. 240–242, <<https://hrcak.srce.hr/134065>>, 24.3.2021. Einen der höchsten militärischen Dienstgrade erreichte die Partisanenärztin Dr. Rosa Papo aus Sarajevo: Jaša Romano: *Jevreji Jugoslavije 1941–1945. Žrtve genocida i učesnici Narodnooslobodilačke borbe*. [Die Juden Jugoslawiens 1941–1945. Opfer des Genozids und Teilnehmer des Volksbefreiungskampfes]. Beograd 1979, S. 364.
- 21 Jüdisches biographisches Lexikon, <<https://zbl.lzmk.hr/?p=2384>>, 24.3.2021.
- 22 Angaben zu Dr. Zora Steiner, geb. Goldschmidt (1902–1985), finden sich im Nachlass des Paares im Kroatischen Staatsarchiv Zagreb, HR-HDA-1889, Ostavština Dr. Stjepan Steiner.
- 23 Jüdisches biographisches Lexikon, <<https://zbl.lzmk.hr/?p=1494>>, 24.3.2021; der Gründungsprozess dauerte bis 1962.
- 24 Dragan Golubović: *Kako je Emerik Blum stvorio ekonomsko čudo* [Wie Emerik Blum das Wirtschaftswunder bewirkte], <<https://analiziraj.ba/kako-je-emerik-blum-stvorio-ekonomsko-cudo/>>.

Die offizielle Gleichberechtigung und Chancengleichheit von Jüdinnen und Juden war die eine Seite der Medaille – die andere war die Fortdauer der stalinistischen Repression auch nach dem Bruch zwischen Belgrad und Moskau (Mai 1948<sup>25</sup>). Tendenzen, nach Stalins Vorbild Juden sogar aus dem Land abzuschieben, hielten sich, so dass die Jahre von 1948/49 bis 1953 als „Stalinismus nach Stalin“<sup>26</sup> bezeichnet wurden.

## Empfang in der Heimat

Die Aufforderung zur – obligaten – Repatriierung<sup>27</sup> von „jugoslawischen Staatsbürgern, die sich während des Krieges im Ausland aufgehalten hatten“, wurde vom Präsidium des Antifaschistischen Rats der Nationalen Befreiung Jugoslawiens (Antifašističko vijeće/veće narodnog oslobođenja Jugoslavije, AVNOJ) am 28. April 1945 verkündet. Die Verordnung mit gleichem Datum bestimmte die Bildung einer Repatriierungskommission und ihr untergeordneter Repatriierungsstäbe zum Empfang der Repatriierungstransporte an den Grenzübergängen zwischen Jugoslawien und den von den Alliierten besetzten bzw. befreiten Ländern.<sup>28</sup>

Zur Organisation der staatlichen Transporte aus den Lagern gibt es im Bestand „Repatriierungskommission“ im kroatischen Staatsarchiv keine Unterlagen.<sup>29</sup> Repatriierungsverläufe im ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald schilderte der damit befasste jugoslawische Exhäftling Rudi Supek, der mit den kommunistischen Leitern der deutschen, französischen und tschechischen Lagergemeinschaften zusammenar-

---

25 Am 24. Mai 1948 beschloss das „Informbiro“ (dt.: Kominform, Kommunistisches Informationsbüro, das Zentrum der kommunistischen Bewegung), den Ausschluss Jugoslawiens als „Abweichler“. Berislav Jandrić: Djelatnost sljedbenika rezolucije informbiroa u Hrvatskoj 1948–1953 [Die Tätigkeit der Anhänger der Resolution des Kominform in Kroatien 1948–1953]. In: Časopis za suvremenu povijest [Zeitschrift für Zeitgeschichte], i. F.: ČSP, 26 (1994) H. 2, S. 317–336, hier: S. 321–324.

26 S. Goldstein: 1941, S. 425.

27 Die Verpflichtung zur Rückkehr in das Heimatland widersprach dem alliierten Beschluss bei der Konferenz von Jalta. Die Westalliierten bestanden auf Freiwilligkeit und räumten nur der Sowjetunion eine Ausnahmeregelung ein: W(ilhelm). Jacobmeyer: Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951. Göttingen 1985, S. 30.

28 Službeni list DFJ (i. F.: SL DFJ; Amtsblatt des Demokratischen Föderativen Jugoslawien) Nr. 30 vom 28. April 1945 und SL DF Nr. 64 vom 23. August 1945. Details zur gesetzlichen Lage und Repatriierungsinstitutionen: Grünfelder: „Displaced Persons“, S. 80.

29 HR-HDA-1512, Zemaljska komisija za repatrijaciju (Landesrepatriierungskommission, ZKRH).

beitete.<sup>30</sup> Eine Erinnerung an die Tätigkeit der jugoslawischen Repatriierungskommission überlieferte der Exhäftling des Konzentrationslagers Dachau, Lazar Weinberger: Ihn fand das ärztliche Mitglied der Kommission, Dr. Goran Nikolić, nach der Befreiung des Lagers (29. April 1945) und stabilisierte den von der Zwangsarbeit geschwächten Jugendlichen so weit, dass er den Heimtransport antreten konnte.<sup>31</sup>

In den von der Staatlichen Repatriierungskommission eingerichteten Repatriierungsbasen für den Empfang der Transporte wurden die Ankömmlinge gepflegt, mit lebensnotwendigen Gütern erstversorgt, ärztlich untersucht und zu „Informationsgesprächen“ mit den Beamten der Geheimpolizei OZNA<sup>32</sup> vorgeladen. Diese Gespräche entpuppten sich als entscheidende Momente für ihr weiteres Schicksal: Das Hauptinteresse der Geheimpolizei galt dem Verhalten der Repatriierten im Krieg, unter der Besatzung und in den Konzentrationslagern sowie eventueller Komplizenschaft mit der Lagerverwaltung, SS und Gestapo zum Schaden von Mitgefangenen. Die Offiziere entschieden, ob die Repatriierten sofort nach Hause weiterreisen durften (sofern sie ein Zuhause erwartete) oder ob sie in staatlichen Aufnahmequartieren, ab 1946 in Aufnahmelagern in den Städten, weiteren Überprüfungen unterzogen werden sollten. Diese Befragungen erlebten Zeitzeugen als Verdächtigungen, weil allein schon die Tatsache des Überlebens in den Konzentrationslagern einer möglichen Kollaboration mit dem Feind – Gestapo, SS, SD – zugeschrieben werden konnte.<sup>33</sup>

Im Laufe des Jahres 1946 wurden in den Städten Wohnobjekte der früheren Besitzer zu Aufnahmelagern umfunktioniert, diese auch als vorübergehende Unterkunft für jene dienten, die kein Zuhause erwartete. Die Jüdische Kultusgemeinde in Zagreb, die auch nach der Deportation aller ihrer Führungspersönlichkeiten nach Auschwitz

---

30 Zum Verlauf der Repatriierung der jugoslawischen Insassen von Buchenwald mit Hilfe der tschechoslowakischen KP siehe: Grünfelder: „Displaced Persons“, S. 90f.

31 Lazar Weinberger: Dachau. In: Domaš (Red.): Glasovi, S. 151–169, hier: S. 166f.

32 Die Geheimpolizei OZNA (Odeljenje za zaštitu naroda, dt.: Abteilung für Volksschutz) wurde 1943 von AVNOJ gegründet, um die Bevölkerung in den von den Partisanen eroberten oder kontrollierten Territorien auf ihre politische Gesinnung hin zu kontrollieren: William Klinger: Il terrore del popolo. Storia della polizia politica di Tito. Trieste 2012. Kroatische Ausgabe: Teror narodu. Povijest Titove političke policije. Zagreb: Večernji list, 2014.

33 Der Zagreber Philosoph Rudi Supek machte nach seiner Heimkehr aus dem KZ Buchenwald nach Zagreb die Erfahrung, dass die Staatspolizei OZNA noch während seiner KZ-Internierung (1943–1945) Belastungsmaterial über sein Verhalten als KZ-Insasse gesammelt hatte und ihn der Komplizenschaft mit der SS zum Schaden der Mitinternierten beschuldigte: HR-HDA-1780, Fasz. 29, Chronologie des activités politiques 1939–1940 (dans la Résistance et dans la Déportation à Buchenwald), verfasst am 14.12.1971.

1943 weiterhin funktionieren konnte und 1945 ihre von der Ustascha 1941 beschlagnahmten Räume zurückerhielt, richtete darin Schlafräume und eine zentrale Küche für jüdische Rückkehrer ein.<sup>34</sup>

Die Kosten für den Aufenthalt in den Aufnahmezentren trugen das jugoslawische Sozialministerium und sein Pendant, das Sozialministerium der Volksrepublik Kroatiens, gemeinsam: Das Geld dafür kam aus dem von der Ustascha-Regierung 1944/45 in Schweizer Banken deponierten Konten kroatischer Banken, auf denen sich die 1941 beschlagnahmten Einlagen kroatischer Jüdinnen und Juden befanden. Die Repatriierten erhielten aus diesen Fonds bis Jahresende 1945 einmalige Unterstützungen.<sup>35</sup> Das Jugoslawische Rote Kreuz half mit Lebensmittelpenden, um den durchwegs unterernährten und geschwächten Repatriierten trotz der Lebensmittelknappheit hochwertige Mahlzeiten zu bieten. Auch die internationale Hilfsorganisation UNRRA, mit der Jugoslawien am 25. März 1945 seinen ersten internationalen Vertrag über Humanitär- und Wiederaufbauhilfe geschlossen hatte, sprang bei der Versorgung ein.<sup>36</sup> Der Gesundheitszustand der meisten Repatriierten erforderte ärztliche Maßnahmen. Deshalb wurden schon bald nach Beginn der staatlichen Repatriierung 40 Quarantänestationen im Land eingerichtet, um Patienten mit TBC sowie psychischen und venerischen Krankheiten herauszufiltern und in Krankenhäuser einzuliefern.<sup>37</sup> Die psychiatrische Behandlung von ehemaligen Konzentrationslagerhäftlingen übernahmen Ärzte „illegal“, denn Psychiatrie wurde von dogmatischen Kommunisten

- 
- 34 Die Jüdische Kultusgemeinde Zagreb durfte während der Ustascha-Herrschaft weiterbestehen, weil sie von der Verwaltung der Konzentrationslager zur Lieferung von Lebensmittelrationen an die Häftlinge verpflichtet wurde: I. Goldstein: *Holokaust*, S. 387. Die diesbezügliche Verordnung des Innenministeriums des Unabhängigen Staates Kroatien (Ministarstvo unutrašnjih poslova Nezavisne Države Hrvatske, MUP NDH), HR-HDA-223, Zl.13520-3095/1942, ist nicht datiert.
- 35 HR HDA-296, Ministarstvo socijalnog staranja Narodne Republike Hrvatske [Sozialministerium der Volksrepublik Kroatien] MSS NRH, Fasz. 3, Zl. 4362-VII/1945 vom 4.7.1945; HR-HDA-1522, ZKRH, Fasz. 6, Zl. 64/48 und 65/48 vom 29.1.1948.
- 36 Die internationale humanitäre Organisation UNRRA lieferte monatlich Lebensmittel für Repatriierte, aber die Sendungen durften nur für Zivilisten verwendet werden, nicht für die Armee. Auch Hilfsgüter zum Wiederaufbau wie Baumaterial und Baumaschinen umfasste das Hilfsprogramm: Međunarodni odnosi Jugoslavije: <[https://hrcak.srce.hr/file/138\\_72.pdf](https://hrcak.srce.hr/file/138_72.pdf)>, 20.6.2020. Zum Ausmaß der Hilfe: Vera Kržišnik Bukić: *Hrana kao glavni vid UNRRA-ine pomoći Jugsolaviji 1943–1948* [Lebensmittel als wichtigste Hilfsgüter der UNRRA für Jugoslawien 1943–1948]. In: ČSP 20 (1988) H. 3, S. 59–76, hier: S. 60, S. 67f.
- 37 HR-HDA, Ministerium für Volksgesundheit [Ministarstvo narodnog zdravlja], Sig. HR-HDA-287, MNZ, Fasz. 6, Zl. 5508, 5781; Siniša Zrinščak: *Zdravstvena politika Hrvatske* [Gesundheitspolitik in Kroatien]. In: *Revija socijalne politike* [Revue für Sozialpolitik], 14 (2007) H. 2, S. 193–220, hier: S. 197.

als „bourgeois“ Relikt und als unvereinbar mit dem Profil des neuen jugoslawischen Staatsbürgers betrachtet. Ärztliche Behandlung und Rehabilitation wurde primär den Verwundeten und Kriegsinvaliden zuteil. In den Zagreber Kliniken wurde die Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) mit körperlichen Störungen studiert.<sup>38</sup> Schon 1952 wurde in der 1. Auflage des Diagnostisch-Statistischen Handbuchs auch das Syndrom der Lagertraumata behandelt.<sup>39</sup>

## Reintegration in Jugoslawien

### Unterstützungen

Überlebende der Konzentrations- und Vernichtungslager sowie Heimkehrer aus der Emigration gingen nach ihrer Rückkehr oft ungeachtet ihrer körperlichen und seelischen Verfassung daran, sich aus eigenen Kräften eine neue Existenz aufzubauen. Zahlreiche erfolgreiche Universitäts- und Wirtschaftskarrieren sprechen für ihre Willenskraft. Lazar Weinberger (keine biografischen Daten bekannt), nach der Befreiung des Konzentrationslagers Dachau erschöpft und apathisch, nahm im Herbst 1945 das Studium der Medizin auf;<sup>40</sup> Natan Langer studierte Elektrotechnik und wurde wegen seines herausragenden Studienerfolges von der deutschen Firma Siemens zu einem Studienaufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland eingeladen. Seine Familie habe ihm zwar gedroht, wenn er wirklich nach Deutschland gehe, brauche er nicht mehr nach Hause zu kommen. Doch er nahm die Einladung an, und die Familie fand sich damit ab.<sup>41</sup> Boris Braun, der die Konzentrationslager Auschwitz und Buchenwald sowie die Todesärsche überlebt hatte, studierte ab 1945 Agronomie und habilitierte

---

38 HR-HDA-287, Ministarstvo narodnog zdravlja Narodne Republike Hrvatske (Ministerium der Volksgesundheit der VR Kroatien), MNZ NRH, Fasz. 6-10 enthält Krankengeschichten. Die Auswertung der Dokumente konnte wegen der Corona-bedingten Einschränkung der Archivbenützung 2020/2021 nicht geleistet werden, wird jedoch aufgenommen, da sie Hinweise auf Patienten mit KZ-Erfahrung geben dürften.

39 Dragica Kozarić-Kovačić, Zrinka Kovačić, Lea Rukavina (Universitätsklinik für Psychiatrie Zagreb-Dubrava), und Dario Kovač: Što je posttraumatski stresni poremećaj (PTSP) [Was ist die Posttraumatische Belastungsstörung]. In: Klinička psihologija [Klinische Psychologie], Zagreb 2013.

40 Weinberger: Dachau. In: Domaš (Red.): Glasovi, S. 167.

41 Natan Langer: Život s vjerom i u vjeri [Leben mit dem Glauben und aus dem Glauben]. In: Domaš (Red.): Glasovi, S. 233–250, hier: S. 246. (Zu Natan Langer sind keine biografischen Daten bekannt).



sich.<sup>42</sup> Lea Kriesbacher Fürth, die aus dem Ghetto in Budapest entkommen konnte, holte 1945 im Zagreber Partisanengymnasium die Matura nach und absolvierte die Übersetzerausbildung für Deutsch, Ungarisch und Jiddisch.<sup>43</sup> Die ehemalige Ordinaria für Zeitgeschichte mit besonderer Berücksichtigung der kroatischen Geschichte des 19. Jahrhunderts Mirjana (Mirijam) Gross (1922–2012), Überlebende der Konzentrationslager Buchenwald und Ravensbrück, musste nach der Repatriierung aus Buchenwald in einem Sanatorium eine durch die Lagerhaft verursachte Erkrankung ausheilen, konnte aber später unter anderem Geschichte und Kunstgeschichte studieren.<sup>44</sup> Die Erfahrungen, die mit Lagern, Flucht und Todesgefahr verbunden waren, behielten die Heimkehrer für sich. Diejenigen, die 1941 auf der Seite der Verfolger gestanden hatten, mussten in den ersten Jahren des kommunistischen Systems um ihre Freiheit, ja um ihr Leben bangen<sup>45</sup> und vermieden daher Kontakte zu ihren ehemaligen Opfern oder versuchten, sich zu rechtfertigen. Reue oder den Willen zu einer zumindest symbolischen Wiedergutmachung konnten die Opfer bei den ehemaligen Tätern nicht erkennen, berichtet ein Zeitzeuge.<sup>46</sup> Die nachfolgenden Generationen konnten von den Überlebenden nur sporadisch und andeutungsweise erfahren, was diese in den Lagern erlebt hatten.

In der Mangelwirtschaft der unmittelbaren Nachkriegszeit halfen die jüdischen Kultusgemeinden bei der Erfüllung der elementaren Bedürfnisse der Überlebenden aus. Der Bund der Jüdischen Gemeinden Jugoslawiens, der sich schon einen Tag nach der

---

42 Mario Braun: Skupljanje krotina [Splitter zusammensuchen]. In: Domaš (Red.): Ako Tebe zaboravim. Prilog [Wenn ich dich vergesse. Beitrag]. Zagreb 2018, S. 31–59, hier: S. 54–57. (Boris Braun, Marios Vater, \*1920 in Djurdjevac – Zagreb 2018).

43 Lea Kriesbacher Fürth: Na obali Dunava [Am Donauufer]. In: Domaš (Red.): Glasovi, S. 137–140. (Lea Kriesbacher geb. Fürth, 1926–2019).

44 Mirjana Gross begann vor dem Krieg noch mit dem Medizinstudium. 1941–1943 konnte sie mit ihren Eltern in Verstecken überleben. 1943 wurde sie aufgespürt und deportiert. Sie und ihre Mutter überlebten. Nach der Rückkehr und Heilung fand sie eine Anstellung im Sozialministerium der Volksrepublik Kroatien, sodann im Kultur- und Erziehungssektor des Erziehungsministeriums, ehe sie sich zum Studium der Geschichte und Kunstgeschichte entschloss. Publikationsliste: <<https://www.enciklopedija.hr/natuknica.aspx?id=23501>>, 21.3.2021.

45 Todesurteile für Mitgliedschaft in der Ustascha, mit der die Beteiligung und Mitschuld an Kriegsverbrechen ohne Nachweis einfach vorausgesetzt wurde, finden sich im Bestand Zemaljska komisija za utvrđivanje zločina okupatora ... (Landeskommission zur Ermittlung von Kriegsverbrechen der Besatzer ...), HR-HDA-306, ZKRZ, Z-2958, ZM 22/25, kutija 28, Urteil Zl. 1573/45 vom 25.7.1945, Z-2953, ZM 22/24, Z-2982, ZM 22/49, Fasz. 60, Zl. 2753/45 und Z-2983, ZM/22/50, Zl. 2754.

46 Mündliche Auskunft von Darko F. an die Autorin, Jänner 2021. Auf Wunsch des Zeitzeugen wurde der Familienna- me abgekürzt.

Befreiung Belgrads, am 21. Oktober 1944, wieder konstituiert hatte,<sup>47</sup> nahm Kontakt zu internationalen jüdischen Hilfsorganisationen auf.<sup>48</sup> Finanzielle Unterstützung und Sachspenden im Wert von mehreren Hundert Millionen Dinaren kamen von jüdischen Organisationen in den USA und von der nach der Gründung des Staates Israel offiziell anerkannten (aber schon vor dem Zweiten Weltkrieg bestehenden) Vereinigung jugoslawischer Immigranten (Udruženje useljenika iz Jugoslavije – Hitahdut olej Ex Jugoslavija, HOJ)<sup>49</sup> sowie aus der Schweiz.<sup>50</sup> Allerdings durften die Gelder aus dem Ausland nicht direkt in die Kassen der Gemeinde fließen, sondern mussten im kommunistischen Jugoslawien ab 1945 über ein „Autonomes Komitee“ (unter staatlicher Aufsicht) überwiesen werden, was nicht alle Donatoren aus den USA und dem späteren Staat Israel akzeptierten.<sup>51</sup> Der Bund der jüdischen Gemeinden Jugoslawiens akzeptierte diese staatliche Auflage, bemühte sich aber gegenüber den ausländischen Organisationen, diese von seiner autonomen Verwaltung der Spenden zu überzeugen. Manche Gemeindemitglieder betrachteten die Zustimmung des Bundes zur staatlichen Kontrolle ihrer Hilfsgelder als „übertriebene Loyalität“, ja Servilität, gegenüber dem kommunistischen Regime.<sup>52</sup>

- 
- 47 Avram Mevorah: O radu Saveza jevrejskih opština Jugoslavije prvih dana po oslobođenju [Zur Tätigkeit des Bundes der Jüdischen Gemeinden Jugoslawiens in den ersten Tagen nach der Befreiung]. In: Jevrejski Almanah [Jüdischer Almanach], Beograd 1955/1956, hg. v. Žak Konfino, Aleksandar Levi, Zdenko Levntal. Beograd 1956, S. 123–126, hier: S. 123; Kerenji: Jewish Citizens, S. 134f.
- 48 Briefwechsel des Präsidenten der Jüdischen Kultusgemeinde Zagreb und des Präsidenten des Bundes der jugoslawischen Kultusgemeinden an JOINT, in: Kerenji: Jewish Citizens, S. 134–136.
- 49 Aleksandar Lebl: Prekid diplomatskih odnosa SFRJ i Izraela 1967. godine [Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und Israel im Jahre 1967]. In: Tokovi istorije [Historische Prozesse], 1-4. Beograd 2001, S. 39–75, hier: S. 41f, <<http://jevrejskadigitalnabiblioteka.rs/bitstream/id/4363/LeblPrekidDiplomatskihOdnosaOCR.pdf>>, 21.3.2021. Diese Vereinigung wurde noch vor dem Zweiten Weltkrieg gegründet, um den Flüchtlingen, die über Jugoslawien nach Palästina einwanderten, zu helfen; A. Lebl: ebenda, S. 42.
- 50 Kerenji: Jewish Citizens, S. 136, S. 138f.
- 51 Ebenda, S. 138; die Quellen dazu fand der Autor im Archiv des Jüdischen Museums (Jevrejski Istorijski arhiv, JIM) in Belgrad. Die Verteilung der Unterstützungsgelder bezieht sich, Kerenjis Ausführungen zufolge, auf jüdische Gemeinden in Serbien und der Woiwodina.
- 52 Albert Vajs: Jevreji u novoj Jugoslaviji [Die Juden im neuen Jugoslawien]. In: Jevrejski Almanah [Jüdisches Jahrbuch], Beograd 1954, S. 125–144, <<http://www.jevrejskadigitalnabiblioteka.rs/handle/123456789/255>>, 21.3.2021; Mladenka Ivanković: Jevreji Jugoslavije 1944–1953 [Die Juden Jugoslawiens 1944–1953]. Beograd 2006, S. 65. – Univ.-Prof. Dr. Albert Vajs (geb. 1905 in Zemun/Semlin, gest. 1964 in Belgrad); 1941 wurde er als Angehöriger der Königlich-Jugoslawischen Armee von den Deutschen als Kriegsgefangener in mehreren Kriegsgefangenenlagern interniert und kehrte 1945 nach Jugoslawien zurück. Er leitete die Staatskommission zur Ermittlung der Kriegsverbrechen der Besatzer und ihrer Kollaborateure; als Strafrechtsexperte mit internationa-

Finanzielle Unterstützung erhielten die Hinterbliebenen vom Bund der Jüdischen Gemeinden, auch wenn sie nicht mehr Konfessionsjuden waren. Die Mehrheit der Jüdinnen und Juden Jugoslawiens – 8.000 oder zwei Drittel der 12.000 Menschen geschätzten jüdischen Bevölkerung – war im Jahr 1946 noch arbeitslos oder „geringfügig beschäftigt“ und bedurfte der finanziellen Zuwendungen. Wie Branko Polić sich erinnerte, konnte es sich seine Familie bis 1948 finanziell nicht leisten, zu Hause zu kochen, sondern war auf die öffentlichen Mensen angewiesen, die alle Unternehmen und öffentlichen Dienste ihren Angestellten zur Verfügung stellten. Die jüdischen Gemeinden<sup>53</sup> sahen eine ihrer Hauptaufgaben in der Organisation von Mensen und ärztlicher Ordinationen, zu denen sie auch konvertierte Juden und – im Falle von Mischehen – auch die nichtjüdischen Ehepartner zuließen. Hilfe aus dem Ausland kam auch in Form von Sachspenden und der Finanzierung von Rehabilitationsbehandlung, besonders für Kinder und Jugendliche.<sup>54</sup>

### **Kampf um Anerkennung des Opferstatus und um soziale Rechte**

Die Betreuung der Repatriierten durch die jüdischen Gemeinden, die diese Aufgabe dank der Hilfe internationaler jüdischer Organisationen leisten konnten, musste im Jahre 1945 die staatliche Fürsorge weitgehend ersetzen. Die Sozialgesetzgebung, die 1945 sukzessive erneuert wurde, war auf den Partisanenkampf und die zivilen Opfer des Krieges in Jugoslawien zugeschnitten, die gesundheitliche Schäden durch Verfolgung, Folter oder andere traumatische Ereignisse erlitten hatten. Dies wurde in einem Beschluss der provisorischen Regierung Jugoslawiens vom 19. Dezember 1944 geregelt.<sup>55</sup> Repatriierte kamen in diesem Beschluss nicht vor. Ihnen wurden jedoch aufgrund der Verordnung des Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens über die Annullierung aller zwischen dem 6. April 1941 (dem Tag des deutschen Angriffs auf Jugoslawien) und dem 8. Mai 1945 erlassenen Gesetze und anderer Rechts-

---

lem Ruf vertrat er die Klagen jugoslawischer Opfer vor dem Nürnberger Tribunal und dem Eichmann-Prozess in Jerusalem, siehe: Jüdisches biographisches Lexikon, <<https://zbl.lzmk.hr/?p=2650>>, 21.3.2021.

53 Bis 1946 nahmen in ganz Jugoslawien 35 von den 117 vor dem Krieg bestehenden Gemeinden ihre Tätigkeit auf: Mevorah: O radu Saveza, S. 23. Kerenji: Jewish Citizens, S. 165.

54 Kerenji: Jewish Citizens, S. 163.

55 HR-HDA-207, Zemaljsko antifasističko vijeće narodnog oslobođenja Hrvatske [Antifaschistischer Landesrat der Volksverteidigung Kroatiens], ZAVNOH, Fasz. 131, Zl. 13348-2355; Amtsblatt „Službeni list DFJ“ Nr. 3 vom 9. Februar 1945.

akte die vom Ustascha-Regime aberkannten sozial-, arbeitsrechtlichen und (mit Einschränkungen) vermögensrechtlichen Ansprüche restituiert.<sup>56</sup> Doch es gibt keine Hinweise darauf, dass die Adressaten dieses Erlasses ihn tatsächlich als Geste der Wiedergutmachung erlebten. Seine Wirkung war mehr eine symbolische denn eine real-finanzielle und materielle, zumal nur wenige Überlebende pensionsrelevante Arbeitszeiten aufweisen konnten.

Als tatsächlich wirksame Leistung und Hilfe empfanden überlebende KZ-Insassen Zusatzpensionen, wie sie die Partisanen und die Hinterbliebenen Gefallener des „Volksbefreiungskampfes“ erhielten. Aber Rückkehrer aus den nationalsozialistischen Konzentrationslagern, wie das Ehepaar Richard und Ema Glasl, das alt und krank repatriert wurde, hatten es schwer, die Behörden von ihrer KZ-Haft zu überzeugen und auch ohne Dokumente Glauben zu finden. Sie erlebten, dass die Referenten in den Dienststellen kaum Kenntnisse von den Ereignissen während des Krieges außerhalb ihrer engeren Heimat hatten und von den Vernichtungslagern offenbar nichts wussten beziehungsweise vorgaben, darüber nichts zu wissen. Dem Ehepaar Glasl wurde eine einmalige Überbrückungshilfe bis zur Anerkennung ihrer Ansprüche zuerkannt. Die beiden wurden „von Pontius zu Pilatus geschickt“, klagte Richard Glasl.<sup>57</sup> Im Jahr 1946 erlangten auch Zivilisten, die für ihre politische Gesinnung das Leben gelassen hatten, und die rassistisch oder national Verfolgten (Juden und Serben) den Status als „Opfer des faschistischen Terrors“.<sup>58</sup> Vermögensrechtlich war den Repatriierten der nationalsozialistischen Lager schon 1945 durch das Gesetz über hinterlassenes Vermögen vom 24. Mai 1945 der Status als zwangsweise Geflüchtete oder Vertriebene zuerkannt worden,<sup>59</sup> doch das Sozialrecht trug diesem Umstand nicht Rechnung.

56 Amtsblatt des Demokratischen Föderativen Jugoslawien: „Službeni list DFJ“ Nr. 2 vom 6. Februar 1945, S. 13f.

57 HR-HDA-1115, Savjet za narodno zdravlje i socijala [Rat für Volksgesundheit und soziale Angelegenheiten], Fasz. 21, Nr. 3978-IV-Rad-1952 vom 19.5.1952.

58 HR HDA-207, ZAVNOH Fasz. 132, Zl. 13.483-2670; 352/45, 353/45 I 354/55, alle vom 12.3.1945. Roma wurden in den Dokumenten der Frühzeit der kommunistischen Verwaltung nicht genannt, obwohl auch sie zu den zur Ausrottung bestimmten Personengruppen gehörten und auch dem Massenmord in Jasenovac zum Opfer fielen. Siehe dazu: Narcisa Lengel-Križman: Prilog proučavanju terora u tzv. NDH: Sudbina Roma 1941–1945. [Ein Beitrag zur Erforschung des Terrors im USK (im Unabhängigen Staat Kroatien): Das Schicksal der Roma 1941–1945]. In: ČSP 18 (1986) H. 1, S. 29–42.

59 Zakon o postupanju s imovinom koju su vlasnici morali napustiti u toku okupacije i imovinom koja im je oduzeta od strane okupatora i njihovih pomagača [Gesetz über die Behandlung von Vermögen, das die Eigentümer unter dem Druck der Besatzer und ihrer Kollaborateure hinterlassen mussten]: Amtsblatt, „Službeni list DNRJ“, Nr. 36 vom 24. Mai 1945.

Als die Koordination<sup>60</sup> der Jüdischen Gemeinden Jugoslawiens 1951 den Kontakt zur „Claims-Conference“<sup>61</sup> aufnahm, wurden auch die kroatischen Überlebenden in die Hilfe der „Claims Conference“ mit einbezogen. Es dauerte aber noch bis zum Jahr 1998 [!], bis Juden in Kroatien zum ersten Mal das Recht auf Unterstützung und „Kompensationszahlungen“ für Holocaust-Überlebende der „Central & Eastern European Fund – Claims Conference“ (CEEF) erhielten. Die ersten Direktauszahlungen von Unterstützungsgeldern erfolgten in Kroatien erst im Jahr 2013.<sup>62</sup>

### Vermögensrestitution

Die Repatriierungswilligen in den DP-Lagern wurden von den jugoslawischen Militärmissionen und den sie begleitenden Mitgliedern der Repatriierungskommission informiert, dass das Eigentum rassistisch, politisch und national Verfolgter des Ustascha-Regimes und der Personen, die ihr Eigentum wegen Verfolgung hatten zurücklassen müssen, gemäß Artikel 2 des AVNOJ-Beschlusses vom 21. November 1944 bis zur endgültigen Regelung der Eigentumsfrage unter staatliche Verwaltung gestellt (sequestriert) werde. Dies galt auch für Vermögen, das auf Druck der Besatzungsmächte ins Eigentum von Dritten übergegangen war.<sup>63</sup> Die Sequestrierung sollte unrechtmäßige Veräußerung, Beschädigungen sowie ungesetzliche Nutzung verhindern und das Recht der Vorbesitzer darauf schützen. Bei den Debatten in der Nationalversammlung zu diesem Gesetz betonte der Abgeordnete der Verfassunggebenden National-

---

60 Die „Koordination“ entsprach in etwa einer „Dachvereinigung“, hatte in der Praxis aber weniger Einfluss auf die einzelnen Gemeinden, als es dem Verständnis von „Dachverbänden“ entspricht.

61 Am 10. September 1952 schloss die Bundesrepublik Deutschland mit Israel und der Jewish Claims Conference das Luxemburger Abkommen. Die Bundesrepublik verpflichtete sich zur Zahlung von drei Milliarden DM an den Staat Israel sowie 450 Millionen DM an die Jewish Claims Conference zur Unterstützung, Rehabilitation und Wiedersiedlung jüdischer NS-Opfer.

62 Židovska općina Zagreb (Jüdische Gemeinde Zagreb), [www.zoz.hr](http://www.zoz.hr): Die für Kroatien zuständige Stelle des Claims-Fonds ist der Central & Eastern European Fund – Claims Conference, <<http://www.claimscon.org/regions/eastern-europe/croatia/>>, 26.4.2021.

63 Der AVNOJ-Beschluss findet sich veröffentlicht im Amtsblatt SL DFJ, Nr. 2, vom 6.2.1945, S. 13f. Dazu Tomislav Anić: Normativni okvir podržavljenja imovine u Jugoslaviji/Hrvatskoj 1944–1946 [Normativer Rahmen für die Verstaatlichung von Vermögen in Jugoslawien/Kroatien 1944–1946]. In: ČSP 39 (2007) H. 1, S. 25–62, <<https://hrcak.srce.hr/16176>>, 8.2.2021.

Das Gesetz über die Behandlung von Vermögen, das die Eigentümer unter dem Druck der Besatzer und ihrer Kollaborateure hinterlassen mussten, findet sich im Amtsblatt des Demokratischen Föderativen Jugoslawien, „Službeni list DFJ“, Nr. 36 vom 24. Mai 1945 (siehe Anm. 60).

versammlung, Moše Pijade,<sup>64</sup> dass der Gesetzgeber gerade die Beschlagnahmung von Vermögen aus rassistischen Gründen bei der Formulierung der Rückgabepflicht im Auge behalten habe.<sup>65</sup>

Jüdische Überlebende, die sich im Vertrauen auf diese Zusicherung an die kommunistischen Behörden um den Rückerhalt ihrer ehemaligen Wohnungen und Häuser wandten, machten unterschiedliche Erfahrungen. Die neue Zagreber Stadtverwaltung, die am 8. Mai 1945 ihr Amt antrat, half manchen Rückkehrern, indem sie jene Wohnungsbesitzer delogierte, die sich 1941 eigenmächtig in jüdische Wohnungen und Häuser einquartiert hatten. Illegale Inbesitznahme von vermeintlich „herrenlosen“ Wohnungen gab es aber auch, als vor dem absehbaren Ende des Krieges im Mai 1945 die Städte von Flüchtlingen aus den Regionen der großen Militäroffensiven überflutet wurden. In solchen Fällen gewährten die Beamten Unterstützung sichtlich selektiv, nach eigenem Gutdünken und je nach Position des Wohnungsbesetzers: Der Zagreber Jude Vladimir Müller (in Israel Zeev Milo) musste mit seinen Eltern nach ihrer Rückkehr aus dem Partisanenkampf „antichambrieren“, um die eigene Wohnung wieder beziehen zu dürfen. Der Profiteur seines Eigentums hatte rechtzeitig die Seite gewechselt und genoss den Schutz der neuen Herren. Die Suche nach Ersatzquartieren wurde von den Behörden auf die Antragsteller abgewälzt; sie gestaltete sich mühsam, nicht nur angesichts der vielen Kategorien von Obdachlosen, die um Wohnungen konkurrierten: Jede ausgewählte Wohnung war schon „vergeben“, erinnerte

---

64 Moše Pijade (Beograd 1890 – Paris 1957), Studium der Malerei in München und Paris, Kunsterzieher und Journalist, seit 1920 Mitglied der in Jugoslawien verbotenen KPJ im Untergrund, wurde verhaftet und verbrachte insgesamt 14 Jahre im Gefängnis. Wegen der unmenschlichen Haftbedingungen in den berüchtigten Gefängnissen des Königreiches Jugoslawien streikte er mit seinen Mitgefangenen, Kommunisten wie er selbst. In der Haft verfasste er theoretische Schriften zum „Kommunistischen Manifest“. Nach dem deutschen Angriff auf Jugoslawien konnte er aus der Haft entkommen und ging im Auftrag der Partei nach Montenegro, um dort den Aufstand gegen die Besatzer vorzubereiten. Im Dezember 1941 wurde er in den Generalstab der Partisanenarmee (NO-POJ) aufgenommen. Seit 1943 wirkte er als Vizepräsident des Präsidiums von AVNOJ und als Koautor der neuen jugoslawischen Verfassung vom 31. Jänner 1946. In der Nachkriegszeit gehörte er zu den prominentesten Juden in der politischen Führungsspitze Jugoslawiens, vertrat sein Land bei der Friedenskonferenz in Paris. 1957 starb er in Paris, auf der Rückkehr aus London, wohin er eine jugoslawische Parlamentarierdelegation geführt hatte; siehe *Hrvatska enciklopedija, mrežno izdanje [Kroatische Enzyklopädie. Elektronische Ausgabe]*. Leksikografski zavod Miroslav Krleža [Lexikographisches Institut Miroslav Krleža], Zagreb 2021: <[www.enciklopedija.hr/Natuknica.aspx?ID=48186](http://www.enciklopedija.hr/Natuknica.aspx?ID=48186)>, 21.3.2021.

65 Marijan Maticka: Zakonski propisi o vlasničkim odnosima u Jugoslaviji 1944–1948. godine [Eigentümerrechtliche Gesetzesbestimmungen in Jugoslawien 1944–1948]. In: Radovi-Zavod za hrvatsku povijest [Arbeiten des Institutes für kroatische Geschichte], 24 (1992) H. 3, S. 123–148, hier: S. 135, <[www.hrcak.srce.hr/file/34247](http://www.hrcak.srce.hr/file/34247)>, 8.2.2021.

sich Zeev Milo.<sup>66</sup> Eine ähnliche Erfahrung machten Mila Ajzenštajn und ihre Mutter nach ihrer Rückkehr aus der Partisanenarmee ins Zivilleben.<sup>67</sup> Ihnen legte der Volksbefreiungsausschuss von Zagreb eine Liste von leeren Wohnungen vor, aus der sie sich eine aussuchen sollten. Sie aber wollten nicht in eine fremde Wohnung einziehen und fremde Dinge benutzen. In einer Pension fanden sie einen Schlafraum mit sechs Betten. Sie teilten sich diesen Raum mit einer vom Stadtkomitee für Wohnungsfragen eingewiesenen Russin und deren Freundin. Später zogen Mila Ajzenštajn und ihre Mutter zu einer Bekannten, die mit der Aufnahme der beiden Frauen die Zwangseinquartierung fremder Menschen verhindern konnte. Aber die Stadtkommission quartierte alle aus, weil die Wohnung für ein höherrangiges Parteimitglied reserviert worden war.<sup>68</sup>

Das Zentralkomitee der KP Kroatiens monierte die „Privilegierung diverser Serben und Juden, die den ganzen Krieg über in der Emigration zugebracht haben, und denen nun ohne weiteres ihre Wohnungen, Geschäfte und Werkstätten zurückgegeben werden, ohne zu prüfen, wie sie sich im Krieg verhalten haben“. Diese Personen hätten „typische“ Bekannte und Verbindungen, so dass ihre Anliegen beschleunigt würden, während Aufgaben von allgemeinem Interesse deshalb unerledigt liegen blieben.<sup>69</sup> Unmittelbar nach der Machtübernahme der Partisanen vergaben die neuen Behörden die verfügbaren Wohnungen chaotisch, willkürlich und oft ohne nachvollziehbare Kriterien. Am 24. Mai 1945 allerdings wurde der Umgang mit den von Geflüchteten hinterlassenen Immobilien und beweglichem Gut vom Gesetz über den Umgang mit Vermögen, das ihre Eigentümer unter dem Druck der Besatzer aufgeben mussten, geregelt. Es fußte auf Artikel 2 der AVNOJ-Bestimmung vom 21. November 1944 über die

66 Zeev Milo (alias Vladimir Müller): Im Satellitenstaat Kroatien, S. 272f.

67 Mila Ajzenštajn: Od mjesta do mjesta [Von Ort zu Ort]. In: Domaš (Red.): Glasovi, S. 87–94.

68 Mila Ajzenštajn (\*1922 in Wien) wuchs im bosnischen Tuzla auf und studierte in Zagreb Pharmazie. 1941 flüchtete die Familie in die italienische Besatzungszone, wurde im italienischen Lager Kraljevica, 1943 auf Kampor (Insel Rab) interniert. Nach der Auflösung dieses Lagers schloss sich die Familie den Partisanen an; Mila wurde Leiterin der Zentralapotheke des Landesrates der Volksbefreiung Jugoslawiens (ZAVNOH). Dazu HR-HDA-287, Ministarstvo narodnog zdravlja Narodne Republike Hrvatske [Ministerium für Volksgesundheit der Volksrepublik Kroatien], MNZ NRH, Fasz. 4, Zl. 1509, 5. Juni 1945 und 1519 vom 7. Juni 1945 – Ernennungsurkunde. Nach dem Krieg arbeitete sie in den Laboratorien von Pharmazieunternehmen. Selbst im kroatischen Unabhängigkeitskrieg (1991–1995) engagierte sie sich, obwohl sie seit 1985 in Pension war, <<http://zbl.lzmk.hr/?p=2002>>, 10.8.2019.

69 HR HDA-1220, Centralni komitet Komunističke partije Hrvatske [Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kroatiens [CK KPH], Fasz. 5, 1945/IX, Zl. 1898 vom 4.9.1945.

unverzügliche Rückgabe solchen Vermögens an die Ersteigentümer. Aber es enthielt zusätzliche Bedingungen: Eigentümer, die nach dem 6. April 1941 solches Eigentum hinterlassen mussten, hatten für die unverzügliche Rückerstattung nachzuweisen, dass sie zwischen dem 6. April 1941 und dem 8. Mai 1945 nicht mit den Besatzern kollaboriert hatten.<sup>70</sup> Diese Bedingung wurde auch auf gesetzliche Erben ausgedehnt.<sup>71</sup> Diese Gesetzespraxis führte zu gegensätzlichen Folgerungen: Unter Anwendung des Ermessensrechtes, von dem die Behörden reichlich Gebrauch machten, konnten sie Jüdinnen und Juden, die von der Ustascha als „unabkömmliche“ Fachkräfte in ihren ehemaligen, aber von Ustascha-Kommissaren geführten Unternehmen weiterbeschäftigt worden waren, die „Zusammenarbeit mit dem Besatzungsregime und seinen Kollaborateuren“ unterstellen.<sup>72</sup> Angelo Adam, Jude aus Rijeka, Spanienkämpfer in den Internationalen Brigaden, Mitglied der französischen Resistance und KZ-Häftling in Dachau, konnte bis zur Kapitulation Italiens und dem Abzug der Italiener aus dem Küstenland sein Geschäft in Rijeka (it. Fiume) führen. Aus genau diesem Grund wurden 1945 er, seine Frau und schließlich seine Tochter, die sich nach dem Verschwinden der Eltern auf die Suche gemacht hatte, ermordet.<sup>73</sup>

Wenn die „illegalen Wohnungsbesitzer“ die Wohnungen nicht freiwillig räumten und die Ersteigentümer ihr Recht mit Unterstützung der Volksbefreiungskomitees und Polizeieinsatz durchzusetzen versuchten, wurden zwar die „Illegalen“ als „Übernehmer“ fremden Eigentums als Kriegsverbrecher verurteilt und mit Konfiszierung, Zwangsarbeit und Verlust der bürgerlichen Rechte auf mehrere Jahre bestraft. Aber der frühere Wohnungseigentümer musste in solchen Fällen in der Regel seinen Anspruch bei Gericht anmelden, sein Eigentumsrecht nachweisen und den Abschluss des Verfahrens abwarten. Es war ein Weg mit vielen Hürden. Da Wohnungseigentümer 1941/42 Knall

70 Amtsblatt SL DFJ, Nr. 2 vom 6.2.1945, S. 13f; Anić: Normativni okvir, S. 35.

71 Amtsblatt SL DFJ, Nr. 36/1945, mit Änderungen und Ergänzungen Nr. 68/1945, Nr. 4/1946, Nr. 105/1946, Nr. 88/1947, Nr. 99/1948; N. Mihal Brandl: Jews between Two Totalitarian Regimes. In: Židovski identitet/i u Hrvatskoj nakon Drugog svjetskog rata, S. 181.

72 Tomislav Anić belegt diese Konsequenz anhand mehrerer Beispiele, siehe Anić: Normativni okvir, S. 25–62 bzw. <<https://hrcak.srce.hr/16176>>, 21.3.2021; ders.: Podržavljenje stranog kapitala u Hrvatskoj/Jugoslaviji [Verstaatlichung von Auslandskapital in Kroatien/Jugoslawien 1945–1946]. In: ČSP 40 (2008) H. 3, Zagreb 2008, S. 819–832, hier: S. 832, <<https://hrcak.srce.hr/39776>>, 21.3.2021; ders.: Povijest poduzeća „La Dalmatienne“ – imovinsko-pravne mijene [Geschichte des Unternehmens „La Dalmatienne“ – Änderung des Rechtsstatus]. In: Radovi Zavoda za hrvatsku povijest [Arbeiten des Institutes für kroatische Geschichte], Bd. 48, Zagreb 2016, S. 405–426.

73 Raoul Pupo: Fiume città di passione [Fiume, Stadt der Leidenschaft]. Napoli 2018, S. 241f.



auf Fall aus ihren Wohnungen vertrieben wurden, konnten sie nicht immer die entsprechenden Dokumente vorlegen.<sup>74</sup>

Während der laufenden Konfiszierungsverfahren durfte der zum Rückerhalt Berechtigte aus seiner (ehemaligen) Wohnung (bzw. seinem ehemaligen Haus) Inventar „leihweise“ in seine neue Unterkunft mitnehmen; aber er haftete strafrechtlich und materiell für eventuelle Beschädigungen und eventuelle Wertminderung, was seine Verfügungsgewalt über sein ehemaliges Eigentum einschränkte.<sup>75</sup>

### **Rückerhalt beweglichen Eigentums**

Am 8. Mai 1945 begann die Finanzsektion des Landesrates der Volksverteidigung Kroatiens mit der Übernahme der Banken des Unabhängigen Staates Kroatien. In der Kroatischen Staatsbank (Hrvatska državna banka), die als Nationalbank des „Unabhängigen Staates Kroatien“ fungierte, fanden die neuen Beamten 178 Colli Preziosen – Wertsachen, die das Ustascha-Regime vor dem fluchtartigen Verlassen Zagrebs am 6. Mai 1945 dort zurückgelassen hatte. Der wertvolle Inhalt stammte aus der „Kontribution von Juden für den Bedarf des Staates“, die die kroatischen Juden bis 31. Oktober 1941 an die Ustascha-Polizei abliefern mussten: Bargeld und Wertbriefe, Diamanten, Perlen, Bruch- und Zahngold<sup>76</sup> im Gesamtwert von 53.266.964 RM.<sup>77</sup> Nur eine einzige kommerzielle Bank des Unabhängigen Staates Kroatien hatte ihren jüdischen Kunden die Einlagen ausgezahlt, bevor der Staat 1941 sich dieser Einlagen bemäch-

74 Ljubomir Mayer: Tragom jedne skoro izgubljene priče. Prilog ... [Einer fast vergessenen Geschichte auf der Spur. Beitrag ... ]. In: Domaš (Red.): Glasovi, S. 251–262.

75 HR HDA-313, Zemaljska uprava narodnih dobara [Landesverwaltung von Volkseigentum], ZUND, Fasz. 11, Zl. 775/31.5.1945. i Zl. 726/45 vom 31.5.1945. Ein Beispiel: Silvija Freiburger, die mit ihrer Mutter Fany Molnar 1943 in ein „Nazilager“ deportiert wurde, wo ihre Mutter ums Leben kam, kehrte am 21. Mai 1945 nach Zagreb zurück. In die ehemalige Wohnung konnte sie nicht mehr einziehen, da der neue Besitzer (seit 1941) die Wohnung vermietet hatte. Die Vermögensverwaltung (ZUND) gestattete Silvija, nach Unterzeichnung einer Haftungserklärung, aus ihrer ehemaligen Wohnung Mobiliar, elektrische Haushaltsgeräte, etwas Wäsche, Kleidung und Schuhe, Geschirr und Lebensmittel in die Ersatzwohnung mitzunehmen. Auch Dedijer Abraham, vor dem Krieg Mitglied der Jüdischen Kultusgemeinde Zagreb, im Krieg Partisan, sowie sein Neffe Josip Abraham, konnten nach Kriegsende nicht mehr in ihre früheren Wohnungen zurück, weil diese schon für Sympathisanten der neuen Stadtverwaltung reserviert waren. Sie durften sich jedoch etwas an Inventar in ihre Ersatzquartiere mitnehmen.

76 HR HDA-1520, Odbor za podavanja Židova za potrebe Države [Komitee für jüdische Kontributionen zum staatlichen Bedarf], Fasz. 2, Liste „Iskaz“, Blätter 1–6.

77 HR HDA-283 Ministarstvo financija Narodne Republike Hrvatske [Finanzministerium der Volksrepublik Kroatien], Fasz. 2, Abschlussbericht der Kommission mit Aufstellung der Eingänge.

tigte und ihre Bankkonten und Safes beschlagnahmte.<sup>78</sup>

In der ehemaligen Kroatischen Nationalbank entdeckten die Beamten des Finanzministeriums des provisorischen Demokratischen Föderativen Jugoslawien (DFJ) „schlafende Konten“ – Konten, deren Besitzer sich nicht innerhalb eines Jahres ab dem Ende der Ustascha-Herrschaft gemeldet hatten.<sup>79</sup> Diese waren, gemäß Artikel 2 der AVNOJ-Beschlüsse vom 21. November 1944, den Eigentümern auszuhändigen. Das Finanzministerium der Volksrepublik Kroatien entschied, in Abstimmung mit dem gesamt-jugoslawischen Finanzministerium, dass erbenloses Vermögen an den Staat zu fallen habe und nicht vererbbar sei. Anträge internationaler jüdischer Organisationen auf herrenloses, ehemals jüdisches Vermögen lehnte Jugoslawien ab.<sup>80</sup> Erben konnten nur Familienangehörige oder testamentarisch eingesetzte Erbberechtigte unter der Bedingung, dass sie eine rechtskräftige Todeserklärung des vermissten Saffeeigentümers vorlegten, aufgrund derer das Gericht ein Verlassenschaftsverfahren durchführte und die Erbfolge bestätigte. Die Frist für die Erlangung der Todeserklärung betrug ein Jahr vom Datum des Inkrafttretens des Erbgesetzes (17.8.1946).<sup>81</sup> Dem Gesetzgeber muss dabei bewusst gewesen sein, dass diese Frist im Hinblick auf die Umstände des Verschwindens oder des Ablebens im Krieg kaum einzuhalten war. Aber dem Staat lag daran, den Übergang möglichst viel herrenlosen Vermögens per Gesetzeskraft in Staatseigentum zu ermöglichen.<sup>82</sup> Dies wird durch eine Weisung des Justizministeriums der Volksrepublik Kroatien an die Verlassenschaftsgerichte bestä-

- 
- 78 Jere Jareb: Zlato i novac NDH izneseni u inozemstvo. Dokumentarni prikaz [Gold und Geld des Unabhängigen Staates Kroatien, das ins Ausland geschafft wurde. Eine Dokumentation]. Zagreb 1997, S. 263f. Die Dokumentation beruht auf den Unterlagen des Militärgerichts, das den Ministerpräsidenten Dr. Nikola Mandić und Außenminister Mile Budak zum Tode verurteilte und hinrichten ließ. – Zur Beschlagnahmung von jüdischem Vermögen: Nada Kisić Kolanović: Podržavljanje imovine Židova u NDH [Verstaatlichung des jüdischen Vermögens im Unabhängigen Staat Kroatien]. In: ČSP 30 (1998) H. 3, S. 450f.; siehe auch Susanne Rolinek: Raub und Restitution jüdischen Kulturgutes (= Handbuch Jüdische Kulturgeschichte, Kap. C. VIII. 5), <<http://hbjk.sbg.ac.at/kapitel/raub-und-restitution-juedisches-kulturgutes/>>, 23.2.2021.
- 79 HR HDA-283, Ministarstvo financija Narodne Republike Hrvatske [Finanzministerium der Volksrepublik Kroatien], MF NRH, Fasz. 69, Listen von Konten- und Safeinhabern, Zl. 11749 vom 19.5.1947.
- 80 Mevorah: O radu Saveza [Zur Tätigkeit des Bundes], S.123f. – HR HDA-283, Finanzministerium der Volksrepublik Kroatien [Ministarstvo financija NRH], MF NRH, Fasz. 75, Zl. 18585/47 vom 19.9.1947: Dort findet sich die Weisung des Justizministeriums der Volksrepublik Kroatien [Ministarstvo pravosuđa, Narodne Republike Hrvatske].
- 81 HR HDA-283, Finanzministerium der Volksrepublik Kroatien [Ministarstvo financija NRH], MF NRH, Fasz.75, Zl. 18585/47 vom 19.9.1947
- 82 Expertise der Rechtsabteilung des Jugoslawischen Finanzministeriums im Akt des Finanzministeriums der Volksrepublik Kroatien [Ministarstvo financija NRH], HR-HDA-283, MF NRH, Fasz. 76, Zl. 24601 vom 29.11.1947.

tigt, den Umfang des zu vererbenden Nachlasses möglichst einzuschränken, „zugunsten des Staates, um nicht zu viel Vermögen in private Hand zu geben“.<sup>83</sup>

Im Jahr 1941 mussten Kunstgegenstände in Privatbesitz, sofern sie nicht bei Razzien weggeschafft wurden, zum „Schutz vor Kriegseinwirkungen“ an das nächstgelegene Museum oder eine Galerie abgeliefert werden. Die Nichtbefolgung der Meldepflicht wurde mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und empfindlichen Geldstrafen geahndet. Diese Pflicht erwies sich als „Zwangszahlung“. Museen und Galerien verleibten diese „Leihgaben“ ihren Beständen ein und verweigerten nach dem Krieg generell die Rückgabe.<sup>84</sup>

Die Führung des Unabhängigen Staates Kroatien begann im Herbst 1944 mit der Ausschaffung von Bargeld, Goldreserven und Wertgegenständen zu Schweizer Banken.<sup>85</sup> Im Frühjahr 1945 wurden kroatische Politiker und Spitzenbeamte in der britischen Besatzungszone in Kärnten gefangen genommen und an Jugoslawien ausgeliefert. Was mit dem von ihnen mitgeführten Geld und den Preziosen weiter geschah, ist nicht festzustellen.<sup>86</sup>

Die Depots in der Schweiz wurden aufgrund der Friedenskonferenz 1947 in Paris auf Diktat der Alliierten von der Schweiz an Jugoslawien zurückverwiesen. Die ehemaligen Eigentümer gingen leer aus. Hinterbliebene von Konten- und Safeinhabern in Schweizer Banken, die nicht damit rechneten, dass ihnen der jugoslawische Staat behilflich sein würde, bemühten sich selbst um Herausgabe des hinterlassenen Vermögens, meist jedoch vergeblich.<sup>87</sup>

83 HR HDA-283, MF NRH, Fasz. 1, br. 18585/47 od 19.9.1947.

84 HR HDA-1076, Ponova [„Erneuerung“, Wiederaufbau]: Abteilung im Schatzministerium des Unabhängigen Staates Kroatien – Sektion für Finanzen, Staatsvermögen und Schulden [Ministarstvo državne riznice – Odjel za novčarstvo, državnu imovinu i dugove], Nr. 502042 od 4.1.1944., Fasz. 248.

85 Die Führung des Ustaschastaates flüchtete am 6. Mai 1945 Richtung Kärnten, als die Partisanen schon vor Zagreb standen, siehe Fikreta Jelić Butić: Ustaše i Nezavisna Država Hrvatska 1941–1945. [Die Ustascha und der Unabhängige Staat Kroatien 1941–1945]. Zagreb 21978, S. 301–303. Reprint der Philosophischen Fakultät Zagreb: <<http://darhiv.ffzg.unizg.hr/id/eprint/1874/1/labus.pdf>>, 21.3.2021.

86 Jareb: Zlato i novac [Gold und Geld], S. 249–256.

87 Sasson: Čovjek u svjetlom odjelu [Der Mann im hellen Anzug]. In: Domaš (Red.): Ako Tebe zaboravim [Wenn ich dich vergesse], S. 87f. Wegen dieser herren- und erbenlosen Konten intervenierte der US-Staatssekretär Stewart Eizenstadt in den Neunzigerjahren auf Betreiben von US-Anwälten geschädigter ehemaliger jüdischer Konten- und Safebesitzer beim Schweizer Bankenverein: Herrenlose Konten in der Schweiz. Auf der Suche nach dem verlorenen Geld. In: Wirtschaftswoche, 26.9.2016, <<https://www.wiwo.de/politik/europa/herrenlose-konten-in-der-schweiz-auf-der-suche-nach-dem-verlorenen-geld/>>, 8.2.2021.

## Fazit: Die Überlebenden des Holocaust und die kommunistische Gesellschaft

Den Neubeginn nach der Heimkehr in die Heimat schafften die Überlebenden des Holocaust, die sich 1948 und 1949 nicht zur Auswanderung nach Israel entschieden, im Wesentlichen aus eigenen Kräften und weitgehend ohne staatliche Unterstützung. Die „Beiträge zur Erforschung der Geschichte jüdischer Familien“<sup>88</sup> enthalten durchwegs Geschichten von Überlebenden, die die Erinnerungen an das Erlebte, aber auch die Enttäuschungen mit dem neuen, kommunistischen Staat, ohne Larmoyanz schildern. Alle erlebten die Diskrepanz zwischen propagandistischen Versprechen und tatsächlichen Leistungen, besonders bei der Vermögensrestitution. Sie erkannten, dass ihnen auch die nach dem Krieg reaktivierten Jüdischen Kultusgemeinden nicht umfassend helfen konnten, da das kommunistische Regime ihre Wirkungsmöglichkeiten einschränkte. Die Gemeinden bemühten sich dennoch um eine positive Einstellung zu den staatlichen Behörden, und auch diese kooperierten, obwohl es sich um „Kultusgemeinden“ handelte, deren Duldung durch das kommunistische Regime nicht selbstverständlich war. Naida Mihal Brandl und Emil Kerenji stimmen darin überein, dass die Beziehungen zwischen den Spitzen des Bundes der Jüdischen Gemeinden Jugoslawiens und den staatlichen Stellen, auch der KPJ, „ungetrübt gut“, jene in den Gemeinden gegenüber den kommunistischen Stellen „bemüht gut“ waren. Die „einfachen“ Gemeindeglieder erlebten direkter und häufiger behördliches Misstrauen und Beschattung sowie Antisemitismus<sup>89</sup>, ja sogar Versuche, missliebige Jüdinnen und Juden nach dem Vorbild der Sowjetunion ins Ausland abzuschieben.<sup>90</sup> Aber nicht jedes behördliche Versagen, jede unterlassene Hilfeleistung muss auf Antisemitismus hindeuten, sondern kann auch mit dem „Verteilungskampf“ um die knappen Ressourcen

---

88 Siehe Anm. 13.

89 Naida Mihal Brandl: Židovski identiteti nakon Drugog Svjetskog Rata – kratki pregled [Jüdische Identitäten nach dem Zweiten Weltkrieg – eine Kurzdarstellung], <[http://www.academia.edu/18764910/%C5%BDidovski\\_identiteti\\_nakon\\_Drugog\\_svjetskog\\_rata\\_-\\_kratki\\_pregled\\_2015](http://www.academia.edu/18764910/%C5%BDidovski_identiteti_nakon_Drugog_svjetskog_rata_-_kratki_pregled_2015)>, 8.2.2021.

90 Brandl führt als Beleg jüdische Angeklagte eines großen Wirtschaftsprozesses in Zagreb gegen Angestellte der staatlichen Verkaufagentur für herrenloses Vermögen (NAMA) an. Einige wurden zum Tod, andere zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Die Strafe wurde ihnen gegen die Zusicherung der Auswanderung mit der jugoslawischen Alija erlassen: N. Mihal Brandl: Jews between Two Totalitarian Regimes. In: Židovski identitet/i u Hrvatskoj nakon Drugog svjetskog rata, S. 173f.; auch in Review of Croatia History, 12 (2016) H. 1, S. 124.

cen in der Not der ersten Nachkriegszeit begründet werden.

Bis zum Jahr 1948 kamen Novellen des Nationalisierungsgesetzes vom 6. Dezember 1946 heraus, die die Verstaatlichungen durch das Gesetz über die Nationalisierung privater wirtschaftlicher Unternehmen „abrundeten“: Die kleinen Geschäfte und Handwerksbetriebe, die den Überlebenden als Existenzsicherung 1945 belassen wurden, wurden durch Steuern in die Knie gezwungen und ihre Besitzer verloren Ende 1946 meist endgültig ihre Existenz. Die jüdischen Aktionäre der großen Industrien und die Fabrikeigentümer, die ebenfalls 1941 enteignet worden waren, durften bzw. mussten gewusst haben, dass die Machtergreifung der Kommunisten mit der Verstaatlichung der Produktion und Rohstoffe einhergehen würde. Überlebende Großindustrielle kehrten daher aus der Emigration von vornherein nicht zurück. Mittelständische Kaufleute und Gewerbetreibende wurden von der Verstaatlichung im Jahr 1948 getroffen; sie hatten daher Zeit, sich darauf einzustellen und sich in der Heimat als Ersatzlösung in einem verwandten Gewerbe oder Handwerk ausbilden zu lassen.<sup>91</sup> Für jene, die in der Heimat bleiben wollten, war dies eine naheliegende Alternative. Doch weitaus mehr bevorzugten die Emigration. Ihre Angehörigen bildeten nebst den Vertretern freier Berufe zwischen 1945 und 1948 das größte Kontingent der jugoslawischen Auswanderung nach Palästina.<sup>92</sup>

In zahlreichen Eingaben an die Kommission für Petitionen des Kroatischen Parlamentes (Hrvatski Sabor) baten Opfer der Nationalisierung wegen des bereits 1941 erfolgten existenzschädigenden Vermögensentzuges um Ausnahme von der Enteignung. Schon damals seien sie, „bis dahin wohlhabende und wirtschaftlich-beruflich erfolgreiche Mitbürger, Wohltäter und Mäzene, auf das Niveau von Sozialfällen und

---

91 Ein Beispiel: Der Sohn des Großindustriellen und Eigentümers der Fabrik für Keramikfliesen Armin Schreiner (1941 in Jasenovac ermordet), Paul Schreiner (Zagreb 1928 – Novara, 22.2.2021), wurde von einer Bauernfamilie versteckt und wurde 1945 mit der Tatsache konfrontiert, dass die Fabrik seines Vaters unwiederbringlich verloren war. Er ließ sich zum Konditor ausbilden und beabsichtigte, sich selbständig zu machen. Die Besteuerung kleiner Privatbetriebe kam einem „administrativen Mord“ gleich, so dass Paul Schreiner doch nach Israel auswanderte. Dort wurde er zu einem anerkannten Experten für die Keramikproduktion. 1960 folgte er der Einladung italienischer Fabrikanten und ließ sich in Novara nieder: Paul Schreiner: Spašeni u Zagrebu. Sjećanja troje preživjelih srodnika na hrvatski Holokaust [In Zagreb gerettet. Erinnerungen dreier überlebender Verwandter an den kroatischen Holocaust]. Zagreb 2014, S. 93f.

92 Marica Karakaš Obradov: Iseljavanje Židova iz Hrvatske nakon Drugoga svjetskog rata [Emigration der Juden aus Kroatien nach dem Zweiten Weltkrieg]. In: Historijski zbornik [Historischer Almanach], Jg. LXVI (2013) H. 1, S. 391–404, hier: S. 396f.

Bittstellern um staatliche Hilfe herabgesunken“. Das kroatische Parlament antwortete den Petenten stereotyp: Rückgabe des nationalisierten Vermögens sei „nach geltendem Gesetz prinzipiell nicht möglich“. Sollte eine Gesetzesänderung erfolgen, würden die von der Nationalisierung Betroffenen rechtzeitig in Kenntnis gesetzt und zu neuerlicher Antragstellung eingeladen werden.<sup>93</sup> Doch das geschah bis zum Zerfall Jugoslawiens 1990 nicht.

Der Wiederaufbau der Existenz erwies sich für die jüdischen Überlebenden des Holocaust somit als schwieriges, ja traumatisches Vorhaben, denn es galt, nicht nur mit den Verlusten von Familienmitgliedern und Vermögen zurechtzukommen, sondern auch mit einem Staat, der die Überlebenden prinzipiell verdächtigte und als „Klassenfeinde“, als ehemalige Bourgeoise und „Ausbeuter“ bestrafte – durch eine neuerliche Enteignung, die sogar im Widerspruch zur Verfassung von 1946 stand. Nicht einmal jene Jüdinnen und Juden, die für Jugoslawien gekämpft hatten, konnten diesen Staat vorbehaltlos bejahen.<sup>94</sup>

Die jüdischen Bürgerinnen und Bürger verhielten sich während der 45 Jahre kommunistischer Herrschaft still, zurückgezogen und loyal. Sie taten das aus Vorsicht, denn sie konnten die Ambivalenz der jugoslawischen Politik und Behörden ihnen gegenüber nicht übersehen. Jene, die ihr Judentum aus Respekt vor seinen Traditionen praktizierten, verloren oft die Beziehung zu ihrer Religion, denn religiöses Leben konnte bis 1990 nicht stattfinden.<sup>95</sup> Sie scharten sich um die Gemeinden, die ihnen eine Heimat und einen Ort für ihre Erinnerungen an den Holocaust boten: Dort lernte die Enkelgeneration von ihnen. In der Öffentlichkeit konnten die nach 1945 Geborenen allenfalls von der Verfolgung der Juden in Kroatien selbst – von den Konzentrationslagern Jasenovac, Stara Gradiška, Jadovno, Slano und Metajna auf der Insel Pag, Đakovo und Loborgrad – erfahre. Die Geschichte der Zwangsarbeit und der national-

93 HR HDA-278, Sabor NRH [Parlament der Volksrepublik Kroatien]: Petenten in Fasz. 1, ZI 40/47, 72/47.

94 S. Goldstein: 1941, S. 426.

95 Nach der Jugoslawischen Alija blieb in ganz Jugoslawien nur mehr der Rabbiner von Sarajevo, Menahem Romano, im Amt: Vajs: Jevreji, im Text auf S. 14; siehe zu Romano auch <<https://www.jta.org/1968/11/14/archive/menahem-romano-dead-at-87-last-surviving-yugoslavian-pre-war-rabbi>> und <<http://elmundosefarad.wikidot.com/nezaboravni-voljeni-rabin-nadrabin-menahem-avrama-romano>>, 21.3.2021.

sozialistischen Vernichtungslager wurde nur bruchstückhaft vermittelt.<sup>96</sup>

Den Behörden war daran gelegen, die Mitglieder der jüdischen Gemeinden als „Repräsentanten eines Jugoslawiens der Brüderlichkeit und Einheit aller jugoslawischen Völker und Völkerschaften“ zu „sozialisieren“. Diese Identität nahmen sie auch an, so dass jüdisch sein und die Mitgliedschaft im Bund der Kommunisten Jugoslawiens (Savez komunista Jugoslavije, SKJ) sowohl für die „Holocaust-Generation“ als auch für deren Kinder und Enkel miteinander vereinbar waren.<sup>97</sup>

**Dr. phil. Anna Maria Grünfelder**, Studium der Geschichte und Kunstgeschichte an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, Promotion 1974 mit dem Dissertationsthema: Die Zengger Uskokon in ihrer Bedeutung für die habsburgischen Länder. Tätigkeit als Dolmetscherin und Übersetzerin, anschließend bis 2010 im Dienst des österreichischen Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten als Pressereferentin und Dolmetscherin/Übersetzerin. Verfasserin mehrerer Studien zur Geschichte Jugoslawiens im und nach dem Zweiten Weltkrieg mit besonderer Berücksichtigung der jüdischen Gemeinschaft.

## Zusammenfassung

### **Jüdische Überlebende des Holocaust. Neubeginn in der kommunistischen Gesellschaft Jugoslawiens**

Die 1945/1946 aus dem Deutschen Reich und den von ihm besetzten Ländern sowie aus den Exilländern nach Jugoslawien zurückgekehrten jüdischen Überlebenden der

---

96 Šiljak: Jewish Identities, <<https://hrcak.srce.hr/7848>>, 26.4.2021. Auch jüdische Historikerinnen und Historiker mieden bis in die 1970er-Jahre Themen im Zusammenhang mit dem Holocaust: Damir Agičić, Magdalena Najbar-Agičić, Hrvatska historiografija o 1941. – polemika bez dijaloga [Die kroatische Geschichtsschreibung zum Jahr 1941 – Polemik ohne Dialog]. In: Sulejman Bosto, Tihomir Cipek, Olivera Milosavljević (Hgg.): Kultura sjećanja 1941. Povijesni lomovi: 1941 u sjećanju nacija [Erinnerungskultur 1941. Historische Brüche: Das Jahr 1941 in der Erinnerung der Nationen]. Hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung Banja Luka. Zagreb 2008, S. 145–156, hier: S. 147–150, <[library.fes.de/pdf-files/bueros/sarajevo/06043.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/bueros/sarajevo/06043.pdf)>, 26.4.2021.

97 Šiljak: Jewish Identities, S. 378f., S. 383, S. 386.

Konzentrations- und Vernichtungslager und ihre Integration in das kommunistische System, bisher ein Forschungsdesiderat in der jugoslawischen Historiographie und jener der Nachfolgestaaten und der Historiker außerhalb Jugoslawiens, bilden die zentrale Frage dieser Untersuchung: Wie ging es mit den Überlebenden weiter? Als Fazit ergibt sich, dass die Überlebenden die Mühen des Neubeginns überwiegend aus eigenen Kräften bewältigten, einige von ihnen – Männer und Frauen, die 1948/1949 ein zweites Mal strandeten – nunmehr in einem titoistisch-stalinistischen Gulag (Goli otok und Frauenlager Grgur). Mehrheitlich aber wurden die Mitglieder der jüdischen Gemeinden als „Repräsentanten“ des „übernationalen Jugoslawien“, des Zusammenlebens aller seiner Völker und Völkerschaften in „Brüderlichkeit und Einigkeit“ vereinnahmt, ohne jedoch Sonderrechte oder mit ihren Holocaust-Erfahrungen politisch, rechtlich oder sozial Relevanz zu erhalten.

Abstract

### **Jewish Holocaust Survivors**

The Jewish survivors of the concentration and extermination camps who returned to Yugoslavia in 1945/1946 from the German Reich, occupied countries, as well as from countries of exile, and their integration into the communist system were until now a research desideratum in Yugoslav historiography and that of the successor states and historians outside Yugoslavia. This shall form the central question of this study: What happened to these survivors? The conclusion is that the survivors mostly coped with the hardships of the new beginning on their own, some of them – men and women who were stranded a second time in 1948/1949 – now in a Titoist-Stalinist gulag (Goli otok and women's camp Grgur). For the most part however, the members of the Jewish communities were appropriated as "representatives" of a "supranational Yugoslavia," of the coexistence of all its peoples and nations in "brotherhood and unity," without, however, being given special rights or, with their Holocaust experiences, political, legal or social relevance.

**Keywords:** Yugoslavia, Jew, Concentration Camp, German Reich, Straflager Goli otok



Dr. Ekkehard Hallensleben im Gespräch

## Ein offenes Feld und offene Türen

**Ekkehard Hallensleben war von 1965 bis 1969 der erste Kulturreferent der Bundesrepublik Deutschland in Rumänien. Der promovierte Romanist und Germanist sprach mit Michaela Nowotnick über seine Bukarester Zeit und seine damalige Tätigkeit in dem Land, das sich unter Nicolae Ceaușescu Richtung Westen zu öffnen schien.**

*Haben Sie vielen Dank, dass wir uns zu einem Gespräch über Ihre Zeit in Rumänien treffen können. Wenn man sich hier in Ihrem Haus umsieht, kann man das eine oder andere entdecken, das sicherlich aus Rumänien stammt, wie Hinterglasikonen oder siebenbürgisch-sächsische Krüge. Sie sind 1965, jenem Jahr, in dem Nicolae Ceaușescu die Nachfolge von Gheorghe Gheorghiu-Dej als Parteichef angetreten hatte, in den diplomatischen Dienst nach Bukarest gegangen. Woher stammt Ihre Faszination für Rumänien, und warum haben Sie sich für dieses Land entschieden?*

Ich habe mich mit den romanischen Sprachen beschäftigt, im Hauptfach Französisch studiert. Dann dachte ich, Rumänisch musst Du eigentlich auch noch lernen, und habe einen Sprachkurs – ich war an der Uni Köln mit meinen Examina – belegt. Im Herbst 1963 kamen Rumänien und die Bundesrepublik Deutschland überein, offizielle Beziehungen in der Form einer Handelsvertretung aufzunehmen – sozusagen Ostpolitik, die erst ab 1969 offiziell so genannt wurde, *avant la lettre*. Und für mich – ich hatte meinen Vorbereitungsdienst im Auswärtigen Amt beendet – stellte sich 1965 die Frage: „Wohin?“ – Da habe ich mich sofort für Rumänien gemeldet und diesen Posten auch bekommen. Es war schlichte persönliche Neugier, und ich wollte Rumänisch als weitere romanische Sprache lernen. Ich hatte von Rumänien keine Ahnung, und von Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben wusste ich praktisch ebenfalls nichts. Meine Sprachkenntnisse waren auch nicht weit gediehen. Das war eine Konstellation, in der sich die allgemeine Atmosphäre, der Wechsel von Gheorghiu-Dej zu Nicolae Ceaușescu 1965 in Rumänien und meine persönliche Situation trafen. Und so

kam ich im Dezember 1965 dahin und wurde Ostern 1969 nach Bonn zurückversetzt.

*Wie kam es dazu, dass die Bundesrepublik Deutschland eine Handelsvertretung für ihre diplomatisch-kulturellen Tätigkeiten nutzte, und wie schätzen Sie das Interesse von Rumänien zur damaligen Zeit ein?*

Das waren sehr spannende Jahre. Rumänien war der erste der osteuropäischen beziehungsweise südosteuropäischen kommunistischen Staaten, der geraume Zeit vor den ‚Bruderstaaten‘ und der Sowjetunion den Schritt zur Normalisierung der Beziehungen zu uns tat. Wegen des Alleinvertretungsanspruchs<sup>1</sup> kam eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zunächst nicht in Frage; denn alle diese Länder hatten diplomatische Beziehungen mit der DDR. Also lief es in der Bundesrepublik Deutschland unter der Überschrift ‚Handelsvertretung‘. Eigentlich würde das bedeuten, dass nur Handelsinteressen verfolgt werden dürften. Es kam aber sofort eine gewisse konsularische Zuständigkeit hinzu. Und die Rumänen haben sich umgehend bereit erklärt, jemanden kommen zu lassen, der sich um kulturelle Beziehungen kümmert. Das war dann ich, als erster.

*Wie setzte sich die Handelsvertretung zusammen, und wie wurde sie vom rumänischen Staat wahrgenommen?*

Es gab einen Chef, eine Stellvertreterin, einen Kollegen für Rechts- und Konsularfragen und mich für Kultur und Presse – das waren die Referenten. Später kam noch jemand für Wirtschaft hinzu. 1967 habe ich auch den Übergang zur Botschaft erlebt, sodass wir – natürlich auf beiden Seiten – den vollen diplomatischen Status hatten. Der Alleinvertretungsanspruch führte dazu, dass es ständig Auseinandersetzungen darüber gab, wie wir uns auf Rumänisch nennen. Wir sagten „Germania“ im Nominativ. Die Rumänen gingen ja davon aus, dass es zwei Deutschlands gab. Deswegen benutzten sie die Genetivform „Republică Federală a Germaniei“. Das sollte zum Ausdruck bringen, dass wir nur ein Teilstaat waren. Wir verwendeten natürlich die Form „Republică Federală Germania“. Das war ein ausgesprochen politisches Problem. Aber

---

1 Die Bundesrepublik beanspruchte von 1949 bis 1969 die Alleinvertretung für das gesamte deutsche Volk.

da das Interesse an Beziehungen auf beiden Seiten überwog, haben wir und die Rumänen auf Durchzug gestellt, wenn – vor allem schriftlich – die jeweilige „falsche“ Form benutzt wurde.

*Wie gestaltete sich Ihr Ankommen in Bukarest? Wie haben Sie dort gelebt?*

Zunächst wurden neue Mitarbeiter im Hotel untergebracht. Danach war man nicht wie in Moskau abgeschirmt in einem großen Block, sondern es gab ein Oficiu pentru deservirea corpului diplomatic (dt. Diplomatenbetreuungsbüro). Es hatte die Aufgabe, für die Diplomaten Unterkünfte zu beschaffen. Weil ich der erste auf dem Posten war, gab es also noch keinen Vorgänger, und es gab auch noch keine Vorgängerwohnung. Alle, die bis dahin aus Bonn beziehungsweise aus dem Westen gekommen waren, mussten warten, bis das Oficiu ein Haus oder eine Wohnung fand, die es anbieten konnte. Das hat bei uns sehr lange gedauert. Ich bin zunächst allein dorthin gegangen; ein halbes Jahr später kam meine Familie nach. Im Grunde viel zu früh, weil ich mich darauf verlassen hatte, dass die Zusage für ein Haus zeitlich klappen würde. Wir haben dann allerdings noch ein weiteres Jahr in Übergangswohnungen, auch im Hotel, wohnen müssen, bis es soweit war. Das Haus befand sich auf dem Bulevardul Dacia. Diese Anwesen wurden vom rumänischen Staat angemietet und zur Verfügung gestellt. Der rumänische Staat, das Oficiu, behielt die Hand darauf. Und deswegen stand es weiter zur Verfügung für die Nachfolger und Nachfolgerinnen.

Rumänisch habe ich hauptsächlich vor Ort gelernt. Von einer Studentin, die mir das beigebracht hat – und learning by doing. Zunächst fand ich das nicht ganz einfach, weil es vor allem im Wortschatz so viele slawische und auch türkische Einsprengsel gibt. Mit der Zeit habe ich mich mit dem Rumänischen sehr gut angefreundet und meine Frau auch.

Als ich wieder in Bonn war, hat mir das noch zwei besondere Aufgaben eingebracht. Nachdem Außenminister Brandt 1968 einen ersten politischen Akzent mit seinem Besuch in Rumänien gesetzt hatte, machte Ministerpräsident Ion Gheorghe Maurer 1969 einen „Gegenbesuch“ – also eine Hierarchiestufe höher – mit mehreren Stationen in Deutschland. Da es im Auswärtigen Amt noch keinen Dolmetscher für Rumänisch gab, fragte mich unser Sprachendienst, ob ich mir diese Aufgabe zutraue. Das bejahte ich ohne Umschweife – mein rumänischer Kollege und ich dolmetschten also

jeweils in die Muttersprache. Das gleiche Vergnügen hatte ich ein weiteres Mal, als Bundespräsident Heinemann und seine Frau 1972 einen Staatsbesuch in Rumänien machten. Wie damals üblich, saß man bei Tisch unmittelbar hinter dem Sprecher – für mich also Präsident Ceaușescu – „auf dem Trockenen“, das heißt ohne Essen und Getränk (das wurde Jahre später nach vielen Bemühungen unserer Chefdolmetscher – man saß dann zwischen den Gesprächspartnern – „menschlicher“, ob auch praktischer habe ich nicht mehr ausprobieren können). Mein rumänisches Gegenüber war dieses Mal die mir gut bekannte Banater Schwäbin Hedi Hauser. Ich fand das Ganze spannend und unterhaltsam und hatte den großen Vorteil, dass ich, im politischen Referat unter anderem für Rumänien zuständig, die aktuellen Themen der Gespräche kannte und die Ausarbeitungen dazu für die deutsche Seite selbst verfertigt hatte.

*Wie haben Sie Kontakt zu Institutionen und Personen aufgenommen?*

Ich fand ein offenes Feld und überall offene Türen vor. Die eine Seite war meine Neugier, und die andere Seite war das große Interesse der Menschen in Rumänien, mit dem westlichen Deutschland in Verbindung zu kommen. Das galt für Kultur besonders, für Wissenschaft aber auch. Infolgedessen, wo auch immer ich anklopfte, um meine ersten Besuche zu machen, um Verbindungen aufzunehmen, war große Bereitschaft vorhanden.

Ich bin systematisch vorgegangen und habe mit der Zeit, die – ich nenne sie mal: Provinzhauptstädte wie Hermannstadt (rum. Sibiu), Klausenburg (rum. Cluj-Napoca), Alba Iulia (dt. Karlsburg), Temeswar (rum. Timișoara) oder Iași (dt. Jassy) besucht. Dann habe ich mich bei allen möglichen Stellen von Zeitungsredaktionen bis zu Universitäten, bis zu Künstlern, Theatern und anderen Institutionen angemeldet und Besuche gemacht. Auf diese Weise habe ich Verbindungen aufgenommen und auch weiter gepflegt, natürlich auch zu Institutionen, die mit der deutschen Besiedlung zu tun hatten. So hat sich das beinahe von selbst entwickelt. Alles, was ich tat, musste auf meinem eigenen Mist wachsen. Zum Beispiel gab es eine Institution in Bukarest für die kulturellen Verbindungen zum Ausland, die Veranstaltungen im Ausland organisierte und durchführte und sich um die Besuche aus Deutschland kümmerte. Dort machte ich Besuch, damit man erfuhr, dass ich da bin und der künftige Ansprechpartner für jedwede Interessen der Rumänen bin. Zu den Universitäten bin ich gegangen und zu

den Berufsorganisationen, zum Komponistenverband, Schriftstellerverband, Verband der bildenden Künstler und was es sonst noch gab, um zu sagen: „Hier bin ich, und ich kann für die Verbindung zur Bundesrepublik Deutschland von Nutzen sein.“ Es gab ja auch damals noch eine Generation, die nicht nur mit engen Verbindungen zu Frankreich und damit zur französischen Sprache groß geworden war, sondern mit Deutsch. Das waren die damals 50- bis 60-Jährigen, die auch teilweise zur Ausbildung in Deutschland gewesen waren, wissenschaftliche Beziehungen pflegten und fließend Deutsch sprachen. Da gab es also Anknüpfungspunkte; für diese Personen waren es Wiederanknüpfungspunkte. Ich sage bewusst Wiederanknüpfungspunkte, denn die DDR war ja schon längst da. Und mein Chef ließ mir bei allem völlig freie Hand.

*Auf welchen Ebenen kam es zu einer Zusammenarbeit? Wie haben Sie in Rumänien und in Deutschland jeweils die Interessen des anderen vermittelt?*

Das ist eine Grundsatzfrage, wenn man einem Angehörigen des Außenministeriums gegenüber sitzt, und dieser spricht von kulturellen Beziehungen. Was Angehörige von Botschaften tun, ist in jedem Falle zweiseitig. Einerseits sollen sie das, was ihr eigenes Land, das Entsendeland ausmacht, kulturell in Gesprächen oder auch peu à peu in Aktivitäten und Programmen vermitteln. Umgekehrt soll sich der Kulturreferent seinerseits über die kulturellen und wissenschaftlichen Aktivitäten in seinem Gastland informieren und die Heimatbehörde unterrichten. Und aus solchen Besuchen und Gesprächen ergeben sich dann unter Umständen Anknüpfungspunkte. Nach Jahren kam es dann auch – in allen diesen Fällen war Rumänien das erste Land – zur Eröffnung eines Goethe-Instituts in Bukarest. Da war ich aber schon nicht mehr vor Ort. Über meine Reisen, die Kontakte und die Gespräche, die ich dort geführt habe, habe ich ans Auswärtige Amt natürlich ebenfalls berichtet – und auch die Reaktionen weitergegeben, die ich erfahren habe.

*Befanden Sie sich in einer Konkurrenz mit den Vertretern der DDR? Standen Sie miteinander in Verbindung?*

Um es grob auszudrücken: Die Entsandten der DDR gerieten von einem Tag auf den anderen ins Hintertreffen, ohne dass ich etwas Besonderes dafür tun musste, denn

das Interesse an Verbindung zum westlichen Deutschland war eben sehr groß, ob das Rumänen waren oder Siebenbürger Sachsen oder Banater Schwaben. Und für viele war es ein Wiederanknüpfen an frühere Zeiten. Wir sind zum Beispiel mit einem Geologen in sehr nahen Kontakt gekommen, der in Freiberg in Sachsen studiert und promoviert hatte. Er war sofort in der Vertretung und stellte sich vor, um wieder anzuknüpfen an die Zeiten der 1930er- und 1940er-Jahre, als er in Deutschland gewesen war.

Faktisch war es eine Konkurrenz zur DDR, auch wenn ich das so nicht empfunden habe. Ich habe festgestellt, dass das für die DDR-Leute natürlich schwierig war. Das konnte man auch bei großen Veranstaltungen sehen. Oft standen sie für sich zusammen und nicht unbedingt in der großen Schar der Gäste – und auch nicht so offensichtlich mit den Vertretern der anderen kommunistischen Länder. Und wenn wir dann beide da waren, von der einen und der anderen Seite, dann musste ich überhaupt nichts tun, um mit jemandem ins Gespräch zu kommen. Es war de facto eine Konkurrenz, aber keine gesuchte.

Kontakte zwischen unseren beiden Vertretungen waren damals noch gar nicht etabliert. Vonseiten der DDR sowieso nicht, die gingen auf absolute Distanz. Später war das anders, da war es gang und gäbe, dass man mit den Mitarbeitern der DDR-Botschaft dienstlichen Kontakt hatte. Zu meiner Zeit in Bukarest noch nicht.

*Wie haben Sie das Kulturleben in Bukarest und die dortigen Kulturschaffenden erlebt?*

Diese Jahre von Ende 1965 bis Ostern 1969 waren für uns sehr prägend – nicht nur, weil es der erste Auslandsposten war, sondern eine gewisse offene und bereite Stimmung vermittelte. Ich muss hierbei immer wieder auf die einzelnen Personen kommen. Wenn Liviu Ciulei<sup>2</sup> mir zum Beispiel gesagt hat, kommen Sie zu mir ins Theater und ich zeige Ihnen mein Haus, dann gingen wir natürlich hin. Und in der Pause haben wir mit ihm gesprochen. Damit hatte sich's. Und wir konnten dann bald tatsächlich genug Rumänisch, um zum Beispiel im Bukarester Teatrul Mic Aufführungen auf Rumänisch zu verfolgen. Da sind wir dann hin. In die Oper und in die Konzerte sowieso. Opernsänger kamen zu mir ins Büro, weil sie hofften, ich könnte Engage-

---

2 Liviu Ciulei (1923–2011) war ein rumänischer Schauspieler, Filmregisseur und Theaterleiter.

ments vermitteln. Bildende Künstler kamen, weil ich sie auf einer gesellschaftlichen Veranstaltung getroffen hatte. Sie sagten, „kommen Sie gern einmal in mein Atelier“, zum Beispiel Ion Pacea und Marcel Chirnoaga. Oder Marianne Ambrosi, die Malerin, oder das Ehepaar Jacobi – die waren Textilkünstler. Ich meldete mich zunächst überall einfach an. Dann war eine gewisse Verbindung da, und die blieb überwiegend beruflich, freundlich neutral. Aber sie vermittelte ja immer neue Eindrücke. Im Orchester in Klausenburg habe ich den Dirigenten Erich Bergel kennengelernt, mit dem wir dann auch mehrere Jahre befreundet waren. Die Begegnung mit dem dortigen Theaterchef Vlad Mugur ist mir noch heute in lebhafter Erinnerung. Es ergab sich einfach sehr viel durch meine Initiative, überall hinzugehen.

Ungefähr ein Mal pro Jahr war ich bei den Institutionen. Die Türen waren offen, und sie waren offen von beiden Seiten. Ich musste bloß ein bisschen was tun. Aber ich musste mich nicht über Gebühr bemühen. Und das war das Schöne. Ich kann mich nicht erinnern – wenn ich irgendwo versuchte, Besuche zu machen oder hinzugehen –, dass ich eine Abfuhr erhielt.

*Hat man auch über Probleme im kommunistischen Land gesprochen, zum Beispiel über die Deportationswellen nach dem Zweiten Weltkrieg, die auch zahlreiche Deutsche betrafen, oder andere Repressalien?*

Man hat über die Zeit vorher nicht konkret gesprochen. Dass sich die Leute furchtbar zurückgehalten haben, ist wahrscheinlich, vielleicht auch aus anderen Gründen, die wir nicht kannten. Im privaten Rahmen hat man über die Deportation gesprochen, das schon, aber mit allen, mit denen ich offiziell Kontakt hatte, mit denen überhaupt nicht.

*Welche Begegnungen sind Ihnen besonders in Erinnerung geblieben?*

Eduard Eisenburger von der *Karpatenrundschau* in Braşov (dt. Kronstadt), Ernst Breitenstein vom *Neuen Weg* in Sibiu, mit dem habe ich viel Kontakt gehabt. Ja, das waren alles sehr intelligente Leute, die alle mit uns Kontakte hatten, natürlich Kontakt haben durften und auf der entsprechenden offiziellen Ebene und mit der entsprechenden Zurückhaltung diesen Kontakt auch pflegten. Dann bei der *Neuen Literatur* Emmerich

Stoffel und der gute Arnold Hauser. Den habe ich einmal auch hier in Bonn getroffen. Ich sage das mal so mit meinen Worten: Er war durchaus Sozialist, aber auf der anderen Seite wusste und empfand er ganz klar, dass man nicht machen kann und sagen kann, was man für richtig hält und sich überall absichern musste. In Bukarest kamen unter anderen Paul Schuster mit seinem humordurchtränkten Roman *Fünf Liter Zuika* und Dieter Schlesak, der sehr bald von einer Reise „nach oben“ – also nach Deutschland – nicht zurückkehrte, hinzu. Auch die Germanisten Viktor Theiß sowie die Linguisten Bruno Colbert und Mihai Isbăşescu waren häufige Gesprächspartner. Hierhin gehört auch Gisela Richter mit ihrer fast lebenslangen Beschäftigung mit dem nach Jahrzehnten immer noch nicht fertiggestellten *Siebenbürgischen Wörterbuch* in Hermannstadt. Mit dem Ehepaar Martha und Klaus Kessler, er Arzt und Schriftsteller, sie vorzügliche Altistin vor allem für Oratorien, wurden wir vertraut. Und die Komponisten Tudor Ciortea und Zeno Vancea, beide eine Generation älter als ich, mit ihrer ausgezeichneten Kenntnis nicht nur der deutschen Sprache, dürfen hier ebenfalls nicht fehlen. Bis heute besteht eine freundschaftliche Verbindung zu Götz Teutsch, damals ein vielversprechender Cellist aus Kronstadt und später jahrzehntelanges Mitglied der berühmten „12 Cellisten“ der Berliner Philharmoniker.

Ich habe mich natürlich sozusagen herangetastet und habe versucht, festzustellen, wie reagiert man auf das eine oder andere. Ich habe mich von mir aus zurückgehalten und nicht etwa gefragt „Was halten Sie von Ceauşescu?“ oder „Wie finden Sie denn die heutige Situation in Rumänien?“ oder so etwas. Ich war interessiert oder habe versucht, Verbindungen herzustellen. Verbindungen, die bestehen bleiben, auf die man zurückkommen konnte, und habe nicht im Sinne eines politischen Reporters drängende oder eventuell sogar Fangfragen gestellt.

Einmal fuhren wir durch Mühlbach (rum. Sebeş), und da habe ich zu meiner Frau gesagt: „Die Kirche, die müssen wir ansehen.“ Und dann habe ich da beim Pfarrer geklingelt. Da kam Albert Klein<sup>3</sup> an die Tür und hat uns reingebeten, und dann haben wir eine Tasse Tee getrunken und uns unterhalten. Und später habe ich seine Einführung als Pfarrer an der Schwarzen Kirche in Braşov, in Kronstadt, erlebt und ihn dann später, da war er bereits Bischof, verschiedentlich in Bukarest getroffen.

---

3 Albert Klein (1910–1990) war ein evangelischer Geistlicher. Von 1969 bis 1990 fungierte er als Bischof der Evangelischen Kirche A. B. in Rumänien.



Ich habe auch alle orthodoxen Metropoliten besucht. Mit dem damaligen Metropoliten von Alba Iulia hatte ich sogar ein „wirkliches“ Gespräch. Der Metropolitan in Iași, das war so ein richtiger Fürst. Das war dann ein völlig oberflächliches Gespräch, logischerweise.

Wir haben nicht zuletzt die ersten großen Ereignisse des kulturellen Austauschs zwischen beiden Ländern erlebt: Schon 1966 kam Wilhelm Kempf und begeisterte das Publikum mit den fünf Klavierkonzerten von Beethoven. Er war mit dem früheren Chef des Bukarester Sinfonieorchesters Georgescu befreundet gewesen. Kempf war offensichtlich gern der Bitte von dessen Witwe für ein Gastspiel gefolgt. Die persönliche Begegnung war für meine Frau und mich natürlich ein Erlebnis.

Ähnlich begeisternd für Publikum und uns persönlich war 1968 das Gastspiel der seinerzeit überall „hoch gehandelten“ Stuttgarter Oper mit Intendant Prof. Schäfer, Chefdirigent Ferdinand Leitner und Sängerinnenstars wie Inge Borckh, Martha Mödl und Hildegard Hillebrecht mit *Elektra* von Richard Strauß und *Bluthochzeit* von Wolfgang Fortner, der natürlich mitgereist war.

1967 erlebten wir als rumänischen „Beitrag“ zu diesem Austausch die traditionellen Enescu-Festspiele mit einer eindrucksvollen Anzahl weltberühmter Künstler. Für uns schoss allerdings der Madrigalchor aus Bukarest den Vogel ab: Eine technisch und atmosphärisch so vollkommene Darbietung hatten wir noch nicht erlebt. Nicht nur an diesem Abend zeigten die Künstler, dass die große Musiktradition des Landes unverändert sehr lebendig war – und bis heute ist.

Einen sozusagen persönlichen Höhepunkt erlebte ich ebenfalls 1968, als ich anlässlich des Internationalen Romanistenkongresses meine beiden früheren Lehrer aus Köln in unserem Haus begrüßen konnte.

*Wie ging es 1969, nach Ihrer Rückkehr nach Deutschland, weiter? Haben Sie z. B. die Problematik der Auswanderung der deutschen Minderheit verfolgt?*

Nach meiner Rückkehr war ich zunächst im politischen Referat im Auswärtigen Amt für Rumänien und Ungarn zuständig. Das passte natürlich ausgezeichnet. Ich bin seither auch Mitglied des Arbeitskreises für Siebenbürgische Landeskunde und bin in den ersten Jahren auch öfter bei den Jahrestagungen gewesen. Ich war mit dem Problem der siebenbürgischen Pfarrer „Bleiben oder gehen“ schon in Rumänien selbst in

Berührung gekommen. Das hat mich auch persönlich sehr bewegt.

Die Siebenbürger Pfarrer waren ja schlecht dran. Die siebenbürgisch-sächsische Kirche hatte mit der evangelischen Kirche Deutschlands eine Vereinbarung geschlossen: Wenn ein siebenbürgischer Pfarrer weggeht, dann kriegt er in Deutschland keine Stelle. Und deswegen bekamen die entweder tatsächlich keine Stelle, oder sie gingen in die Schweiz. Und wir kannten einen Pfarrer, der war schon während unserer Zeit zerrissen zwischen dem Gehen und dem Bleiben. Er sah sich in der Pflicht, bei seinen „Schäfchen“ auszuharren. Seine Frau wollte unbedingt weg wegen der Kinder. Die Frage „Ausreise“ war ja überall präsent. Ihr Ursprung ging auf jene Rumäniendeutschen zurück, die auf deutscher Seite am Krieg teilgenommen hatten, in russische Gefangenschaft geraten waren und nach Deutschland entlassen wurden. Das war jedenfalls ein gewichtiges Motiv, das der sogenannten Familienzusammenführung zugrunde lag und die betroffenen Familien in Rumänien nachhaltig beschäftigte.

Paul Philippi<sup>4</sup>, mit dem habe ich intensiv auch in Deutschland Verbindung gehabt. Das ist lange, lange her. Er ist dann schließlich nach Rumänien zurückgegangen. Ihm hat man alles Mögliche vorgeworfen: „Du hast es leicht, Du kannst da ohne Probleme hingehen“ und so weiter. Das hat mich dann auch sehr beschäftigt. Mit der Zeit aber bin ich ja vollkommen im südamerikanischen Raum „untergetaucht“ und habe diese Diskussion, die dann auch langsam auslief und sich totlief, als unfruchtbar empfunden und vor allen Dingen für mich doch nicht mehr genügend nahe, um weiter intensiv damit verbunden zu bleiben. Das Problem im Auswärtigen Dienst ist ja: Alle drei, vier Jahre kommt man woanders hin. Dann „gewinnt“ natürlich, wenn man sich jeweils interessiert, das neue Gastland. Es muss ja auch mehr an Gewicht bekommen, sodass Eindrücke, Erlebnisse von früher fortbestehen, aber nicht – jedenfalls bei mir oder bei uns – das unverändert gleiche Maß an Interesse und Engagement auf sich ziehen, wie man es 30 Jahre früher hatte.

---

4 Paul Philippi (1923–2018) war ein siebenbürgischer Theologe und nach 1989 Minderheitenpolitiker. Bis in die späten 1970er-Jahre lebte Philippi hauptsächlich in der Bundesrepublik Deutschland, anschließend verlagerte er seinen Lebensmittelpunkt wieder nach Rumänien.

*Waren Sie in die Problematik des Freikaufs<sup>5</sup> involviert?*

Ich persönlich hatte damit nichts zu tun. Auch mit dem politischen Referat nur indirekt, denn das wurde ganz woanders im Auswärtigen Amt geregelt. In der Tat habe ich mich, aber ich meine nur von der Peripherie, nicht als Beteiligter, dafür interessiert. Darüber informieren oder mich informieren, das konnte ich nicht. Das war ein abgeschlossener Bereich für die, die unmittelbar damit im Amt zu tun hatten.

*Haben Sie auch Autoren aus dem deutsch-jüdischen Umfeld kennengelernt?*

Ich habe weder mit Alfred Margul-Sperber<sup>6</sup> noch mit anderen Verbindung gehabt. Ich könnte mir vorstellen, dass die Leute, mit denen ich Kontakt hatte, wiederum Vorbehalte hatten, mich mit diesen Autoren in Verbindung zu bringen. Ich habe erst hinterher gemerkt, dass mir da interessanter- oder seltsamerweise wirklich ein paar wichtige oder interessante Leute völlig durch das Sieb gegangen sind, auch weil sie nicht bei den offiziellen Veranstaltungen waren. Da war vermutlich auch von ihrer Seite aus Vorsicht mit im Spiel. Juden waren ja damals zwar nicht verfolgt in Rumänien, sie hatten aber – wie es mir schien – einen schweren Stand.

Wir sind allerdings mehrfach im jüdischen Theater gewesen und haben auch Kontakt gehabt zu der Leiterin. Aber eine kulturelle Rolle hat das nicht gespielt.

*Haben Sie Überwachung seitens des rumänischen Staates wahrgenommen; gab es in Ihrer Funktion als Angehöriger des Auswärtigen Amtes Kontakte zur Securitate?*

Wir waren uns natürlich bewusst, haben uns rational klargemacht, dass man davon ausgehen muss, ständig irgendwie, irgendwo von irgendjemandem beobachtet zu werden. Wir hatten aber überhaupt keine Beschränkungen, uns im Land zu bewegen. Ceaușescu fuhr ja zunächst eine sehr eigenständige Politik im Verhältnis zum übr-

---

5 Mit dem sogenannten Freikauf von Rumäniendeutschen seitens der deutschen Bundesregierung, der Zahlung eines „Kopfgeldes“, wurde zwischen 1967 und 1989 die Ausreise von mehr als 220.000 Rumäniendeutschen aus dem kommunistischen Rumänien in die Bundesrepublik Deutschland ermöglicht.

6 Alfred Margul-Sperber (1898–1967) war ein bukowinischer deutschsprachiger Schriftsteller jüdischer Herkunft in Rumänien.

gen Ostblock und vor allem zur Sowjetunion, die im Westen ein wenig die Erwartung oder auch Illusion auslöste, dass er einen eigenen Kurs verfolgt. Was sich sehr bald als ein großer Irrtum herausstellte, was die ideologische Verlässlichkeit und Linientreue anbelangte. Aber den Versuch, eine gewisse eigenständige Politik nach außen zu führen, hat er fortgesetzt. Dazu gehörte ja auch schon, dass Rumänien der erste kommunistische Staat war, der mit uns offizielle Beziehungen aufnahm. So waren wir in unserer Bewegungsfreiheit nicht eingeschränkt. In dem Haus, das wir bezogen hatten, war selbstverständlich klar, dass dort Abhöranlagen eingebaut waren. Wenn meine Frau und ich persönlich etwas Wichtigeres zu besprechen hatten, gingen wir spazieren, das machten wir nie im Haus. Noch als wir nach dreieinhalb Jahren nach Deutschland zurückgekehrt waren, haben wir in die Zimmerecken geguckt. Das hatte sich so eingefleischt. Das zweite waren dann die Verbindungen mit den Menschen. Da konnte man auch davon ausgehen, dass sie der Securitate berichten mussten. Eigentlich hätte ich jeden Kontakt über das Außenministerium anmelden müssen. In vielen Fällen habe ich das auch getan, um den Anfang machen zu können. In anderen Fällen aber nicht.

Wenn Leute mit mir Verbindung aufnahmen, dachte ich mir: Entweder ist er sogar auf mich angesetzt, oder er weiß auf jeden Fall, dass er hinterher berichten muss. Wenn er von sich aus das Risiko eingegangen ist, mit mir Verbindung aufzunehmen und mich einzuladen, dann sehe ich nicht ein, warum ich meinerseits erst das Außenministerium fragen sollte.

*Wurden Sie auf mögliche Kontakte mit dem Geheimdienst vorbereitet?*

Die Beziehungen zu diesen Ländern – außer der Sowjetunion natürlich – waren ja alle neu. Es gab nur eine allgemeine Vorbereitung: „Sie wissen, Sie kommen in ein kommunistisches Land“ und so weiter. Im Einzelnen musste man im Land vor Ort die Kollegen fragen, die schon dort waren. Die Vertretung bestand ja schon. Es gab ein Hotel auf dem Bulevard Nicolae Bălcescu; dort wurden unsere Neuankömmlinge untergebracht. Und die haben dann mal ausprobiert, welche Hotelzimmer sie bekommen und ob da abgehört wird. Ein kleines Erlebnis einer Kollegin habe ich bis heute nicht vergessen: Wenn das Wasser tröpfelte oder irgendetwas nicht in Ordnung war, dann geschah nichts. Wenn sie aber in ihrem Zimmer lauthals über das tropfende

Waser schimpften, war am nächsten Tag die Reparatur gemacht. Daraus haben wir dann geschlossen, dass – was sowieso zu erwarten war – unsere Leute in Zimmern untergebracht wurden, in denen Abhörvorrichtungen vorhanden waren.

*Gab es im privaten Bereich Beschränkungen, und haben Sie später einmal Ihre Geheimdienstakten eingesehen?*

Weder meine Frau noch ich haben das als Einschränkung empfunden. Ich habe es als vorhanden registriert und weiter gar nichts. Es waren die Bewegungsmöglichkeiten, die Kontaktmöglichkeiten, die dann auch nicht selten schon persönliche Züge bekamen und so anregend waren, so befriedigend, so inspirierend, dass mich diese Seite überhaupt nicht berührt hat. Und ich war ja überhaupt nicht eingeschränkt.

Mit einer rumänischen Familie stehen wir immer noch in Verbindung. Deren Sohn hatte vorzügliche Verbindungen zu dem Schriftsteller Mircea Dinescu, der Mitglied der rumänischen „Gauck-Behörde“<sup>7</sup> ist. Unser Freund sagte: „Wir fahren da hin, und dann mache ich Dich bekannt.“ Und so kam es dann. Man sicherte mir Nachforschungen zu. Einige Zeit später kam mit der Post eine dünne Akte. Es standen auch nur idiotische Lächerlichkeiten drin. Interessantes gab es nicht. Mit Sicherheit muss es von mir mehr geben, das wäre sonst komisch. Diese internen Berichte stehen aber offenbar unverändert unter Verschluss, vermute ich. Inzwischen kann man im Übrigen via Internet eine solche Information beantragen.

*Haben Sie das Gefühl, dass Sie etwas bewegen konnten, oder gab es unüberwindbare Grenzen?*

Ja, absolut. Und zwar wieder komme ich mit dem allgemeinen Hinweis: Interesse an der Ingangsetzung der Beziehungen, einmal formell, offiziell, aber dann eben auch persönlich. Denn alle diese persönlichen Verbindungen waren ein Erlebnis und eine unglaubliche Bereicherung für uns. Aber sie haben ja auch Früchte getragen. Grenzen habe ich nicht gesehen. Vielleicht lag das auch daran, dass ich nicht versucht habe,

---

7 Gemeint ist die CNSAS, das Consiliul Național pentru Studierea Arhivelor Securității [dt.: Nationaler Rat für das Studium der Archive der Securitate].

unübersteigbare Hürden zu überwinden. Ich habe also kein Enttäuschungserlebnis in Erinnerung. Als ich ins Auswärtige Amt eintrat, mich entschied, da möchtest du hin, da habe ich mir gedacht, an dem, was jetzt geschaffen werden muss oder wieder geschaffen werden muss oder aufgebaut werden muss oder wie man das nennen mag, da willst du ein ganz kleines Rädchen mitdrehen. Und dieses ganz kleine Rädchen, davon bin ich heute noch überzeugt, habe ich in Rumänien drehen können.

**Dr. Ekkehard Hallensleben** wurde 1930 in Celle geboren. Er studierte Romanistik und Germanistik in Braunschweig, Marburg, Perugia, Innsbruck, Dijon und Köln, wo er 1958 promovierte. Von 1959 bis 1961 war er Lektor für Deutsch an der Cairo University sowie an der Ain-Schams-Universität in Kairo. Anschließend war Hallensleben bis 1995 im Auswärtigen Amt tätig. Sein erster Einsatz im Ausland führte ihn nach der Ausbildung für den Höheren Dienst nach Rumänien, wo er von 1965 bis 1968 in Bukarest (zunächst Deutsche Handelsvertretung, ab 1967 Botschaft) tätig war. Von 1969 bis 1971 war er Referent für Rumänien und Ungarn und fungierte in dieser Zeit auch als Dolmetscher – unter anderem beim Besuch des Ministerpräsidenten Ion Gheorghe Maurer in Bonn (1969) und dem Staatsbesuch von Bundespräsident Gustav Heinemann in Rumänien (1972). Weitere Stationen führten ihn nach Santiago de Chile, Belgrad, Brasilia und La Paz.

Die folgenden Fotos stammen aus dem Privatbesitz von Ekkehard Hallensleben. Sie wurden von ihm während seiner Zeit in Rumänien aufgenommen.



Nonne in Kloster Sucevița, Moldau



Stadtpfarrkirche in Hermannstadt (Sibiu)





Amtseinführung des neugewählte Stadtpfarrers Albert Klein  
(ab 1969 Bischof der EKR) am 31. März 1968 in Kronstadt (Braşov)



Kirchenburg von Deutsch Weißkirch (Viscri)



Hirtenjunge bei Hermannstadt (Sibiu)



Mönch des Klosters Cernica bei Bukarest



Ehrentribüne für die Parade am Nationalfeiertag Rumäniens (23. August 1968)



Staatsbesuch von Bundespräsident Gustav Heinemann und Frau 12.-20. Mai 1972: Begrüßungzeremonie auf dem Flughafen



Überreichung des Beglaubigungsschreibens durch Botschafter Erich Strätling (ganz links) am 4. Juli 1967



Abendessen von Elena und Nicolae Ceaușescu zu Ehren von Bundespräsident Gustav Heinemann und Ehefrau (1972). Der Bundespräsident in der vorderen Reihe zwischen Nicolae und Elena Ceaușescu.



Anton Sterbling

## War der „reale Sozialismus“ modern? – Kritische Nachfragen

In den Jahren 1989/1990, als sich im östlichen Europa der Niedergang der kommunistischen Herrschaft und in den meisten Fällen auch bereits ein demokratischer Aufbruch abzeichnete, brachte dies die deutsche Soziologie in die bedenkliche Situation, zu diesem Zeitpunkt auf dem Gebiet der soziologischen Osteuropaforschung so etwas wie einen „blinden Fleck“, eine jahrelange weitgehende Vernachlässigung dieser Region und ihrer Probleme in der Forschung und Lehre, einräumen zu müssen.<sup>1</sup> In der deutschen Soziologie fanden sich damals nur wenige, die sich – teils aus biografischen, teils aus anderen Gründen<sup>2</sup> – kontinuierlich und intensiver mit dem östlichen Europa oder mit einzelnen ost-, ostmittel- und südosteuropäischen Gesellschaften beschäftigten. Zu den auffälligsten und danach auch vielfach zitierten Publikationen, die im Rahmen der deutschsprachigen Soziologie in der ersten Welle nach dem Umbruch im östlichen Europa erschienen, zählte Ilja Srubar Aufsatz *Wie modern war der Sozialismus?*,<sup>3</sup> der ohne Zweifel den „Nerv“ der damals aktuellen Zeitfragen um eine soziologisch passende Einschätzung des gerade untergegangenen „realen Sozialismus“ und seiner Nachwirkungen traf. Es handelte sich um einen gleichermaßen sachkundigen, analytisch eindringlichen wie theoretisch gründlich reflektierten Beitrag, den es sich daher auch nach dreißig Jahren nochmals kritisch und mit Aussicht auf entsprechenden Erkenntnisgewinn zu lesen lohnt.

---

1 Anton Sterbling: Strukturfragen und Modernisierungsprobleme südosteuropäischer Gesellschaften. Hamburg 1993, insb. S. 23f.

2 Auf dem Deutschen Soziologentag 1990 in Frankfurt a. M. wurde von Prof. Dr. Bálint Balla und von mir eine Arbeitsgruppe, aus der die spätere Sektion „Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie hervorging, initiiert. Von Anfang an zu den Mitgliedern des Sprecherrates dieser Arbeitsgruppe und Sektion gehörte der aus Prag stammende Prof. Dr. Ilja Srubar, der später auch zeitweilig Sektionssprecher war. Aus dieser Sektion ist übrigens die heutige Sektion „Europasozioologie“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie hervorgegangen.

3 Ilja Srubar: War der Sozialismus modern? Versuch einer strukturellen Bestimmung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 43 (1991), S. 415–432.

In meinem Beitrag soll es demnach zunächst um eine auf das Wesentliche konzentrierte Rekonstruktion der drei Überlegungsschritte des Aufsatzes, bei eher zurückhalten- den interpretativen oder kritischen Stellungnahmen, mit einigen ergänzenden Kom- mentaren wie auch Ausblicken auf später vertiefte Diskussionen gehen. Dabei sind die „Typik westlicher Modernisierung“, die zentralen strukturellen Merkmale und spe- zifischen „Integrationsmechanismen“ realsozialistischer Gesellschaften und schließlich die Fragen nach deren modernen und nichtmodernen Seiten und den Auswirkungen dieser strukturellen Gegebenheiten auf die Folgezeit zu behandeln. An den dritten Ge- dankenschritt anschließend, soll sodann aufgezeigt werden, inwiefern meine eigenen, etwa zur gleichen Zeit entwickelten und vorgestellten Gedanken zur Strukturanalyse ost- und südosteuropäischer Gesellschaften<sup>4</sup> dazu anschlussfähig und damit kompa- tibel erscheinen. Schließlich soll eine weitere Möglichkeit kurz umrissen werden, Ilja Srubar Überlegungen in den in seinem Aufsatz bereits angedeuteten, aber hier nicht näher ausgearbeiteten theoretischen Bezugsrahmen von „System“ und „Lebenswelt“ einzuordnen,<sup>5</sup> wie dies nicht nur in der theoretischen Diskussion, sondern auch in spä- teren Untersuchungen zu ost- und südosteuropäischen Gesellschaften erfolgte.<sup>6</sup>

## Grundgedanken und Überlegungsschritte

In den einführenden Überlegungen verweist Srubar zunächst zu Recht auf den be- reits 1922 von William F. Ogburn mit vielfältiger Resonanz in die soziologische Diskus- sion eingebrachten Gedanken der kulturellen Phasenverschiebungen zwischen der

- 
- 4 Anton Sterbling: Eliten, Strukturwandel und Machtfragen in Südosteuropa. In: Südosteuropa. Zeitschrift für Ge- genwartsforschung 38 (1989) H. 7/8, S. 395–413; ders.: Modernisierung und soziologisches Denken. Analysen und Betrachtungen. Hamburg 1991; ders.: Strukturfragen und Modernisierungsprobleme südosteuropäischer Gesell- schaften.
  - 5 Jürgen Habermas: Theorie des kommunikativen Handelns. Band 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Frankfurt a. M. 1981; Jürgen Habermas: Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen. Frankfurt a. M. 1985; Ilja Srubar: Phänomenologie und soziologische Theorie. Aufsätze zur pragmatischen Lebenswelttheorie. Wiesbaden 2007.
  - 6 Klaus Roth (Hg.): Sozialismus: Realität und Illusionen. Ethnologische Aspekte der sozialistischen Alltagskultur. Wien 2005; Klaus Roth (Hg.): Arbeitswelt – Lebenswelt. Facetten einer spannungsreichen Beziehung im östlichen Europa. Berlin 2006; Anton Sterbling: „System“ und „Lebenswelten“ im Sozialismus. Das Beispiel des multieth- nischen Banats. In: Anton Sterbling: Entwicklungsverläufe, Lebenswelten und Migrationsprozesse. Studien zu ländlichen Fragen Südosteuropas. Aachen 2010, S. 109–133.

materiellen und nichtmateriellen Kultur, auf die Theorie des „cultural lag“,<sup>7</sup> wobei Srubar vor allem auf die mit der kommunistischen Machtübernahme im östlichen Europa eingetretenen ungleichzeitigen Entwicklungen der „Wirtschafts- und Herrschaftsverhältnisse“ einerseits und die auf die alltägliche „Lebensführung“ bezogenen „normativen Erwartungsstrukturen“ und „Handlungsmuster“ andererseits abhebt.<sup>8</sup> Sein Blick richtet sich insbesondere auf den Übergang von der sozialistischen zur postsozialistischen Gesellschaft, wobei man die Theorie des „cultural lag“, des Überdauerns oder der langsameren Entwicklung bestimmter Aspekte der immateriellen Kultur, natürlich ebenso ergiebig und analytisch aufschlussreich auf den Übergang von der vorsozialistischen zur sozialistischen Gesellschafts- und Herrschaftsordnung anwenden kann. In diesem Falle müsste allerdings der Unterschied zwischen dem Entwicklungsniveau verschiedener sozialistischer Gesellschaften, auf den Srubar im dritten Teil seiner Ausführungen explizit aufmerksam macht,<sup>9</sup> natürlich eingehend berücksichtigt werden, handelte es sich bei der DDR und der Tschechoslowakei und teilweise auch bei Polen und Ungarn doch um bereits mehr oder weniger industrialisierte Gesellschaften, während die anderen Staaten des östlichen und südöstlichen Europa am Anfang ihrer sozialistischen Transformation noch weitgehend agrarwirtschaftlich-ländlich verfasst und strukturiert waren.<sup>10</sup> So ist es nicht erstaunlich, dass sich auch längerfristige folgenreiche Kontinuitäten der „Orientierung sozialen Handelns“, die vielfach von der vorsozialistischen bis in die postsozialistische Zeit reichen, ausmachen lassen.<sup>11</sup>

## Grundzüge westlicher Modernisierung

In seiner Kennzeichnung der „Typik westlicher Modernisierung“ folgt Srubar ausdrücklich einer modernisierungstheoretischen Vorstellung in der Denktradition Max

7 William F. Ogburn: *Social Change with Respect to Culture and Original Nature*. New York 1966 (zuerst 1922).

8 Ilja Srubar: *War der Sozialismus modern?*, insb. S. 415.

9 Ebenda, insb. S. 427.

10 Siehe auch: Anton Sterbling: *Zur Sozialstruktur südosteuropäischer Gesellschaften und den Grenzen klassentheoretischer Analysekatogorien*. In: *Berliner Journal für Soziologie* 6 (1996) H. 4, S. 489–499.

11 Vgl. Christian Giordano, Nicolas Hayoz (Hgg.): *Informality in Eastern Europe. Structures, Political Cultures and Social Practices*. Bern u. a. 2013.

Webers.<sup>12</sup> Dabei stellt er die Rationalisierung der Wirtschaft und der politischen Herrschaft wie auch die „Autonomie des Subjekts“ in den Vordergrund.

Die wirtschaftliche Rationalisierung geht in der westlichen Modernisierung auf die industrielle Produktionsweise und die Integrationsmechanismen der Märkte und des Geldes als Grundlage abstrakter „generalisierter Tauschfunktionen“ mittels universaler Austauschmedien<sup>13</sup> sowie auf die damit verbundene „Produktivität des Kapitals“ und auf entsprechende individuelle Motivationsstrukturen und Leistungsbereitschaften zurück. Damit hängen zugleich eine vertiefte Arbeitsteilung und eine weitreichende und folgenreiche „Disziplinierung und Koordinierung“ des sozialen Handelns zusammen.

Die Rationalisierung der Herrschaft beruht auf spezifischen Institutionalisierungsformen des öffentlichen Diskurses und der Machtkontrolle, insbesondere in der Gestalt des Parlamentarismus, der Gewaltenteilung und der „bürgerlichen Öffentlichkeit“<sup>14</sup> sowie auf damit eng zusammenhängenden Vorgängen der „diskursiven Konfliktregelung“. Ebenso greift sie auf Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und insbesondere der Formalisierung der Rechtsbeziehungen unter „Absehung der Person“ und ihrer „sozialen Stellung“ zurück.<sup>15</sup> Dies schafft allgemeine Rechtssicherheit und Berechenbarkeit des sozialen Handelns, wobei die gleichzeitig gegebenen, spezifischen institutionellen Differenzierungen und insbesondere die Ausdifferenzierung gesellschaftlicher „Funktionssysteme“ die Zugriffsmöglichkeiten auf das individuelle Handeln beschränken und damit weitgehende Möglichkeiten der Emanzipation und der persönlichen Freiheit, nicht zuletzt in einer vom wirtschaftlichen, politischen und öffent-

---

12 Ilja Srubar: War der Sozialismus modern?, insb. S. 416f.; Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen <sup>5</sup>1976; Max Weber: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, I. Tübingen <sup>9</sup>1988; M. Rainer Lepsius: Interessen, Ideen und Institutionen. Opladen 1990.

13 Georg Simmel: Philosophie des Geldes. Berlin <sup>7</sup>1977; Talcott Parsons: Zur Theorie der sozialen Interaktionsmedien. Opladen 1980.

14 In diesem Zusammenhang ist das Prinzip der Kritik, der Gegenmeinungen und der Vertretungsmöglichkeit alternativer Lösungsvorstellungen von zentraler Bedeutung. Allerdings geht es nicht nur um eine ideelle Entfaltungsmöglichkeit dieses Prinzips, sondern auch um wirksame Vorkehrungen ihrer institutionellen Absicherung in der gesellschaftlichen Praxis. Siehe: Karl R. Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Tübingen <sup>7</sup>1992 (2 Bde); Amitai Etzioni: Die aktive Gesellschaft. Eine Theorie gesellschaftlicher und politischer Prozesse. Wiesbaden <sup>2</sup>2009; Anton Sterbling: Zum Prinzip der Kritik im modernen europäischen Denken. In: Anton Sterbling: Wege der Modernisierung und Konturen der Moderne im westlichen und östlichen Europa. Wiesbaden 2015, S. 9–37.

15 Vgl. Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft.

lichen Bereich abgesonderten Privatsphäre, eröffnen und absichern.<sup>16</sup>

Die im Prozess der westlichen Modernisierung fortschreitende Individualisierung und die Erweiterung der Autonomie des Subjekts<sup>17</sup> sind nicht nur an die „fundamentaldemokratischen“ Bedingungen der formalen Gleichheit und persönlichen Freiheit gebunden,<sup>18</sup> sondern begründen zugleich leistungsorientierte Motivationsstrukturen wie auch auf den Wettbewerb marktwirtschaftlicher Koordinationsprinzipien ausgerichtete Handlungsneigungen und Leistungsbereitschaften. Darauf gehen in einem weitreichenden Maße die Produktivität, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und das hohe materielle Lebensniveau fortgeschrittener westlicher Gesellschaften zurück, wobei die allgemeine Wohlfahrt zugleich durch sozialstaatliche Vorkehrungen, Maßnahmen und Einrichtungen abgesichert wird.<sup>19</sup>

## **Strukturelle Gegebenheiten und Integrationsmechanismen realsozialistischer Gesellschaften**

Vorab sei festgehalten, dass Srubar in seinen Darlegungen zu den „Integrationsmechanismen im realen Sozialismus“<sup>20</sup> nicht nur wichtige Überlegungen und Argumentationsfiguren der damaligen sozialwissenschaftlichen Diskussionen über kommunistische Herrschaftsstrukturen,<sup>21</sup> über Neotraditionalismus und Neopatrimonialismus<sup>22</sup> und über die sozialistische Wirtschaftsweise<sup>23</sup> aufgreift, sondern auch Erkenntnisse zu partikularistischen und klientelistischen Handlungsorientierungen und Sozialbeziehungen und davon bestimmten sozialen Identitätsvorstellungen herausarbeitet, die für das Verständnis entsprechender Strukturgegebenheiten in postsozialistischen

---

16 Niklas Luhmann: *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt a. M. 1984.

17 Ulrich Beck: *Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierung und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten*. In: Reinhard Kreckel (Hg.): *Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt, Sonderband 2*, 1983, S. 35–74; Heinrich Popitz: *Autoritätsbedürfnisse. Der Wandel der sozialen Subjektivität*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 39 (1987), S. 633–647; Nicola Ebers: „Individualisierung“. Georg Simmel – Norbert Elias – Ulrich Beck. Würzburg 1995.

18 Karl Mannheim: *Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus*. Bad Homburg u. a. 1967.

19 Anton Sterbling: *Bürgerliche Gesellschaft, ihre Leistungen und ihre Feinde*. Stuttgart 2020.

20 Ilija Srubar: *War der Sozialismus modern?*, insb. S. 418–427.

21 Michail S. Voslensky: *Nomenklatura. Die herrschende Klasse der Sowjetunion*. München u. a. 1980.

22 Samuel N. Eisenstadt: *Tradition, Wandel und Modernität*. Frankfurt a. M. 1979; Ken Jowitt: *Soviet Neotraditionalism: The Political Corruption of a Leninist Regime*. In: *Soviet Studies* 30 (1983), S. 275–297.

23 János Kornai: *Economics of Shortage* (2 Bde). Amsterdam 1980.

Gesellschaften Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas sehr wichtig erscheinen.<sup>24</sup>

Im durch das kommunistische Machtmonopol bestimmten realen Sozialismus ist die „Formalisierung“, also die Bindung an formale Rechtsprinzipien, und die „Abstraktheit“ der Integration durch Märkte und Geld oder – in marxistischer Terminologie – ein Stück der damit gegebenen „Entfremdung“ aufgehoben. Ebenso verliert die Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Funktionssysteme in einem durchgängig politisch und ideologisch kontrollierten, hierarchisch-monolithischen Institutionensystem<sup>25</sup> in weitgehendem Maße ihre Relevanz und Wirksamkeit. Die Gleichschaltung der Institutionen und die Verstaatlichung der Wirtschaft haben zur Kehrseite, dass eine öffentliche Kontrolle der politischen Herrschaftsausübung unterbunden wird und zugleich – wie Srubar es formuliert – eine „Privatisierung des Staates“<sup>26</sup> des staatlichen Patriomoniums, durch die kommunistischen Parteien erfolgt.

Das Machtmonopol der kommunistischen Parteien wird durch den revolutionären Weg der Herrschaftsübernahme und durch eine entsprechende historische Mission im Sinne einer kollektiv „charismatischen Legitimation“ begründet.<sup>27</sup> Dies ermöglicht permanente, „außerordentliche“ und willkürliche Entscheidungen im Sinne der allein maßgeblichen „Parteiinteressen“ in allen Bereichen und auf allen Ebenen. Trotz bestehender hierarchisch-bürokratischer Verwaltungsstrukturen erscheinen diese durch den absoluten Vorrang parteiinteressengebundener ideologischer Entscheidungskriterien und nicht zuletzt auch persönlicher Willkür der Inhaber von Machtpositionen nahezu als das Gegenteil einer auf Sachkompetenz, Professionalität und „gesetzten“ formalen Ordnungen beruhenden bürokratisch-rationalen Verwaltung.<sup>28</sup>

---

24 Klaus Roth (Hg.): Soziale Netzwerke und soziales Vertrauen in den Transformationsländern. Wien u. a. 2007; Klaus Roth, Ioannis Zelepos (Hgg.): Klientelismus in Südosteuropa. Südosteuropa-Jahrbuch 43. Berlin u. a. 2018; Anton Sterbling: Entstehung sozialer Ungleichheit in ost- und südosteuropäischen Gesellschaften. In: Maurizio Bach, Anton Sterbling (Hgg.): Soziale Ungleichheit in der erweiterten Europäischen Union. Beiträge zur Osteuropafor-schung 14. Hamburg 2008, S. 39–62.

25 Anton Sterbling: Eliten, Intellektuelle, Institutionenwandel. Untersuchungen zu Rumänien und Südosteuropa. Hamburg 2001, insb. S. 13f.

26 Ilja Srubar: War der Sozialismus modern?, vgl. S. 418.

27 Günther Roth: Politische Herrschaft und persönliche Freiheit. Heidelberger Max Weber-Vorlesungen 1983. Frankfurt a. M. 1987; Stefan Breuer: Bürokratie und Charisma. Zur politischen Soziologie Max Webers. Darmstadt 1994; Anton Sterbling: Nationalstaaten und Europa. Problemfacetten komplizierter Wechselbeziehungen. Dresden 2018, insb. S. 113f.

28 Bálint Balla: Kaderverwaltung. Versuch zur Idealtypisierung der ‚Bürokratie‘ sowjetisch-volksdemokratischen Typs. Stuttgart 1972; Stephan Hensell: Die Willkür des Staates. Herrschaft und Verwaltung in Osteuropa. Wiesbaden 2009.

Die Beliebigkeit von Verfahren und die Unberechenbarkeit politischer und staatlicher Entscheidungsprozesse gehen auf die angesprochene „charismatische“ Herrschaftslegitimation, eine weitgehend fehlende formale Rechtssicherheit und eine vielfach gewaltsame Unterbindung des öffentlichen Diskurses<sup>29</sup> als Möglichkeit der Kontrolle politischer Herrschaft und des Funktionierens staatlicher Institutionen zurück. Die mit vielfältigen Privilegien und Zugriffsmöglichkeiten der „Nomenklatura“<sup>30</sup> auf das staatliche Patrimonium verbundene „politische“ Privatisierung des Staates bildet nach Srubar eine „erste Ebene“, an die eine „zweite“, die der „persönlichen“ Privatisierung in Form von Korruption, Patronage usw. anschließt.

Eine wichtige Bedingung der Koppelung beider Ebenen, die nicht nur zu Willkür und Unberechenbarkeit der Herrschaft und der Funktionsweise staatlicher Institutionen, sondern auch zu deren korruptiven Deformationen im Sinne einer „Zweckverschiebung innerhalb der Organisation“<sup>31</sup> beitrug, war die notorische „Mangelwirtschaft“ als nahezu durchgängiges Strukturmerkmal sozialistischer Gesellschaften. Die Wirtschaftsverhältnisse erfuhren in der Mangelwirtschaft gleichsam eine paradoxe Umkehrung, denn die hauptsächlichen wirtschaftlichen Bestrebungen und Aktivitäten waren nicht – wie in der Marktwirtschaft – auf den Wettbewerb um den Absatzerfolg gerichtet, sondern auf den Zugang zu den stets knappen Gütern und insbesondere Konsumgütern und den willkürlich knapp gehaltenen öffentlichen Dienstleistungen (Bewilligungen, Genehmigungen, Zuteilungen usw.). Damit wird, folgt man Srubar,<sup>32</sup> die „Ressourcenkontrolle“ zum entscheidenden „Kapital“ auf dem Markt „privater Netzwerke“. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Zunächst stellt sich indes die Frage nach den wichtigsten Einzelgründen der permanenten Mangelwirtschaft im Sozialismus,<sup>33</sup> wobei auch diesbezüglich – wie bei den Ausführungen zur vorhin dargestellten Aufhebung der Rationalisierung politischer

---

29 Anton Sterbling: Stalinismus in den Köpfen. Zur kommunistischen Gewaltherrschaft in Rumänien. In: Anton Sterbling: „Am Anfang war das Gespräch“. Reflexionen und Beiträge zur „Aktionsgruppe Banat“ und andere literatur- und kunstbezogene Arbeiten. Hamburg 2008, S. 125–154.

30 Michail S. Voslensky: Nomenklatura.

31 Ilja Srubar: War der Sozialismus modern?, S. 415–432, vgl. S. 418. Srubar greift in diesen Überlegungszusammenhängen auf einen Gedanken Luhmanns zu. Siehe: Niklas Luhmann: Funktionen und Folgen formaler Organisationen. Berlin 1978.

32 Ilja Srubar: War der Sozialismus modern?, insb. S. 420f.

33 János Kornai: Economics of Shortage.

Herrschaft durch das kommunistische Machtmonopol im realen Sozialismus – an die Überlegungen im vorausgegangenen Teil, insbesondere zur wirtschaftlichen Rationalisierung westlicher Gesellschaften, angeschlossen werden kann. Durch diese, dem Überlegungsgang Srubars folgende vergleichende Analyse werden die Funktionsdefizite und Deformationen realsozialistischer Wirtschaftssysteme besonders prägnant fassbar und gut erklärbar.

Die Leistungen der Märkte im Sinne eines ständigen, dynamischen Such- und Anpassungsprozesses von Angebot und Nachfrage wurden im Sozialismus durch planwirtschaftliche Koordinationsprinzipien wirtschaftlicher Abläufe substituiert. Dies ging in vielen Bereichen mit einer „Unterdetermination“ der Wirtschaftspläne gegenüber der viel komplexeren Realität wirtschaftlicher Einzel- und Gesamtprozesse einher.<sup>34</sup> Fehlender Wettbewerb auf den Gütermärkten und administrativ festgelegte Preise führten zu mangelnden Anreizen für technologische oder arbeitsorganisatorische Innovationen wie auch zu einer geringen Risikobereitschaft, zumal riskante wirtschaftliche Entscheidungen im Erfolgsfall selten angemessen prämiert, aber im Falle des Misserfolgs oft drastisch politisch bestraft wurden. Eine Folge davon war eine zumeist niedrige Produktivität. Geld hatte – nicht nur wegen den oft willkürlichen administrativen oder politischen Preisfestlegungen – lediglich eine eingeschränkte Steuerungsfunktion gegenüber den im planwirtschaftlichen System fest eingebundenen und auch darüber hinaus wirksamen „Distributionsmechanismen“. Geld stellte – wie Srubar trefflich festhielt – eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung des Zugangs und Erwerbs von knappen Gütern und Leistungen dar, denn neben dem Geld waren dafür stets weitergehende Informationen, soziale Verbindungen, Netzwerkzugehörigkeiten, Schattenwirtschaftsbeziehungen usw. erforderlich. Dabei ergaben und verfestigten sich vielfältig ineinander übergreifende und miteinander verschränkte soziale Netzwerkbeziehungen und informelle Austauschprozesse zwischen einzelnen staatlichen Unternehmen und Branchen, schattenwirtschaftlichen Bereichen und der Sphäre des privaten Konsums. Dadurch wurden Planungsmängel teilweise kompensiert, aber natürlich auch – aufgrund der in einzelnen Positionen jeweils gegebenen Einfluss- und Wirkungschancen und Zugangsmöglichkeiten – pri-

---

34 Michael Masuch: Die sowjetische Entscheidungsweise. Ein Beitrag zur Theorie des realen Sozialismus. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 33 (1981), S. 642–667.



vate Vorteile verfolgt und nicht selten mit beachtlichem Erfolg erreicht. Hierbei ergab sich ein schwer durchschaubares Gesamtgefüge der Überlagerung und Durchdringung betrieblicher Strukturen durch informelle Netzwerke und der dadurch ermöglichten „Reprivatisierung sozialistischen Eigentums“.

Zum besseren Verständnis sollten dem noch einige Anmerkungen hinzugefügt werden. Das sozialistische Wirtschaftssystem bestand vielfach aus unrentablen und mithin subventionierten Betrieben mit geringer Innovations- und Risikobereitschaft und niedriger Produktivität. Die planwirtschaftlich festgelegten Kennzahlen der Produktion wurden durch „Extensivierung der Arbeit“<sup>35</sup> bei oft geringer Qualifikations- und Leistungsorientierung des Arbeitseinsatzes zu erreichen versucht. Hinzu kamen – nicht zuletzt zur Abfederung von Planungsmängeln und Produktionsrisiken – extensive Lagerhaltungen, Hortungsprozesse und die Bildung „stiller Reserven“ jeder Art. All dies ermöglichte den Beschäftigten eine relativ „freizügige Disposition über bezahlte Arbeit“ und natürlich auch Einzelnen in entsprechenden Zugangs- und Distributionsstellen leichte Zugriffe auf betriebliche Ressourcen.

Mit der Mangelwirtschaft und der angesprochenen ausgeprägten „Informalität“<sup>36</sup> gewinnt ein Integrationsmechanismus realsozialistischer Gesellschaften eine besondere strukturelle Relevanz, die bei Srubar sodann in den Mittelpunkt der weiteren Analysen gestellt wird: die sogenannten „Umverteilungsnetzwerke“.<sup>37</sup> Es handelt sich dabei um längerfristig angelegte, reziproke Beziehungen von zumeist eine weite Skala von Leistungen und Gegenleistungen umfassenden Austauschvorgängen, die sowohl durch direkte wie auch durch indirekte, symmetrische wie auch durch asymmetrische Momente gekennzeichnet sein können und in der Form von Verwandtschaftsbeziehungen, Freundschaften oder „funktionalen Freundschaften“, direkten oder indirekten Bekanntschaften usw. zumindest den Anschein einer gewissen „Solidarität“ erwecken. Wichtig erscheint, dass es sich um persönliche Verbundenheits-, Verpflichtungs-, Loyalitäts- und Abhängigkeitsbeziehungen handelt,<sup>38</sup> die im realen Sozialis-

35 Ilja Srubar: *War der Sozialismus modern?*, insb. S. 421.

36 Christian Giordano, Nicolas Hayoz (Hgg.): *Informality in Eastern Europe*.

37 Ilja Srubar: *War der Sozialismus modern?*, insb. S. 422f.

38 Christian Giordano: *Privates Vertrauen und informelle Netzwerke: Zur Organisationsstruktur in Gesellschaften des öffentlichen Misstrauens. Südosteuropa im Blickpunkt*. In: Klaus Roth (Hg.): *Soziale Netzwerke und soziales Vertrauen in den Transformationsländern*. Wien u. a. 2007, S. 21–49.

mus vor allem darauf angelegt waren, entsprechenden Umverteilungsnetzwerken den Zugang zur Redistribution von Ressourcen des staatlichen Sektors zu sichern. Bevor auf die spezifischen strukturellen Erscheinungsformen und Folgen der zentralen Bedeutung dieser Umverteilungsnetzwerke einzugehen sein wird, sei mit Srubar<sup>39</sup> noch kurz der Frage nachgegangen, warum die kommunistischen Machthaber diese Gegebenheiten akzeptierten oder nur inkonsequent und mit geringem Erfolg zu unterbinden suchten. Dazu lassen sich zumindest drei Antworten finden: Erstens korrigierten und kompensierten die Umverteilungsnetzwerke bestimmte Steuerungsmängel und Versorgungsdefizite des planwirtschaftlichen Systems. Zweitens diente dies der Ablenkung der Bevölkerungsinteressen von politisch relevanten Unzufriedenheitsaspekten auf Konsumfragen. Und drittens führte es zu einer Mitverstrickung und entsprechenden Erpressbarkeit eines erheblichen Teils der Bevölkerung in die korrumpierten Machenschaften des Herrschaftssystems.<sup>40</sup>

Die hervorragende Strukturelevanz der Umverteilungsnetzwerke ergibt sich – so zeigt Srubar<sup>41</sup> überzeugend – aus mehreren wichtigen Gründen. „Schlüsselstellungen“ in Umverteilungsnetzwerken und das Ausmaß des damit verbundenen „sozialen Kapitals“ resultieren vor allem aus individuellen Zugangs- und Zugriffschancen im staatlichen „Material- und Warenverteilungssystem“ und entsprechenden Positionen im „bürokratischen Entscheidungssystem“. Dies durchbricht und relativiert weitgehend die Strukturbedeutung formaler Qualifikationen und fachlicher Leistungen. Werden schon dadurch universalistische durch partikularistische soziale Erfolgs- und Anerkennungskriterien ersetzt, so gewinnen partikularistische Orientierungen auch deshalb eine darüber hinausgehende, die kollektive Identität prägende Bedeutung, weil Umverteilungsnetzwerke auf personalisierten Zusammengehörigkeits- und Verpflichtungsbeziehungen beruhende soziale Gebilde darstellen, die auf einer entsprechenden partikularistischen Unterscheidung zwischen „Wir“ und den „Anderen“ beruhen. Also liegen – so könnte man zugespitzt befinden – nicht „objektive“ soziale Lagen, sondern vor allem solche partikularistisch ausgerichtete subjektive Selbstzu-

---

39 Ilja Srubar: War der Sozialismus modern?, insb. S. 423.

40 Bálint Balla, Wolfgang Dahmen, Anton Sterbling (Hgg.): Korruption, soziales Vertrauen und politische Verwerfungen – unter besonderer Berücksichtigung südosteuropäischer Gesellschaften. Beiträge zur Osteuropaforschung 18. Hamburg 2012.

41 Ilja Srubar: War der Sozialismus modern?, insb. S. 423f.

rechnungen den identitätsbildenden Vergesellschaftungsprozessen zugrunde, so dass gegebene strukturelle Grundlagen der „Statusassoziation“ durch entsprechende Vorgänge der „Statussegregation“<sup>42</sup> durchkreuzt und aufgehoben werden. All dies bedeutete in den realsozialistischen Gesellschaften auch, dass kein allgemeines Vertrauen in staatliche Institutionen oder in den „generalisierten Anderen“, insbesondere in der Gestalt anderer Staatsbürger gegeben war, sondern dass personalisierte, durch partikularistische Kriterien bestimmte Vertrauensbeziehungen vorherrschten, also, dass die sozialistischen Gesellschaften, insbesondere diejenigen Südosteuropas, als „Gesellschaften des öffentlichen Misstrauens“ zu verstehen sind.<sup>43</sup>

Umverteilungsnetzwerke sind als mehr oder weniger spontan entstandene, kompensatorische Ergebnisse der Privatisierung des Staates durch die kommunistischen Parteien, der Dysfunktionalität der Planwirtschaft und der permanenten Mangelwirtschaft zu betrachten. Sie hatten im realen Sozialismus sowohl stabilisierende wie auch anomische Tendenzen sowie weit in die postsozialistische Zeit hineinragende sozialstrukturelle und sozialmoralische Auswirkungen.

## Realer Sozialismus als „partielle Modernisierung“

Im abschließenden Teil seiner Ausführungen machte Ilija Srubar zutreffend darauf aufmerksam, dass die realsozialistischen Transformationen im östlichen Europa eigentlich zwei Seiten hatten: eine deutlicher Modernisierungsvorgänge und eine andere der „demodernisierenden Wirkungen“.<sup>44</sup> Bei durchaus ungleichen Ausgangsbedingungen, auf die bereits hingewiesen wurde, erfolgte in allen sozialistischen Gesellschaften eine teilweise stark forcierte Industrialisierung und ein damit einhergehender sektoraler Wandel, der den Anteil der Industriearbeiter und auch den der

42 Zu den Strukturprinzipien der „Statusassoziation“ und „Statussegregation“ siehe: Samuel N. Eisenstadt: Revolution und Transformation von Gesellschaften. Eine vergleichende Untersuchung verschiedener Kulturen. Opladen 1982; Anton Sterbling: Entstehung sozialer Ungleichheit in ost- und südosteuropäischen Gesellschaften.

43 Christian Giordano: Privates Vertrauen und informelle Netzwerke: Zur Organisationsstruktur in Gesellschaften des öffentlichen Misstrauens; Anton Sterbling: Institutionenwandel in Gesellschaften des öffentlichen Misstrauens. In: Gert Albert u. a. (Hgg.): Soziale Konstellation und historische Perspektive. Festschrift für M. Rainer Lepsius. Wiesbaden 2008, S. 104–120; Anton Sterbling: Die „Unseren“ und die „Anderen“. Klientelismus in Südosteuropa, unter besonderer Berücksichtigung Rumäniens. In: Klaus Roth, Ioannis Zelepos (Hgg.): Klientelismus in Südosteuropa. Südosteuropa-Jahrbuch 43. Berlin u. a. 2018, S. 49–64.

44 Ilija Srubar: War der Sozialismus modern?, insb. S. 427f.

Angestelltenschaft stark anwachsen und den der landwirtschaftlich Beschäftigten schrumpfen ließ.<sup>45</sup> Dies ging mit Bildungsexpansionen, mit Urbanisierungsprozessen sowie mit umfangreichen räumlichen und sozialen Mobilitätsprozessen einher. Und es gab den Sozialstrukturen dieser Gesellschaften, zumindest vordergründig, mehr oder weniger die Gestalt „nivellierter“, stark auf Mittelschichtlagen konzentrierter Gesellschaften.

Auf der anderen Seite sind die angesprochenen Demodernisierungserscheinungen festzustellen, die sich im kommunistischen Machtmonopol und seiner kollektiv charismatischen Legitimation, in seiner damit zusammenhängenden weitgehenden Willkür und Unberechenbarkeit, in der mangelnden öffentlichen Kontrolle der politischen Herrschaft und der staatlichen Institutionen, in den fehlenden diskursiven Konfliktlösungen und mangelhafter Rechtsstaatlichkeit feststellen lassen – ebenso in den Defiziten der Planwirtschaft und der notorischen Mangelwirtschaft aufgrund des weitgehenden Verzichts auf die effizienteren wirtschaftlichen Koordinations- und Steuerungsleistungen der Märkte und des Geldes.

Ein folgenreiches Ergebnis dessen war die weitreichende sozialstrukturelle Relevanz der von Ilja Srubar besonders hervorgehobenen „Umverteilungsnetzwerke“ mit ihren partikularistischen Grundlagen, der Dominanz personalisierter Abhängigkeits-, Loyalitäts-, Austausch- und Vertrauensbeziehungen in einer Umgebung des öffentlichen Misstrauens – und mit der Kehrseite der tendenziellen Entwertung von formalen Qualifikationen und qualifizierten Leistungen, von „erworbenen“ gegenüber „zugeschriebenen“ Sozialmerkmalen.<sup>46</sup>

Auf der individuellen Ebene bedeutete all dies eine stets bedrohte persönliche Freiheit und mehr oder weniger weitgehende Einschränkungen der Emanzipationsmöglichkeiten des Subjekts, ein Leben unter mehr oder weniger prekären materiellen Verhältnissen großer Teile der Bevölkerung, spezifische Abhängigkeiten mit entsprechenden Auswirkungen auf die sozialmoralischen Vorstellungen und individuellen Motivationsstrukturen oder eingeschränkte Eigeninitiativen und Anerkennungsmöglichkeiten persönlicher Leistungen.

---

45 Rudolf Andorka: Einführung in die soziologische Gesellschaftsanalyse. Ein Studienbuch zur ungarischen Gesellschaft im europäischen Vergleich. Opladen 2001; Anton Sterbling: Einführung in die Grundlagen der Soziologie. Stuttgart 2020, insb. Kapitel 10.

46 Talcott Parsons: The Social System. Glencoe 1951.

Auf die Entwicklungen der realsozialistischen Gesellschaften trifft mithin weitgehend das Theorem der „partiellen Modernisierung“ zu, das in den Worten Dietrich Rüschemeyers lautet:

In vielen Gesellschaften verbinden sich moderne und traditionale Elemente zu komplizierten Strukturen. Oft sind solche Inkonsistenzen der Gesellschaftsstruktur vorübergehende Begleiterscheinungen rapiden sozialen Wandels; nicht selten stabilisieren sie sich jedoch und erhalten sich über Generationen hinweg.<sup>47</sup>

Im Sinne der Theorie des „cultural lag“ haben indes gerade die identitätsbildenden Integrationsmechanismen und die auf die alltägliche „Lebensführung“ bezogenen „normativen Erwartungsstrukturen“ und „Handlungsmuster“ eine gewisse Persistenz und Nachwirkung, auch wenn sich die „Wirtschafts- und Herrschaftsverhältnisse“,<sup>48</sup> wie nach dem Niedergang der kommunistischen Herrschaft im östlichen Europa, tiefgreifend gewandelt haben.

## **Zur Strukturanalyse ost-, ostmittel- und südosteuropäischer Gesellschaften – Versuch einer Zusammenschau**

Im Folgenden möchte ich der Frage nachgehen, wie sich die bisher nachgezeichneten Überlegungen mit meinen eigenen Vorstellungen zur Sozialstruktur ost-, ostmittel- und südosteuropäischer Gesellschaften unter kommunistischer Herrschaft verbinden lassen. Ich habe in meinen Untersuchungen wiederholt drei strukturbestimmende Mechanismen der sozialen Ungleichheit in solchen Gesellschaften – nämlich politische Ausschließung, soziokulturelle Schließung und meritokratisch-funktionale Differenzierung – herausgearbeitet.<sup>49</sup>

Mit dem kommunistischen Machtmonopol und dem politisch kontrollierten und weitgehend monolithisch verfassten Institutionensystem in unmittelbarem Zusam-

---

47 Dietrich Rüschemeyer: Partielle Modernisierung. In: Wolfgang Zapf (Hg.): Theorien des sozialen Wandels. Köln-Berlin<sup>3</sup>1971, S. 382–396, vgl. S. 382.

48 William F. Ogburn: Social Change with Respect to Culture and Original Nature; Ilja Srubar: War der Sozialismus modern?, insb. S. 415.

49 Anton Sterbling: Strukturfragen und Modernisierungsprobleme südosteuropäischer Gesellschaften; Anton Sterbling: Zur Sozialstruktur südosteuropäischer Gesellschaften und den Grenzen klassentheoretischer Analysekatgorien; Anton Sterbling: Entstehung sozialer Ungleichheit in ost- und südosteuropäischen Gesellschaften.

menhang stand die politische Ausschließung<sup>50</sup> auf der Grundlage weltanschaulicher Bekenntnisse und ideologischer Konformität wie auch – und dies war möglicherweise noch wichtiger – persönlicher Abhängigkeits- und Loyalitätsbeziehungen. Die politische Ausschließung bildete ein überaus wirkungsvolles und gleichsam umfassendes Strukturprinzip vertikal-hierarchischer Gliederung innerhalb des kommunistischen Herrschafts- und sozialistischen Gesellschaftssystems. Durch die politische Ausschließung wurden die Teilhabe an der Entscheidungsmacht und der Zugang zu besonderen Privilegien nach außen hin begrenzt und intern in abgestufter Form reguliert.<sup>51</sup> Da persönliche Loyalität, neben ideologischer Konformität, eine wesentliche Grundlage der Zugangs- und Aufstiegsprozesse im Parteiapparat und im politisch kontrollierten staatlichen Wirtschafts- und Institutionensystem bildete, brachte die politische Schließung zugleich ein kompliziertes und weitverzweigtes Netz von persönlichen klientelistischen Abhängigkeitsbeziehungen hervor. Diese Netzwerke persönlicher Patronage- und Abhängigkeitsbeziehungen haben den Niedergang der kommunistischen Herrschaft zumindest teilweise überdauert.<sup>52</sup> Es ist wohl leicht erkennbar, dass diese Überlegungen zur politischen Ausschließung mit Srubar's Darlegungen zur ersten Ebene der „Privatisierung des Staates“ weitgehend anschlussfähig und kompatibel erscheinen.<sup>53</sup>

Prozesse der Ausschließung bewirken – nicht zuletzt als soziale Reaktion auf damit einhergehende Diskriminierungen und Deprivationen – ihrerseits soziale Schließungen.<sup>54</sup> In den ost- und südosteuropäischen Gesellschaften erfolgten solche Schließungsprozesse – auch schon in der vorsozialistischen Zeit – vornehmlich auf der Grundlage soziokultureller Gemeinsamkeiten, etwa entlang ethnischer oder religiöser Differenzierungslinien. Ebenso auf der Grundlage gegen die kommunistische Ideologie und den sozialistischen Alltag sich abschirmender traditionaler Wertorientierungen und Lebensformen oder gegen das kommunistische Herrschaftssystem sich abgrenzender künstlerisch-intellektueller „Enklaven“ oder Dissidentenmilieus.

---

50 Siehe: Anton Sterbling: *Modernisierung und soziologisches Denken*, insb. S. 201f.

51 Frank Parkin: *Strategien sozialer Schließung und Klassenbildung*. In: Reinhard Kreckel (Hg.): *Soziale Ungleichheiten*, Soziale Welt. Sonderband 2, 1983, S. 121–135.

52 Anton Sterbling: *Aspects of Informality in Southeastern Europe*.

53 Ilja Srubar: *War der Sozialismus modern?*, insb. S. 418f.

54 Frank Parkin: *Strategien sozialer Schließung und Klassenbildung*.

Solche Schließungsprozesse betrafen vor allem die „privaten“ und „lebensweltlichen“ Assoziationsformen und kollektiven Selbstzurechnungen. Sie fanden in mehr oder weniger deutlich gegeneinander abgegrenzten sozialen Verkehrskreisen, in selektiven Heiratsmustern, in spezifischen sozialmoralischen Überzeugungen, in sozialer Nähe und Distanz, in der partikularistischen Wertschätzung oder Verachtung anderen sozialen Gruppen gegenüber und ähnlichen, die Lebensführung, die sozialen Umgangsformen und die kollektive Selbst- und Fremdzurechnungen betreffenden Gegebenheiten ihren Ausdruck. Die Strukturelevanz und nachhaltige Wirksamkeit solcher soziokultureller Schließungsprozesse zeigte sich nicht zuletzt auch nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft.

Diese Überlegungen zur sozialen Schließung sind – wie leicht zu erkennen ist – an Srubar's Ausführungen zu den „Umverteilungsnetzwerken“ durchgängig anschlussfähig. Zutreffend zeigt Srubar<sup>55</sup> aber auch, dass die Grundlagen dieser sozialen Netzwerke nicht nur überkommen sind, sondern zumeist auch eine Reaktion auf die Gegebenheiten der realsozialistischen Plan- und Mangelwirtschaft bildeten. Dieser Aspekt ist in meinem Hinweis auf die Wechselbeziehungen von politischer Ausschließung und sozialer Schließung zwar angedeutet, aber nicht so ausführlich und genau wie bei Srubar ausgearbeitet. In dieser Hinsicht beinhalten seine Ausführungen sehr wichtige zusätzliche Erkenntnisse über die Eigenart realsozialistischer Gesellschaften.

Waren höhere Bildungsabschlüsse schon in der vorsozialistischen Zeit<sup>56</sup> – nicht zuletzt als notwendige Zugangsvoraussetzungen zu privilegierten Positionen des staatlichen Beschäftigungs- und des etatistischen Alimentationssystems – im östlichen Europa von erheblicher Relevanz, so nahm ihre sozialstrukturelle Bedeutung mit der forcieren sozialistischen Industrialisierung und der Bildungsexpansion der 1960er-Jahre erneut erheblich zu, so dass man in der auf Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen und entsprechenden Leistungsqualifikationen beruhenden meritokratisch-funktionalen Differenzierung ebenfalls einen wichtigen Erzeugungs- und Reproduktionsmechanismus sozialer Ungleichheit in den sozialistischen Gesellschaften Ost- und Südosteuropas erkennen kann. Die meritokratisch-funktionale Differenzierung, soweit sie

---

55 Ilja Srubar: *War der Sozialismus modern?*, insb. S. 422f.

56 Hugh Seton-Watson: *Osteuropa zwischen den Kriegen 1918–1941*. Paderborn 1948.

zur Entfaltung kam, kann sicherlich – wie auch Srubar hervorgehoben hat<sup>57</sup> – als die „moderne“ Seite der Sozialstrukturen ost-, ostmittel- und südosteuropäischer Gesellschaften angesehen werden. Allerdings war der Einfluss dieses Strukturprinzips, nicht zuletzt auf Grund der gleichzeitigen massiven Wirksamkeit der beiden anderen Erzeugungs- und Reproduktionsmechanismen sozialer Ungleichheit, relativ begrenzt, und ist dies – zum Teil aus anderen Gründen – auch heute noch.

Die drei knapp umrissenen ungleichheitserzeugenden Mechanismen sind zunächst „gegensätzliche Prinzipien“,<sup>58</sup> zwischen denen vielfältige Spannungsverhältnisse zu erkennen sind. Dies betrifft den Gegensatz zwischen ideologischer Konformität und persönlicher Loyalität einerseits und Leistungsqualifikation und formalen Bildungsabschlüssen andererseits – ein Gegensatz, der nicht zuletzt als unterschwelliger Dauerkonflikt zwischen machtorientierten Ideologen und reformwilligen Technokraten in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft ausgetragen wurde und letztlich auch eine wesentliche Ursache des Endes der kommunistischen Alleinherrschaft darstellte. Aber auch der Gegensatz zwischen kommunistischer Ideologie einerseits und religiösen oder traditionellen Wertorientierungen andererseits bestand während des gesamten sozialistischen Zeitraums fort, wie das oft angespannte Verhältnis zwischen Staat und Kirche,<sup>59</sup> zwischen den politisch Herrschenden und den verschiedenen ethnischen oder religiösen Minderheiten oder das repressive Verhältnis Dissidenten-, Künstler- und Intellektuellenkreisen gegenüber deutlich zeigten. Auch ein Gegensatz zwischen meritokratisch-funktionaler Statuszuweisung und soziokultureller Schließung ist, gerade in ethnisch heterogenen Gesellschaften, durchaus auszumachen. Dennoch ist nicht nur ein ausgeprägtes Spannungsverhältnis zwischen diesen Strukturprinzipien festzustellen, sondern es waren auch komplizierte Verschränkungsbeziehungen zwischen ihnen gegeben. Gerade auf diesem komplexen Spannungs- und Verschränkungszusammenhang, den auch Srubar<sup>60</sup> in seiner Betrachtung der „Umverteilungsnetzwerke“ herausarbeitete, beruht die zwar

---

57 Ilja Srubar: War der Sozialismus modern?, insb. S. 427f.

58 M. Rainer Lepsius: Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland. In: M. Rainer Lepsius: Interessen, Ideen und Institutionen. Opladen 1990, S. 117–152, vgl. S. 118.

59 William Totok: Episcopul, Hitler și Securitatea. Procesul stalinist împotriva „spionilor Vaticanului“ din România [Der Bischof, Hitler und die Securitate. Der stalinistische Prozess gegen die „Spione des Vatikans“ in Rumänien]. Iași 2008.

60 Ilja Srubar: War der Sozialismus modern?, insb. S. 427f.



in manchen Aspekten modifizierte, aber ohne Zweifel nachhaltige Relevanz dieser Ungleichheitserzeugenden Strukturmechanismen. Dies lässt sich vor allem im Rahmen von Analysen des Klientelismus und der Korruption, aber auch der Krisen und Schwierigkeiten demokratischer Entwicklungen im östlichen und südöstlichen Europa zeigen.<sup>61</sup>

Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle noch darauf hingewiesen, dass neben den in modifizierter Weise weiterhin wirksamen Mechanismen der sozialen Schließungen und der meritokratisch-funktionalen Differenzierung auch die soziostrukturellen Auswirkungen der demokratischen, marktwirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Modernisierungsprozesse sowie die teilweise massiven transnationalen Migrationsprozesse und ihre Rückwirkungen in den gegenwärtigen Strukturanalysen der Gesellschaften des östlichen Europa zu berücksichtigen sind.<sup>62</sup> Dabei gilt es, auch weiterhin eingehend zu beachten, dass zwischen all diesen Erzeugungs- und Reproduktionsmechanismen sozialer Ungleichheit komplizierte Spannungs- und Verschränkungsbeziehungen bestehen, die es in den soziostrukturellen Feinanalysen systematisch zu erschließen und einzuordnen gilt.

### **„System“ und „Lebenswelt“ als weitere Analyseperspektive**

Die Darlegungen Srubars<sup>63</sup> ließen sich noch in einen anderen, seiner Denkweise eigentlich naheliegenden theoretischen Bezugsrahmen einordnen und mit erheblichem Erkenntnisgewinn lesen – in der Analyseperspektive der Unterscheidung von „System“ und „Lebenswelt“.<sup>64</sup> Dazu nur einige Anmerkungen, die sich hauptsächlich auf Srubars Feststellungen zur sozialistischen Wirtschaftsweise und insbesondere die Umverteilungsnetzwerke beziehen lassen.

---

61 Bálint Balla, Wolfgang Dahmen, Anton Sterbling (Hgg.): Korruption, soziales Vertrauen und politische Verwerfungen – unter besonderer Berücksichtigung südosteuropäischer Gesellschaften; Bálint Balla, Wolfgang Dahmen, Anton Sterbling (Hgg.): Demokratische Entwicklungen in der Krise? Politische und gesellschaftliche Verwerfungen in Rumänien, Ungarn und Bulgarien. Beiträge zur Osteuropaforschung 19. Hamburg 2015; Klaus Roth, Ioannis Zelepos (Hgg.): Klientelismus in Südosteuropa.

62 Anton Sterbling: Entstehung sozialer Ungleichheit in ost- und südosteuropäischen Gesellschaften.

63 Ilja Srubar: War der Sozialismus modern?

64 Jürgen Habermas: Theorie des kommunikativen Handelns. Band 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft; Jürgen Habermas: Der philosophische Diskurs der Moderne; Ilja Srubar: Phänomenologie und soziologische Theorie.

Folgt man der Vorstellung verschiedener Integrationsgrundlagen der Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt der „Entkoppelung“ und Reintegrationsmöglichkeiten von „System“ und „Lebenswelt“ und unterscheidet man in der empirisch gegebenen sozialen Realität entwickelter Gesellschaften zwischen systemisch koordinierten Handlungsweisen, wie sie beispielsweise in bürokratischen Organisationen moderner Gesellschaften vorherrschen, und lebensweltlichen Handlungszusammenhängen, die das sonstige alltägliche, insbesondere auf intersubjektive Kommunikation und Verständigung gestützte soziale Geschehen kennzeichnen, so treten aus kritischer Sicht mehrere und zugleich unterschiedliche Probleme in Erscheinung. Im Kontext moderner Gesellschaften erscheint nicht nur die mehr oder weniger weitgehende „Entkoppelung“ von „System“ und „Lebenswelt“, sondern auch und vor allem die erkennbare Tendenz, dass die von den Prinzipien der Zweckrationalität und Verdinglichung bestimmten systemischen Beziehungen die „Lebenswelten“ durchdringen und teilweise oder vollständig aushöhlen, besonders problematisch.

In den realsozialistischen Gesellschaften und ihren Wirtschaftssystemen sieht diese Problematik allerdings etwas anders aus. Zwar zielte die kommunistische Herrschaft – insbesondere in ihrer stalinistischen Phase – auf eine intensive, vielfach gewaltgestützte und möglichst lückenlose systemische Durchdringung und Kontrolle aller lebensweltlichen Bereiche bis in die letzten Winkel des menschlichen Denkens, Empfindens und Handelns.<sup>65</sup> Allerdings scheiterten diese ideologischen Bestrebungen auf Dauer weitgehend nicht nur am lebensweltlichen Widerstand, sondern – wie auch Srubars Analysen der sozialistischen Wirtschaftsweise und insbesondere der Umverteilungsnetzwerke anschaulich zeigen<sup>66</sup> – wiesen die sozialistischen Betriebe und der gesamte staatliche Wirtschaftssektor vielfältige lebensweltliche Züge und Einlagerungen auf,<sup>67</sup> die sich in solcher Ausprägung und in diesem Ausmaß in systemisch durchrationalisierten kapitalistischen Betrieben unter marktwirtschaftlichen Wettbewerbsbedingungen kaum finden lassen dürften. In diesem Sinne ließen sich Srubars Darlegungen sicherlich noch eingehender aufschlussreich weiterlesen, insbesondere, wenn man aus heutiger Sicht verstehen will, warum in bestimmten Bevölkerungs-

---

65 Anton Sterbling: Stalinismus in den Köpfen.

66 Ilja Srubar: War der Sozialismus modern?, insb. S. 422f.

67 Klaus Roth (Hg.): Sozialismus: Realität und Illusionen; Klaus Roth (Hg.): Arbeitswelt – Lebenswelt; Anton Sterbling: „System“ und „Lebenswelten“ im Sozialismus.

kreisen durchrationalisierte und verdinglichte Wirtschafts- und Sozialbeziehungen kritisch empfunden werden und eine gewisse Sozialismusnostalgie<sup>68</sup> fortbesteht.

**Dr. Anton Sterbling**, geb. 1953 in Großsanktnikolaus/Sânniculau Mare (Rumänien), Soziologe und Schriftsteller, Mitglied der „Aktionsgruppe Banat“ (1972–1975), Übersiedlung in die Bundesrepublik 1975. Bis 2019 Hochschullehrer. Verfasser zahlreicher sozialwissenschaftlicher Studien und literarischer Werke. Jüngste Veröffentlichungen: Zeitbrüche. Politische Irrtümer, Krisen und der Einfluss alter und neuer Ideologien, Stuttgart 2022; Ende einer Pandemie und weitere Erzählungen, Ludwigsburg 2022.

Zusammenfassung

### **War der ‚reale Sozialismus‘ modern?**

„War der ‚reale Sozialismus‘ modern?“ – ist die Frage, der dieser Beitrag in Anlehnung an einen Aufsatz Ilja Srubars nachgeht. Zunächst geht es dabei um zentrale Strukturmerkmale moderner Gesellschaften, sodann um die davon abweichenden Strukturgegebenheiten und Integrationsmechanismen realsozialistischer Gesellschaften und insbesondere um die für diese kennzeichnenden „Umverteilungsnetzwerke“. In einem dritten Gedankenschritt werden die modernen und nichtmodernen Seiten realsozialistischer Gesellschaften und die Auswirkungen dieser strukturellen Gegebenheiten für die Folgezeit behandelt. Daran anschließend wird geprüft, inwiefern diese Überlegungen mit einem Ansatz zur Strukturanalyse ost- und südosteuropäischer Gesellschaften kompatibel erscheinen, der von politischer Ausschließung, sozialer Schließung auf soziokulturellen Grundlagen und meritokratisch-funktionaler Differenzierung ausgeht. Die Betrachtung erweiternd wird die Relevanz des analytischen Begriffspaares von „System“ und „Lebenswelt“ (Jürgen Habermas) in diesem Zusammenhang in den Blick genommen.

---

68 Ulf Brunnbauer, Stefan Troebst (Hgg.): Zwischen Amnesie und Nostalgie. Die Erinnerung an den Kommunismus in Südosteuropa. Köln, Weimar, Wien 2007.

## Abstract

### **Was the ‘real socialism’ modern? Critical inquiries**

“Was ‚real socialism‘ modern?” – this is the question this article explores based on an essay by Ilya Srubar. First, the paper deals with the central structural features of modern societies, followed by a discussion of the structural conditions and integration mechanisms of real socialist societies that deviate from them. In particular it also tackles the “redistribution networks” that characterize them. In a third step, the modern and non-modern aspects of real socialist societies and the effects of these structural conditions on the subsequent period are discussed. This is then followed by an examination of the extent to which these considerations appear compatible with an approach to the structural analysis of East and Southeast European societies that assumes political exclusion, social closure on socio-cultural bases and meritocratic-functional differentiation. The relevance of the analytical conceptual pair of “System” and “Lebenswelt (Lifeworld)” (Jürgen Habermas) is also taken into consideration.

**Keywords:** Socialism, structurel analysis, informality, clientelism, ideology, modernization

**Milan Řepa (Hg.): Peasants into Citizens. The Politicization of Rural Areas in East Central Europe (1861–1914).** Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2020 (Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Ostmitteleuropas 31). 166 S.

„Il faut espérer que le jeu se finira bientôt.“ – „Man muss hoffen, dass das Spiel bald zu Ende geht.“ Mit diesem Satz ist eine der berühmtesten Karikaturen aus dem ersten Jahr der Französischen Revolution untertitelt: Ein schwer gebeugter Landbewohner trägt auf seinem Rücken Vertreter des geistlichen und des adeligen Standes, die das gesellschaftlich-politische Leben des Ancien Régime bestimmten. Das Sinnbild verweist sowohl auf die fehlende Partizipation des Dritten Standes als auch auf die drückende soziale Last, die die Landbevölkerung im Frankreich des 18. Jahrhunderts zu erdulden hatte. Vor allem Vertreter der *Annales*-Schule haben die Geschichte der französischen Landbevölkerung analysiert und sind dabei der Frage nachgegangen, wie aus Bauern im Verlauf des 19. Jahrhunderts schließlich wahlberechtigte und politisch aktive Staatsbürger wurden. Auf diese frankophone Forschungstradition einer kulturwissenschaftlich gegründeten Politikgeschichte verweist in seiner Einleitung auch der Historiker Milan Řepa (Brünn/Brno), der Herausgeber des hier zu besprechenden Sammelbandes. Das Buch verlagert den Fokus vom westlichen Europa nach Osten und Südosten. Der Betrachtungszeitraum liegt zwischen den 1860er-Jahren und dem Jahr 1914. Den Anfang markierten in allen behandelten Regionen konstitutionelle Reformprozesse, das Endjahr den Beginn des Ersten Weltkriegs und damit das Ende der überwiegend imperialen Ordnung in Zentral- und Südosteuropa. Politisch gehörten die meisten der ausgewählten Untersuchungsregionen zur seit dem Österreichisch-Ungarischen Ausgleich von 1867 dualistisch verfassten Habsburgermonarchie. Ausnahmen bildeten die preussische Provinz Posen (pl. Poznań) und das 1859/61 gegründete Fürstentum beziehungsweise (ab 1881) Königreich Rumänien. Die sieben Texte sind durchgehend in englischer Sprache gehalten, ganz offensichtlich mit dem Anspruch, das versammelte Wissen in kompakter Form einem internationalen Interessentenkreis verfügbar zu machen, beruhen doch die meisten Beiträge auf muttersprachlich verfassten größeren Vorarbeiten der einzelnen Autorinnen und Autoren.

Welche Erkenntnisse bringen die Fallstudien in diesem Band? – Der Osteuropahistoriker Kai Struve (Halle-Wittenberg) behandelt die politische Rolle und Entwicklung der Landbevölkerung am Beispiel des cisleithanischen Kronlands Galizien (pl. Galicja). Da sich

im traditionellen, vormodernen Verständnis die Zugehörigkeit zur polnischen Nation auf die Angehörigen der Szlachta – den niederen Adelsstand, etwa zehn Prozent der Bevölkerung umfassend – und der Magnateria – den Hochadel – beschränkte, bot die polnische Nationalbewegung nur ein partielles Identifikationsangebot. Im multi-kulturellen Galizien überlappten sich soziale, nationale, religiöse und ethnische Konfliktstellungen, wobei nach der Wirtschaftskrise der 1870er-Jahre die Juden zunehmend zur Zielscheibe der übrigen Ethnien wurden. Der Erfolg der Nationalisierung beruhte zum Teil darauf, dass mit der Politisierung konkrete Modernisierungsangebote im Bereich der Landwirtschaft einhergingen.

Mit einem anderen Teilungsgebiet Polens, dem Posener Land, setzt sich Torsten Lorenz (Hamburg) auseinander. Er widmet sich dem Genossenschaftswesen, das einerseits zur gesellschaftlichen Modernisierung beitrug, indem es die Ausbildung einer ruralen Zivilgesellschaft förderte, andererseits aber deren Spaltung entlang nationaler Trennlinien förderte. Die Genossenschaften konnten sich auch hin zu einem dominierenden Instrument entwickeln.

In ein vergleichbares Phänomen im Kontext der Böhmisches Länder führt die japanische Historikerin Yuko Kiryu (Kobe) ein. Sie fokussiert auf die Gründung und den Ausbau von Agrargesellschaften in den 1850er- und 1860er-Jahren. Entgegen bisheriger Forschungen, die von einer überwiegend konservativen Ausrichtung der böhmischen Bauern zu jener Zeit ausgingen, gelingt ihr der Nachweis, dass der national gefärbte Liberalismus als progressive Idee durchaus für jene Bevölkerungsgruppe Attraktivität besaß.

Eine spezielle Landschaft innerhalb der Böhmisches Länder behandelt der Beitrag von Pavel Kladiwa (Mährisch-Ostrau/Ostrava). Die sogenannte Mährische Walachei (tsch. Valašsko) war ein bis ins 19. Jahrhundert abgeschiedener und wenig entwickelter Landstrich. Kladiwa zeigt auf, wie in dieser Region um 1900 bildungspolitische und national mobilisierende Impulse einer von außen zugezogenen, überwiegend dem urbanen Milieu entstammenden, sich aber in ihrer neuen Umgebung inkulturierenden Elite dazu beitrug, Modernisierungsprozesse und das nationale Denken der ländlichen Bevölkerung voranzutreiben.

Seine Kollegin Andrea Pokludová (Mährisch-Ostrau/Ostrava) untersucht in ihrer Mikrostudie zum nordöstlichen Mähren die Rolle von Geistlichen und Lehrern. Im Gegensatz zu landläufigen Vorstellungen von einer retardierenden Wirkung von Kir-

chenvertretern kann sie nachweisen, dass die Priester ebenso wie die Pädagogen zu Trägern der Modernisierung der Landtechniken und der Geldwirtschaft wurden.

John C. Swanson (Chattanooga, Tennessee) befasst sich in seinem Beitrag mit der deutschsprachigen Bevölkerung Transleithaniens und ihrer Suche nach kollektiver Identität. Anders als zahlreiche ehemalige ethnisch ungarische Leibeigene, die aufgrund des Zensuswahlrechts kein aktives und passives Wahlrecht erwerben konnten, stand den Ungarndeutschen der Weg zur politischen Mitwirkung offen. Swanson fragt nach den unterschiedlichen Deutungsangeboten von „Deutschsein“, wobei den Angehörigen der sprachlichen Gruppe defensive Vorstellungen vor allem aus dem Deutschen Reich vermittelt wurden.

Sorin Radu (Hermannstadt/Sibiu) präsentiert in seinem Aufsatz die Situation im Fürstentum Rumänien, in dem mit der Verfassung von 1866 ein repräsentatives Regierungssystem eingeführt wurde, das jedoch durch die Anwendung eines restriktiven Zensuswahlrechts die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung von der politischen Partizipation ausschloss. Radu zeichnet die zeitgenössischen Diskussionen der politischen Parteien mit, die um eine angestrebte Wahlrechtsreform kreisten.

Alle diese Beiträge sind für sich genommen wertvolle Regionalstudien, die auf umfangreichen Quellenanalysen und der Auswertung der bisherigen Forschungsliteratur beruhen. Leider lässt der Band eine zusammenfassende Darstellung der daraus gewonnenen Erkenntnisse vermissen. Die Einleitung von Milan Řepa liefert eine wertvolle Übersicht zum internationalen Forschungsstand und fasst die nachfolgenden Detailstudien inhaltlich nach ihrer jeweiligen Kernaussage zusammen. Es fehlt jedoch eine klar formulierte übergreifende Fragestellung, die man in einem Abschlussbeitrag noch einmal hätte aufgreifen und für die jeweiligen Regionen vergleichend anwenden können. Auf den Punkt gebracht: Man vermisst beim Lesen eine theoretische Klammer, die diese Einzelstudien zusammenhält.

Eine Frage, die in diesem Kontext etwa hätte erörtert werden können, betrifft den räumlichen Zugriff. Lässt sich aufgrund dieser Befunde tatsächlich von spezifisch „ostmitteleuropäischen“ oder „südosteuropäischen“ Tendenzen sprechen? Periphere Agrarlandschaften mit einer national lange indifferenten Bevölkerung existierten auch in anderen Teilen des Kontinents, denkt man etwa an den wirtschaftlich und sozial abgehängten italienischen Mezzogiorno oder selbst Teile des Vereinigten Königreichs. Auch in Kalabrien und der Basilicata oder in den schottischen Highlands

herrschten noch bis lange ins 19. und 20. Jahrhundert hinein feudale Verhältnisse, die nur den Landlords, nicht aber der agrarisch produzierenden Bevölkerung politische Mitspracherechte gewährten. Künftige Forschungsprojekte zur Emanzipation, Mobilisierung und Demokratisierung der bäuerlichen Bevölkerung vor dem Ersten Weltkrieg sollten nicht an der künstlichen Teilung in West- und Osteuropa festhalten, sondern zumindest die heute zu „Westeuropa“ gezählten Kronländer Österreich-Ungarns, etwa Tirol, das Trentino oder Vorarlberg, vergleichend mit berücksichtigen. Die im ausgehenden 19. Jahrhundert neu entstandenen Nationalstaaten wie das Deutsche Reich oder das Königreich Italien bieten sich für komparatistische Studien zu den alt-neuen Nationalstaaten Südosteuropas – etwa Rumänien, Bulgarien, Serbien und Albanien – geradezu an.

Im Sinne einer „neuen Politikgeschichte“ hätte man in einigen Fällen eventuell auch stärker interdisziplinäre Zugänge erwarten können. Gerade aus den Bereichen der Sprach- und Literaturwissenschaft, der Kunstgeschichte sowie der Volkskunde liegen zu vielen der hier behandelten Fragestellungen ebenfalls bereits wertvolle Forschungsergebnisse vor. Im Bereich der kunsthistorischen Befassung mit dem östlichen Europa im 19. Jahrhundert spielte etwa die Schaffung vermeintlicher „Nationalstile“ in der Malerei, der Bildhauerei und der Architektur, die sich in ihrer Formensprache ländlicher Elemente bedienten, eine nicht zu unterschätzende Rolle – ursprünglich von urbanen Bildungseliten konstruiert, später im Zuge einer Folklorisierung in die breite Bevölkerung zurückgespiegelt und weithin rezipiert.

Diese Einwände sollen jedoch den Wert der hier vorgestellten Beiträge nicht schmälern, sondern sind vielmehr dazu gedacht, künftige Forschungsperspektiven zu weiten. Die Texte in diesem Sammelband gewähren in ihrer Summe gut lesbare und fundierte Einblicke in die von vielen Historikerinnen und Historikern vernachlässigte Welt des ländlichen Raumes und dessen politischer Kultur vor dem Ersten Weltkrieg.

*Tobias Weger*



**Karl-Reinhart Trauner: Konfessionalität und Nationalität. Die evangelische Pfarrgemeinde Marburg/Maribor im 19. und 20. Jahrhundert.** Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 2019. 544 S., eine Karte, zahlreiche Tabellen, 8 Abb.

Der Verfasser studierte Theologie und Geschichte und beendete beide Studienrichtungen mit einer Promotion, wobei jener zum Dr. theol. eine umfangreiche Dissertation über die Los-von-Rom-Bewegung zugrunde lag (Szentendre 1999, <sup>2</sup>2006). Darin definiert der Verfasser diese als eine „gesellschaftspolitische und kirchliche Strömung in der ausgehenden Habsburgermonarchie“ und beziffert ihr Ausmaß im gesamten „Cisleithanien“ auf etwa 75.000 Personen, die sich von Rom abwendeten und sich der Evangelischen Kirche A. u. H. B. anschlossen, hauptsächlich in Nordböhmen und in der Steiermark – mit Auswirkungen auf die Untersteiermark (sl. Spodnja Štajerska). In diesem Zusammenhang stieß Trauner auf die evangelische Pfarrgemeinde in Marburg an der Drau (sl. Maribor), die er als typische Los-von-Rom-Gemeinde identifiziert. In dem rezenten Buch, das 2015 als Habilitationsschrift an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien für das Fach Kirchengeschichte angenommen wurde, liefert der Verfasser eine Mikrostudie zum Thema „Konfessionalität und Nationalität“, wobei er die spannungsreiche „Konfliktgeschichte“ im Mikrokosmos einer evangelischen Pfarrgemeinde im Grenzgebiet als Beispiel nimmt, um „die politische, kulturelle und wirtschaftliche, vor allem aber kirchliche Entwicklung“ (S. 17) im größeren Kontext darzulegen und Südostmitteleuropa insgesamt in den Blick zu nehmen. Das ist ein gewagtes Unterfangen, denn allein die Konfessionsstatistik zeigt schon eklatante Unterschiede zwischen Marburg und dem 1918 gebildeten Staat der Südslawen, wo die etwa 240.000 Protestanten eine krasse Minderheit waren – gegenüber sechs Millionen orthodoxen Serben, fünf Millionen Katholiken unter Kroaten und Slowenen, Magyaren und Donauschwaben, 1,4 Millionen Muslimen und 60.000 Juden. In Marburg wies die letzte Volkszählung der Habsburgermonarchie (S. 427) bei knapp 28.000 Einwohnern überwiegend deutscher Nationalität (23.000) nur Katholiken und 1.200 Protestanten aus. Muslime fehlten vollständig, Orthodoxe und Juden waren nur marginal vertreten, obwohl sich in der Stadt die älteste Synagoge Sloweniens befindet. Das Buch ist chronologisch in acht Abschnitte gegliedert. Es klärt zunächst methodische und metatheoretische Fragen, benennt die Schlüsselbegriffe „Nationalität“, „Konfession und Konfessionalität“ und erörtert die Topografien „Untersteiermark“

und „Südostmitteleuropa“. Sodann thematisiert es in einem zweiten Abschnitt die „Entstehung der Pfarrgemeinde Marburg unter den Vorzeichen des Liberalismus“ – ursprünglich als Doppelgemeinde mit Pettau (sl. Ptuj) – und charakterisiert den Protestantismus als „Konfession der bürgerlichen Moderne“ (S. 84). Als „Agglomerationsverstärker“ begegnet hier der Ausbau der Südbahn, weil in Marburg eine Werkstätte eingerichtet wurde, die zum größten „Industrieunternehmen“ anwuchs und eine verstärkte Zuwanderung (S. 45) zur Folge hatte.

Der dritte Abschnitt behandelt „Nationalismus und Los-von-Rom-Bewegung“ an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Damit knüpft der Verfasser an seine Dissertation und einige frühere regionalbezogene Arbeiten in deren Umfeld (Graz, Salzburg, Innsbruck) an. Der vierte Abschnitt handelt von der „politischen Transformation“ nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie, der „Auflösungserscheinungen der kirchlichen Strukturen“ (S. 196) und unter erschwerten Bedingungen einen „erzwungenen Neuanfang“ (S. 210) zur Folge hatte. Dann folgen die Entwicklungslinien der Pfarrgemeinde „im Sog des Nationalsozialismus“ (S. 245), wobei der amtsführende Pfarrer Johann Baron, der zugleich Sprecher des Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes war, die „Volksdeutsche Sendung“ im deutschen Südosten (S. 256) personifizierte. Der sechste Abschnitt hat die Zeit des „kommunistischen Jugoslawien“ (S. 318) zum Inhalt – mit einer „Homogenisierung“ (S. 320) des wiederhergestellten Landes und dem Zusammenbruch der „deutschen Volksgruppenkirche“ (S. 333). Trauner erörtert die Religionsgesetzgebung (S. 326), die antikirchliche Tendenzen aufweist und eine weitgehende Säkularisierung beförderte sowie massive Verfolgungen der muslimischen Glaubensgemeinschaft als „Feinde des gesellschaftlichen Fortschritts“ und der römisch-katholischen Kirche als „Handlangerin des Faschismus“ (S. 330) ermöglichte. Eine „Kontinuität der Pfarrgemeinde“ (S. 332), trotz massiver politischer Eingriffe, die von der Schließung der Christuskirche bis zur „Nationalisierung“ der kirchlichen Gebäude reichte, lag in dem „stetigen Zuzug aus dem Übermurgebiet“ (sl. Prekmurje) (S. 333), der die ehemals „deutsche Kirchengemeinde“ umwandelte. Eine Erhebung ergab 1951 eine Mitgliederzahl von 206, die sich bis 1954 auf 401 in 174 Familien vergrößerte (S. 338). Die Volkszählung 1953 wies für Slowenien eine Gesamtzahl von 21.500 Evangelischen mit großer Mehrheit im Übermurgebiet aus, darunter 237 mit deutscher Muttersprache. Die den Evangelischen weggenommene Kirche wurde für den orthodoxen Gottesdienst bestimmt, die Kirchen in den Filialgemeinden wurden

weitgehend zerstört. Ein Neubeginn, datiert auf das Jahr 1953 (S. 345), verflachte bald, obwohl konzeptionell der Versuch einer „historischen Anbindung“ (S. 348) an die Tradition von Primus Truber im 16. Jahrhundert unternommen wurde und 1962 die Pfarrgemeinde als Gastgeberin einer „Europäischen Konferenz der lutherischen Minderheitenkirchen“ am Bachergebirge (sl. Pohorje) fungierte und der wissenschaftliche Austausch der Truber-Forschung, repräsentiert durch Mirko Rupel und Oskar Sakrausky, aufgenommen wurde. Rupels verdienstvolle Truber-Biografie wurde von dem aus Pettau stammenden Grazer Historiker Balduin Saria ins Deutsche übersetzt und bearbeitet (S. 358). Die Feststellung vom schleichenden Niedergang der Gemeinde Ende der 1960er- und 1970er-Jahre mündet in Überlegungen, die Kirche abzutragen, beziehungsweise in die groteske Umwidmung derselben in eine „Tischlerwerkstätte“ (S. 362).

„Republik Slowenien“ (S. 363) lautet die Überschrift des siebten Abschnittes, der mit Juni 1991 einsetzt und den seitherigen „Demokratisierungs- und Selbstfindungsprozess“ schildert, in dem die evangelische Pfarrgemeinde „ihren konstruktiven Platz“ zu finden hatte. Slowenien suchte den Anschluss an Mitteleuropa, um den „babylonischen Verhältnissen auf dem Balkan zu entinnen“ (S. 365). Dazu diente auch die Erinnerung an Truber, dessen Lebenslauf einen beachtlichen mitteleuropäischen Aktionsrahmen aufweist und der deshalb gelegentlich als Vorzeige-Europäer apostrophiert wurde (Ministerpräsident Peterle) und auf einer slowenischen Euro-Münze Platz fand. Seine Wiederentdeckung 1951 bezog sich allerdings ausschließlich auf seine kulturgeschichtliche Bedeutung; seine Bedeutung als *homo religiosus* rückte erst nach der gesellschaftlichen Wende ins allgemeine Bewusstsein.

Auf drei Säulen basiere die politische Kultur Sloweniens (S. 376): dem „katholischen Block“, der als „der festgefügteste und bestorganisierte Teilbereich der slowenischen Gesellschaft“ (ebd.) vorgestellt wird, dem sozialistischen und dem liberalen Lager. Die Evangelische Kirche A. B. hat heute einen Mitgliederanteil von 0,8 Prozent an der Gesamtbevölkerung und umfasst rund 15.000 Mitglieder (S. 382) in vierzehn Pfarrgemeinden, deren Schwerpunkt im Übermurgebiet (zehn Gemeinden) mit dem Zentrum in Olsnitz (sl. Murska Sobota, ung. Murszombat) liegt; dazu kommen noch drei Gemeinden mit sehr geringen Mitgliederzahlen in Laibach (sl. Ljubljana), Marburg und Abstall (sl. Apače) (S. 385).

Vor diesem eindrucksvollen Panorama möchte ich an einzelnen Punkten mit dem Ver-

fasser ins Gespräch kommen und einige Anmerkungen machen. Dass Trauner erst mit der Gründung der Pfarrgemeinde 1862 – im Zeichen des Liberalismus – einsetzt und auf das Reformationszeitalter nicht Bezug nimmt, hängt mit der Diskontinuität zusammen, denn mit der Gegenreformation der Habsburger ging das reformatorische Erbe unter, gerade auch das theologische Schrifttum eines Primus Truber, Georg Dalmatin und Adam Bohorič, das ebenso wie Trubers slowenische Kirchenordnung in den Flammen der Gegenreformation verbrannte. Einzig die Dalmatinbibel (Wittenberg 1584) konnte überdauern und wurde vom katholischen Klerus benutzt. Truber wird in dem rezenten Buch aber wiederholt erwähnt, einmal im Zusammenhang mit seinem 400-Jahr-Jubiläum im Jahr 1908, bei dem der slowenische Schriftsteller Ivan Cankar seine antiklerikalen Vorbehalte artikuliert und dem liberalen Aufbruch das Wort gab (S. 54), aber auch nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie, als die Luthergasse in Trubarjeva ulica umbenannt wurde (S. 350) und nach dem Zweiten Weltkrieg, als das Truber-Jubiläum zu einer verstärkten Beschäftigung mit dem Reformator führte. Schließlich in den 1960er-Jahren, als mit Truber der Versuch einer Integration unternommen wurde.

Eine zweite Anmerkung sei zur Schulpolitik im 19. Jahrhundert erlaubt, die den nationalen Konflikt in voller Schärfe zeigt, insbesondere am „Fall Cilli“, der zu einer „Haupt- und Staatsaktion“, ja zur Frage deutscher Selbstbehauptung hochstilisiert wurde (S. 57) und eine spektakuläre Regierungskrise auslöste. Die Schulfrage wurde zu einem der am heftigsten umkämpften Themen im Nationalitätenkonflikt (S. 58), ja steigerte sich seit den 1890er-Jahren zu einem richtiggehenden „Volkstumskampf“ (S. 58). Der „Fall Cilli“ garte auch nach der Sprachenverordnung des Grafen Kasimir Badeni 1897, die zum Auslöser der Los-von-Rom-Bewegung wurde. Deren Umfang wurde in der Literatur unterschiedlich beziffert (Trauner nennt die Zahl 76.000) – je nachdem, wie lang sie gefasst wurde; manche Autoren zählen die 1920er-Jahre (Übertritte aus Gründen des konfessionellen Eherechts) und die 1930er-Jahre (katholischer Ständestaat) dazu und kommen zu anderen Ergebnissen. Marburg wurde zu einer typischen und führenden „Los-von-Rom-Gemeinde“ (S. 106).

Auch unter den Slowenen registriert Trauner eine Los-von-Rom-Bewegung, etwa angeregt durch den schon erwähnten Literaten Ivan Cankar oder den Bürgermeister von Laibach, Ivan Tavčar, der in seiner Zeitung *Slovenski Narod* permanent die katholische Kirche angriff, insbesondere Fürstbischof Anton B. Jeglič, und zum Boykott der

katholischen Messe aufrief. Dabei griff er das Schlagwort „Los von Rom!": Es sei von nun an das Losungswort der wahrhaft „slovenischen Partei" (S. 116). Insgesamt fasste die Los von-Rom-Bewegung unter den Slowenen aber kaum Fuß. Dort herrschte das Vorurteil: Protestantismus sei zwar eine „ganz hübsche Religion", „aber das ist nicht für uns, das ist nur für die Deutschen" (S. 116).

Der wichtigste Adept des Führers der Alldeutschen, Georg Ritter von Schönerer, war der aus dem Westfälischen stammende junge Pastor Ludwig Mahnert. Er war, vom Evangelischen Bund zur Förderung deutsch-protestantischer Interessen angeworben, nach Österreich gekommen, um dort Missionsarbeit für die deutsch-evangelische Sache zu betreiben – für die deutsche Leitkultur, die er als „Katalysator des Fortschritts" begriff. „Deutschevangelisch" war er „ohne Bindestrich", wie er sich zu bezeichnen pflegte. Seine Begegnung mit Schönerer empfand er als „Ritterschlag zur Arbeit und zum Kampfe". Das Pathos seiner Sprache gerann ihm zur Literatur. Sein Roman *Die Hungerglocke* handelt von der Los-von-Rom-Bewegung in der Untersteiermark und erlebte zahlreiche Auflagen. Der Schriftsteller Rudolf Hans Bartsch hat in seinem Landschaftsroman *Das deutsche Leid* (Leipzig 1912) dem lebens- und kampfesfrohen Wirken Mahnerts ein literarisches Denkmal gesetzt.

Mahnert musste 1919 aus Marburg weichen. In einer scharfen Predigt beim Begräbnis eines Leutnants der Schutzwehr, der nach der Entwaffnung erschossen wurde, bezeichnete er dies als „feigen Mord" und gelobte, dass niemals die Slowenen das deutsche Element in der alten „deutschen Markburg" unterkriegen sollten (S. 204f.). Es gebe einen Meister, der über allen „irdischen Meister[n]/Maister[n]" stünde. Er wurde daraufhin verhaftet, nach zweiwöchiger Haft nach Intervention beim slowenischen Justizministerium auf freien Fuß gesetzt und konnte nach Österreich entweichen. Wenige Tage später, am 27. Januar 1919, folgte der so genannte Marburger Bluttag, als die Bevölkerung für den Verbleib Marburgs bei Österreich demonstrierte und von den Truppen des Generals Rudolf Maister beschossen wurde.

Die Auflösung der Habsburgermonarchie führte zur Abspaltung der Pfarrgemeinden von der Evangelischen Kirche A. u. H. B. in Österreich und zur Sammlung eines evangelischen Seniorates in Slowenien, an dessen Spitze ab 1925 Johann Baron in Marburg stand. Der Protestantismus im neuen SHS-Staat, der einmal als der „österreichischste" aller Nachfolgestaaten der Donaumonarchie bezeichnet wurde, hatte sich völlig neu zu ordnen. Nach langwierigen Vorarbeiten konnte 1930 ein Protestantengesetz pro-

mulgiert und auf dessen Grundlage eine Deutsche Evangelische Kirche konstituiert werden. Sie wurde von dem Donauschwaben Philipp Popp geleitet und hatte ihren Schwerpunkt in den donauschwäbischen Gemeinden in der Batschka. Dort bestand neben der deutschen Kirche auch eine kleine slowakisch-lutherische (mit 50.000 Mitgliedern) und eine magyarisch-reformierte Kirche (mit 65.000 Mitgliedern), so dass der Protestantismus im SHS-Staat mit 240.000 Mitgliedern in drei Kirchen gegliedert war. Zur deutschen Kirche gehörte auch ein slowenisches Seniorat im Prekmurje und ein lutherisches Seniorat unter den Magyaren in der Batschka.

Neben dem Bischof, der in Zagreb seinen Sitz hatte und gute Beziehungen zum Königshaus und zum Staat pflegte (auch den Titel eines staatlichen Senators trug), wirkte nach außen hin der Altösterreicher Gerhard May, der in der Ökumene und im westlichen Ausland bewanderte Pfarrer von Cilli. Er hatte im Jahre 1934 ein Buch mit dem vielsagenden Titel *Die volksdeutsche Sendung der Kirche* veröffentlicht, das die schwierige Diasporasituation im Jugoslawien der Zwischenkriegszeit widerspiegelt, aber durch seinen aus Gründen der politischen Konjunktur gewählten Titel zu Schlussfolgerungen verleitet, die über die „doppelte Diaspora“ in Jugoslawien hinausweisen. May verfolgte nämlich auch das Ziel, das „binnendeutsch“ ausgerichtete Problembewusstsein der deutschen theologischen Wissenschaft zu korrigieren und die schwierige Diasporalage des „außendeutschen“ Protestantismus gegenüber fremden Konfessionen, einem fremden Volk und einem fremden Staat in Erinnerung zu rufen. Der 6. April 1941 veränderte die Situation der evangelischen Kirchengemeinden in Marburg, Cilli und Laibach. Die Untersteiermark wurde wieder mit der Steiermark, die Oberkrain mit Kärnten vereinigt. Pfarrer Baron empfing als Sprecher der deutschen Minderheit Adolf Hitler in Marburg: Dort wurde der Auftrag formuliert, dieses Land wieder deutsch zu machen. Auch Baron und May waren als Funktionäre des Schwäbisch-deutschen Kulturbundes daran beteiligt. May lehnte zwar eine hauptamtliche politische Tätigkeit ab, er übernahm aber gleichwohl das Kulturreferat und veröffentlichte 1943 eine Einführung in die Stadtgeschichte, welche die 1941 erfolgte Revision des Grenzverlaufs legitimiert. Noch vor dem Ende des Krieges wurde Gerhard May 1944 nach Wien berufen, aber nicht in eine akademische Funktion, sondern als Bischof der Evangelischen Kirche. Seine volksdeutsche Prägung und seine politischen Ambitionen ließ er zurück und wandelte sich „vom volksdeutschen Vordenker in Slowenien zum bischöflichen Wegweiser der Evangelischen Kirche in Österreich“, als der

er seiner Kirche „politische Abstinenz“ (S. 358) verordnete.

Das Buch, dessen roter Faden im Titel aufscheint und das das Spannungsgefüge „Konfessionalität und Nationalität“ im Fokus einer evangelischen Pfarrgemeinde darstellt, ist aus mehreren Gründen faszinierend: Es ist die Schilderung der Entwicklungslinien quer durch die Zeiten, verbunden mit milieugeschichtlichen Exkursen, angereichert mit einem wachen Interesse an demografischen Grundlagen – zu ersehen an der sozialwissenschaftlichen Akribie, mit der Trauner die kirchlichen Jahresberichte, Matrikeln und Volkszählungsergebnisse auswertet und im Anhang dokumentiert. Besonders reizvoll sind Vergleiche mit ähnlichen plurikulturellen Konstellationen in Görz (it. Gorizia), Teschen (tsch. Těšín, pl. Cieszyn) oder Triest (it. Trieste, sl. Trst) (S. 55). Gelegentlich wird ein Vergleich mit Siebenbürgen oder mit dem Sudeten- und Beskidendeutschtum beziehungsweise mit der Bukowina hergestellt, seltener mit den evangelischen Gemeinden in der Batschka oder im Banat, wo bekanntlich eine reichere Multikonfessionalität vorherrschte und plurikulturelle und -ethnische Bedingungen gegeben waren.

Das Buch liefert wertvolle historiografische Impulse und bereichert die einschlägige Forschung durch methodische Weitungen und sozialwissenschaftliche Ergänzungen, berücksichtigt demografische Perspektiven, die bislang zu kurz gekommen sind; es ist, um es auf den Punkt zu bringen, ein Gewinn für die Kirchen- und Kulturgeschichte des apostrophierten mitteleuropäischen Raumes.

*Karl W. Schwarz*





## Redaktion

**Dr. Bernd Florath**, Historiker, war wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen / Robert-Havemann-Gesellschaft

**Dr. Georg Herbstritt**, Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

**Dr. Florian Kühner-Wielach**, Historiker, Direktor des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der LMU München (Herausgeber)

**Dr. Michaela Nowotnick**, Literaturwissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Arno Schmidt Stiftung

**William Totok**, freier Schriftsteller und Publizist, Berlin

**PD Dr. Tobias Weger**, Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der LMU München



Institut für deutsche Kultur und Geschichte  
Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-  
Universität München | IKGS Verlag  
Halskestraße 15 | D-81379 München  
ikgs@ikgs.de | www.ikgs.de  
www.halbjahresschrift.de

